

8. HEFT / AUGUST 1906

MAX SCHIPPEL · PARTEIPOLITISCHE BETRACHTUNGEN ZUM FLEISCHTRUSTSKANDAL

VERBOTEN wurde auf Grund des Fleischbeschaugesetzes die Einfuhr von Fleisch in Buchsen (*corned beef*)... Im Ausland wird dieses Fleisch nach wie vor genossen, das offenbar nur für den deutschen Reichsangehörigen gesundheitsschädlich ist.

HANDBUCH FÜR SOZIALDEMOKRATISCHE WÄHLER 1903

DIE Verfälschung und Verschlechterung von Nahrungsmitteln, die zur Verbreitung gegen Gesundheit und Leben der Mitmenschen wird, hat im freien Nordamerika einen Grad erreicht, der die Kulturwelt mit Ekel und Schauer erfüllt: mit Ekel vor den Produkten einer solchen Lebensmittelindustrie, mit Schauer vor der Gewissenlosigkeit der Menschen, die um schroffen Gewinns willen sich zu einem solch gemeingefährlichen Treiben entschlossen.

HAMBURGER ECHO 1906

HERR Podbielski war nicht blöde und hat sogar erklärt, dass er schon lange von den Zuständen in den Schlachthäusern Chicagos unterrichtet war. Wenn das wahr wäre, so hätte der preussische Landwirtschaftsminister in skandalösester Weise seine Pflicht versäumt; denn es wäre allerdings seine Schuldigkeit gewesen, die Verbrecher von Chicago der Öffentlichkeit zu denunzieren und nicht durch absichtliches Schweigen die Vergütung weiter Volkskreise zu fordern. Der Ekel hatte dann viel wirksamer [] die amerikanischen Fleischwaren von unseren Grenzen ferngehalten.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG 1906

SEIT Jahren ist, wie gesagt, dieser Zustand der Dinge im Schlachthausdistrikt Chicagos bekannt; die Sozialisten waren's, die ihn bekannt gemacht haben, wie sie's auch jetzt gewesen sind, die die Enthüllungen machten. Und wie sich mit Bezug auf die Schlachthausindustrie bewährt hat, was die Sozialisten behaupteten, so wird die Zeit kommen, wo all das Obribe sich bewahrheiten wird, was die Sozialisten lehren.

NEW YORKER VORWÄRTS 1906

I ANCHE Anzeichen deuten neuerdings darauf hin, dass man auch in unserer Partei allmählich wieder — wie zuletzt Mitte der neunziger Jahre — das Bedürfnis fühlt, sich in ernsterer Weise mit den agrarpolitischen Fragen zu beschäftigen; das heißt mit den vollkommen neuartigen politischen Problemen, wie sie naturnotwendig aus den unvergleichlichen weltwirtschaftlichen Revolutionen der

letzten Jahrzehnte emporwachsen mussten — aus Umwälzungen, die nirgends tiefer gingen, als gerade in der Landwirtschaftsproduktion und damit in der internationalen Agrarkonkurrenz.

Verglichen mit ausländischen Bruderparteien, sind wir deutsche Sozialisten — meines Erachtens recht zu unserem Nachteil — noch immer viel zu sehr abhängig geblieben von der alten wirtschafts-liberalen, der Kürze wegen will ich im folgenden stets einfach sagen: von der freisinnigen Schablone. Ende der siebziger Jahre, als die Zollkämpfe in Deutschland begannen, hat wohl keiner von uns dieses Gebiet zu beherrschen geglaubt; wir hielten uns damals sehr im Hintergrund und griffen sogar zu der beliebten Ausflucht der Verlegenheit: die Zollprobleme und die Frage, ob Freihandel oder Schutzzoll, für einen Bourgeoisstreit zu erklären, von dem das eigentliche, besondere Arbeiterklasseninteresse nur sehr indirekt und abgeschwächt berührt werde. Die Führung der Linken im parlamentarischen Kampfe fiel ganz überwiegend den Dr. Bamberger, Dr. Barth und vor allem, gerade in der agitatorischen Wirkung nach aussen hin, dem zu jener Zeit bewundernswert unermüdlichen Eugen Richter zu. Alle noch heute zugkräftigen antiagrarisches Argumente stammen aus jenen Tagen und aus der Richterschen Agitationsrüstkammer. Mancher ältere Parteigenosse wird sich entsinnen, wie sogar auf dem Sankt Gallener Parteitage noch — ich wohnte ihm als Delegierter Berlins bei — lebhaft Klage erhoben wurde, dass Richter-Hagen unsere Wortführer im Reichstage an antijunkerlicher Schneidigkeit und Unermüdlichkeit weit überflügele, und wie einer unserer Linkesten überzeugend darauf erwiderte, dass solche Fragen uns auch viel weniger angingen, und dass wir sie ruhig dem bürgerlichen Fortschritt und Freisinn als Spezialität weiter überlassen könnten. Die alte freisinnige Schablone haben wir nunmehr, wie ich gern zugestehe, mit den Jahren und Jahrzehnten selber immer eifriger und formell immer geschickter und flotter handhaben gelernt, während umgekehrt die freisinnige Agitation mehr und mehr ein Haar in den überlieferten, scheinbar so krystallklaren antiagrarisches Beweisführungen der Richterschen Glanzzeit zu finden scheint und insofern allerdings mehr und mehr von uns, das heisst von ihrer eigenen Vergangenheit, abgerückt ist. Aber eigene sozialistische Anschauungen haben wir hier, innerhalb der deutschen Partei, nicht herauszubilden vermocht.

Dass man jedoch recht böse durch die Erfahrung widerlegt werden kann, wenn man, wie so oft der Freisinn, alle Lobeserhebungen, die das Händlerinteresse einem billiger konkurrierenden Produktionszweig oder Produkt zu teil werden lässt — handle es sich nun um den Wettbewerb von Margarine und Milchbutter, von Saccharin und Zucker, von Surrogatbier und Hopfenmalzbier, um amerikanisches Büchsenfleisch und deutsche, unter allen möglichen Vorkontrollen hergestellte Fleischkonserven — ohne weiteres für bare Münze hinnimmt und zur Grundlage von politischen Entscheidungen, Abstimmungen und Kritiken wählt, das merken wir eben wieder bei den Fleischtrustskandalen. Wie es dereinst handelsliberale Blätter gab, die uns die Margarine eigentlich als die veredelte Butter, als die überlegene Zukunftsbutter anpriesen, und die in dem Verkauf des Surrogates als Echtbutter und womöglich zum Preise der Butter am Ende noch eine gute Tat sahen, bei der man niemanden durch Kontrollen und *Belästigungen* stören sollte, so haben sich die selben Interessenten auch in

der Schilderung der überseeischen Bezugsquellen von Fleischwaren als sehr wenig zuverlässig erwiesen. Warum — bekamen wir da zu hören — warum gab es überall auf dem europäischen Kontinent, ja selbst in England, dem Lande des freiesten *laissez aller*, vor allem jedoch östlich der Elbe hinsichtlich der Vieh- und Fleischeinfuhr vorbeugend-hemmende Eingriffe der öffentlichen Gewalten? Warum? Selbstverständlich darum, weil in den Vereinigten Staaten ein überlegener Grossbetrieb in Landwirtschaft und Industrie die erstaunlichsten Wundertaten der ökonomischen Zweckmässigkeit, Reinlichkeit und hygienischen Vorbildlichkeit verrichtete und deshalb, mit Hilfe unserer Reeder, Gross- und Kleinkaufleute, die tadellosesten, entzückendsten Delikatessen als Massenware für einen Spottpreis zu liefern im stande war, während unsere Landwirtschaft, in den Händen verkrachter, kenntnisloser ehemaliger Gardeoffiziere, statt nach vorwärts, konstant nach rückwärts sich entwickelt und deshalb, ausschliesslich wegen ihrer schmachvollen Rückständigkeit, sich dem überseeischen Wettbewerb innerlich nicht gewachsen fühlt und nun in der selbstverschuldeten Verlegenheit und Not nach Staatshilfe und Liebesgaben schreit. Die Grafen Schwerin und andere Krautjunker, deren Namen man auf der letzten, eindrucksvollen Landwirtschaftsausstellung in Berlin auf Schritt und Tritt an den verdienten Pranger geschlagen sah, sollten nur endlich einmal so viel landwirtschaftliche Aufklärung sich aneignen, wie ein Farmerviehtreiber der amerikanischen Weidestriche — der gestern vielleicht noch in Innerrussland oder im donaustaatlichen Halbasien oder im wildesten Italien nicht lesen und schreiben konnte! —, sie sollten nur endlich einmal in den Chicagoer *Dschungeln* studieren, wie ein Betrieb aussehen muss, der sich gewaschen hat: dann wäre, unter ehrlichen Leuten wenigstens, allen Gründen für Grenzbelästigungen eines ehrbaren Handels und Kaufmannes der Boden unter den Füssen weggezogen!

Und nun diese Enthüllungen über die vermeintliche Musterproduktion, dieser wirklich unvergleichliche Skandal! Ja, wenn ein deutscher Konsularbericht oder eine deutsche Interessentenenquête solche Warnungen gebracht hätte, dann hätte sich unsere Händlerpresse mit dem mitleidigen Lächeln geistiger Überlegenheit von solchen Kundgebungen unausrottbar agrarischen Unverstandes und Beuthungers abkehren können. Wir haben das schon einige Male in Deutschland durchgemacht, denn in der Tat ist der Kern der jetzigen Anschuldigungen in keiner Weise neu. Aber diese neuerliche Störung war ernstlicher und hartnäckiger. Hier sprach kein neidischer ostelbischer Agrarier und Agrariergenosse, auch kein Minister, der die Sklavenketten der Ostelbier trug. Hier sprachen Amerikaner selber, sprach zunächst sogar ein amerikanischer Radikaler, vielmehr sogar: ein Sozialdemokrat, ein sehr namhafter Angehöriger der amerikanischen Sozialdemokratie. Und die mit der amtlichen Prüfung der Anklage Beauftragten, die ihm von Washington aus folgten, gaben ihm in offiziellen Berichten im grossen und ganzen recht, obwohl natürlich die Beschönigungs- und Vertuschungsversuche gleichfalls nicht lange ausblieben.

Es ist nur erfreulich, dass nunmehr — soweit ich zu sehen vermag — unsere Parteipresse ruhig den Tatsachen ins Gesicht sieht, und dass aus Parteikreisen auch schon Vorschläge auftauchen, wie unsere Fleischbeschau und Fleischwarenkontrolle, nach aussen wie nach innen, gesetzgeberisch und handelspolitisch zu vervollkommen sei.

II

STELLEN wir zunächst die vollkommene politische Unverdächtigkeit des Urhebers der *Dschungelenthüllungen* fest. Es ist kein zurückgebliebener ostelbischer Neidhammel, der uns hier die überlegene amerikanische Fleisch- und Konservenproduktion zu vereckeln sucht. Er ist auch kein *Pod-Agent* und nichts Ähnliches. Und wenn von ihm noch neulich im Leitartikel eines deutschen Parteiblattes als »einem Romanschriftsteller, Herrn Upton Sinclair« gesprochen wurde, so hat der verdienstvolle Mann noch nicht einmal diese, immerhin etwas geringschätzigste Bezeichnung *Herr* verdient. Er ist *Genosse* so gut wie einer, nach amerikanischen Parteizeitungen sogar durch und durch geschulter Marxist — was ich dahingestellt sein lasse. Sein Buch¹⁾ trägt auf dem Umschlag einen Vermerk des Inhalts, der Roman habe nur infolge der regen sozialistischen Unterstützung und Massenvorbestellung als Buch erscheinen können; serienweise Abdrücke sind in hervorragenden amerikanischen Bruderorganen erfolgt. Die Widmung des Werkes richtet sich an die Arbeitsmänner von Amerika. Den Schluss des Ganzen bildet eine Verherrlichung sozialdemokratischer Wahlagitationen und Wahlerfolge:

»Die Scheinreformer müssen sich selber ins Gesicht schlagen und das Grab graben! Die radikale Demokratie muss ohne Lügenfeigenblatt in ihrer ganzen Nacktheit dastehen! Dann wird unser Vorstoss beginnen, den nichts hemmen kann, unsere Flut wird stetig steigen, bis sie ihren Höhepunkt erreicht hat, unwiderstehlich, überwältigend, so werden sich die empörten Arbeiter Chicagos um unser Banner scharen. Und wir werden sie organisieren, werden sie erziehen, werden sie zum Siege führen. Jede Opposition werden wir niederzwingen, wir werden die Gegner vor uns hertreiben — und Chicago wird uns gehören! Unser Chicago! Chicago unser!«

Und Upton Sinclair ist nicht nur Genosse, er ist auch kein Unkundiger in der Welt, die er uns, zwar mit gesucht grellsten Farben, aber doch mit packender, überzeugender Realistik schildert. Es ist Selbsterlebtes, was er uns über die Betriebs- und Arbeitsweise, über die Lebensverhältnisse und sozialen Zustände im *Packingviertel* Chicagos vorführt.

»Jedes Wort, jede Zeile, die sich auf *Packingtown* bezieht, ist auf Tatsachen basiert. Jede Szene, die ich vorführe, hat sich wirklich ereignet, und das meiste habe ich mit eigenen Ohren und Augen gehört und geschaut. Alle Daten und Zahlen sind der Niederschlag eingehendster gewissenhaftester Nachforschungen und Nachfragen.« So der Autor in einer Zuschrift an die Presse. Und in einem Schreiben an den Abgeordneten Wadsworth, den Vorsitzenden der Agrarkommission des Repräsentantenhauses, heisst es:

»Ich kann mit bester Kenntnis der Verhältnisse sprechen. Ich habe dort 7 Wochen zugebracht, habe mit den Leuten verkehrt und die Anlagen studiert, bevor die Fleischfabrikanten eine Warnung erhielten und irgend etwas gesäubert hatten. Ich sah mit meinen eigenen Augen, wie bei Armour verdorbener Schinken, dessen Gestank so furchterlich war, dass ich ihn kaum ertragen konnte, *gedoktort* wurde; ich sah Würste in Bottichen zum Färben hängen, damit der mit dem Räuchern verbundene Zeit- und Gewichtsverlust vermieden werde; ich sah vergiftete Ratten neben Wurstfleisch liegen und weggeworfene Stücke Rauchfleisch im Keller in fauligen Fässern aufgespeichert. Ich sah, wie Männer auf frisches Fleisch spicen und ihre Hände mit Wasser wuschen, das dann in die Wurstmaschinen geleitet wurde. Ich stand 40 Minuten in Armour's Schlachthaus und sah dort Schweine

¹⁾ Upton Sinclair: *The jungle* (New York 1906). Auf das Buch ist bereits in der Rubrik *Dichtkunst* der Rundschau in diesem Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 619, hingewiesen. Eine deutsche Ausgabe ist unter dem Titel *Der Sumpf* sieben bei Sponholtz in Hannover erschienen.

schlachten, ohne dass ein Inspektor zugegen war. Ich sah beinahe ebenso lange dem Schlachten von Rindern bei Morris zu unter den gleichen Verhältnissen. Kennzeichnend jedoch — auf der einen Seite für den Verfasser und die amerikanische Sozialdemokratie, auf der anderen Seite für die politischen Tagesströmungen in den Vereinigten Staaten — ist der himmelweite Abstand zwischen der ursprünglichen und folgerichtig durchgeführten Tendenz und der schliesslichen Wirkung des Buches. Was Sinclair vor der Öffentlichkeit mit fortreissender innerer Empörung anklagt, ist die schrankenlose Ausbeutung, die moralische Degradierung und Verwilderung der Arbeitssklaven, die von dem riesenhaften kapitalistischen Räderwerk des Chicagoer Schlachthausviertels erfasst und niemals wieder freigegeben werden, bis sie geknickt und gebrochen und nur noch tauglich sind für die Gefängnisse, die Armenhäuser, für die politische und soziale Korruption schlimmster Art. Der litauische bäuerliche Einwanderer, der nach einer furchtbaren Laufbahn des Leidens, nach der Verwüstung und Vernichtung seiner Familie und seiner Arbeitsfähigkeit Vagabund, Verbrecher, politischer Zuhälter und Zutreiber wird, um zuletzt durch die frohe, erlösende Botschaft des Sozialismus sich wieder emporgehoben und gerettet zu fühlen, stellt für Sinclair nur die typische Verkörperung der allgemeinen sozialen Entwicklung breiter Bevölkerungsschichten dar. Der verheerenden Folgen des übermächtigen Privatkapitals, dessen Bändigung und Beseitigung Sinclair erstrebt und, wie erwähnt, auch im Roman ganz offen, zum Teil sogar mit recht unkünstlerischer Unvermitteltheit und Absichtlichkeit verkündet. Die magenrevoltierenden Unappetitlichkeiten, die Konsumentenbedrohungen beschränken sich eigentlich in ihrer Vorführung auf 3 kurze Seiten des Werkes, während das Ganze deren über 400 umfasst.

»Aber hier, wie überhaupt, kommt es anders, als man glaubt.« Dieser schon Buschsche Spruch bestätigte sich wieder einmal — leider, denn die ganze folgende, zuweilen bis zur Fieberhitze erregte öffentliche Agitation ist eigentlich ein Gradmesser der verhältnismässigen Ohnmacht des Sozialismus und einer zielbewussten Arbeiterpolitik in Amerika. Die Arbeiterfrage trat in den sich entspinrenden Diskussionen sofort zurück; dafür trat die grosse, ununterschiedene, aber millionenköpfige Masse der Konsumenten in Aktion. Natürlich nicht für die Hebung der Packhausarbeit, da dadurch, wie durch jede ausgedehnte Erhöhung des Lohnes und Verbesserung der Arbeitsbedingungen, das Konsumenteninteresse eher gefährdet, als gefördert erscheint, und da zahlreiche Konsumenten selber wieder Arbeitgeber sind, die den Rückschlag jeder ernstlichen Sozialreform auf ihre eigenen Betriebsverhältnisse und Profite fürchten. Nicht die von der Trustmühle erbarmungslos zermalnten Knochen und erstickten und vergifteten Leben der Arbeiter, sondern die Scheusslichkeiten des konsumreifen, in den Grosshandel und Kleinverschleiss übergehenden Arbeitserzeugnisses erregten beispiellose Sensation. Eine nebensächliche, politisch farblose Episode des sozialistischen Romans machte den Autor mit einem Schlage zum Helden der Tagespresse und das Buch zum Ausgangspunkt einer unaufhaltsamen agitatorischen und gesetzgeberischen Bewegung — was allerdings nicht hinderte, dass man den ausgesprochenen Sozialdemokraten sehr bald wieder von allen Untersuchungsausschüssen und sonstigen offiziellen Schritten und Kundgebungen fernzuhalten suchte.

²⁾ Vergl. den New Yorker *Portraits* vom 16. Juni 1906.

Die *Schweinereien* der Chicagoer Schlachthausindustrien galten sehr bald als zweifellos festgestellt. Man war schon längst darauf vorbereitet, nachdem während des Krieges mit Spanien Lieferungen von ungenießbarem, *einbalsamiertem* Fleisch an die Armee, ferner von verdorbenem Büchsenfleisch nach China unlegubar stattgefunden hatten. Nach den *New Yorker Times* hätten die Vertrauensmänner Roosevelts (der Arbeitskommissar Charles P. Neill und der Spezialagent J. Bronson Reynolds) in ihrem Bericht festgestellt, dass die sanitären Zustände in den Schlachthäusern grauenerregend wären, dass statt der vielbewunderten Reinlichkeit oft die sträflichste Nachlässigkeit und Schlamperci herrsche; dass Schmalz aus Fett von Schweinen bereitet würde, die der Cholera erlagen; dass die gesundheitsschädlichsten Präservativmittel zur Verwendung gelangten; dass dem amerikanischen Konsum, weil alle Kontrollen in erster Linie für den Export geschaffen wurden, noch miserableres Fleisch zugeführt werde, als dem Ausland, dessen Abwehr und Gegenmassnahmen man fürchte; dass auch in Abwesenheit der Fleischbeschauer ruhig weitergeschlachtet werde, und dass die Kontrollbeamten mehr geduldet, als mit Achtung behandelt werden; dass viele Fleischwaren falsche Etiketten tragen; dass man verdorbenes und trichinöses Fleisch versende u. s. w. u. s. w. Nun ist es eine alte Erfahrung, dass die Konsumentenempörung meist ebenso rasch wieder verfliegt, wie sie entsteht, weil die vielen, recht ungleichartigen Konsumentenköpfe schwer unter einem Hut dauernd zu vereinigen sind. In unserem Falle war jedoch von vornherein eine organisierende und zusammenhaltende Kraft von genügender Stärke vorhanden: die allgemeine, tiefgehende *Antitrustbewegung*. Von dieser wurde die einzig günstige Gelegenheit sofort entschlossen beim Schopfe gefasst. Gerade weil die Demokraten und Bryaniten die Trustbekämpfung als ihre Spezialität ansahen, und weil nach der langen republikanischen Herrschaft ein empfindlicher Wahlrückschlag zu gunsten der Demokraten fast unausbleiblich scheint, haben mehr und mehr auch republikanische Politiker, mit Roosevelt sichtbar an der Spitze, der populären Strömung sich angeschlossen.

So ist, trotz der niederschmetternd schlimmen Erfahrungen mit amerikanischen Kongresspolitikern und mit dem ausführenden amerikanischen Beamtenapparat, doch wohl zu hoffen, dass Gesetze und Einrichtungen zur schärferen *Überwachung* der Schlachthäuser und Konservenfabriken in Kraft treten werden, dass also in Zukunft den Konsumentenmagen manche Zumutungen erspart bleiben, die über die Kraft eines Menschen hinausgehen.

Und wir importierende Europäer rechnen uns gleichfalls zu den Menschen und erheben gleichfalls Anspruch darauf, unsere Interessen gewahrt zu sehen und sie nötigenfalls selber zu wahren.

III

WENN die eigentlichen Arbeitsinteressen, wie dargelegt, in der grossen Öffentlichkeit mehr und mehr zurücktraten, so sind freilich die amerikanischen Arbeiter selber kaum von aller Schuld freizusprechen. Die beiden Gegenpole der überseeischen Arbeiterbewegung: die ganz unaufgeklärt wildgewachsene, nur das Allernächste schende *Augenblickspolitik* und andererseits das sektiererische

Überwuchern einer rein doktrinär-prinzipiellen Aufklärungspropaganda zeigen sich hierbei beide in ihrer ganzen Schwäche.

In Chicagos *Packing*stadtteil sind etwa 25 000 bis 35 000 Lohnarbeiter mit dem Schlachten von Vieh und mit der Zubereitung von Fleischnährmitteln beschäftigt; mit ihren Familienangehörigen dürften sie also eine eigene Welt von 125 000 bis 175 000 Menschen bilden. Unser Genosse A. M. Simons hat die soziale Lage dieser Bevölkerungsschicht vor einiger Zeit in einer kleinen Schrift geschildert. Nach der zusammenfassenden Wiedergabe des *New Yorker Fortwärts* lebt der grösste Teil dieser Schlachthausarbeiter in unmittelbarer Nähe der Betriebsstätten, notgedrungen, weil plötzliche Unterbrechungen, lange Pausen und rascher Wiederbeginn der Arbeit nichts Seltenes sind. Der durchdringende Geruch von verwesendem Fleisch, von geronnenem Blut und verfaulenden Exkrementen ist weithin zu spüren. Die notwendigsten Abflussvorrichtungen fehlen in diesem Proletarierviertel, das allein schon eine Grossstadt darstellt; die Strassen starren von ewigem Schmutz. Kein anderer Distrikt Chicagos hat eine so hohe Todesrate; für eine der ungepflasterten Strassen hat Simons festgestellt, dass die Todesrate der Kinder bis zu 6 Jahren grösser war, als die Zahl der Geburten, so dass nur der enorme Zufluss von neuen Kräften — meist von Einwanderern, auf sehr tiefer Stufe der Kultur — den *Packing*-betrieben den ungestörten Fortgang sichert. In 3 bis 10 Jahren soll ein Arbeiter in den Schlachthäusern meist fertig sein; vor allem führen Rheumatismus und Schwindsucht zur vorzeitigen Arbeitsunfähigkeit und zum vorzeitigen Ende. Bei den häufigen Todesfällen und Verletzungen schwerer Art sollen die Arbeiterfamilien vielfach durch allerlei Kniffe um die Entschädigungen geprellt werden, deren Erlangung ihnen bereits durch die geltenden Gesetze schwer genug gemacht wird. Die Einkommen in *Packingtown* sind schwer zu beziffern, weil alles nach Stunden und Stück bezahlt wird:

Wenn die Arbeiter zur Arbeit gehen, wissen sie nicht, ob sie an dem Tage überhaupt arbeiten können, ob sie 2, ob 4, ob 10 Stunden beschäftigt werden. Wochenlohn von 2 bis 5 Dollars sind häufig, und es ist ein wahres Hungerleben, das in den Schlachthausdistrikten geführt wird. Wie nahe die Arbeiter jenes Distrikts der Minimumgrenze der Existenz sind, zeigt die Tatsache, dass über 20 % der Bevölkerung gezwungen sind, zu irgend einer Zeit jeden Jahres Wohltätigkeitsgesellschaften um Hilfe anzuflehen.²⁾

Wie man sieht, können die Vorbedingungen zu einer tiefgehenden Agitation kaum irgendwo bessere sein. Der Zeitpunkt war sicherlich nunmehr gleichfalls der günstigste. Chicagoer örtliche Parteiorganisationen haben auch ihr möglichstes getan, das Eisen zu schmieden, solange es heiss ist. Unter anderem bereitete der Chicagoer *Socialist* Anfang Juni über die *Packingtown*-enthüllung eine *monster edition* vor, die in 20 000 Exemplaren zur Verteilung gelangen sollte.

Was tat aber — wenn deutsch-amerikanische sozialdemokratische Blätter als eine objektive Quelle angesehen werden dürfen — der Leiter der Schlachthausarbeitergewerkschaft, Michael Donnelly? Dass die zustromenden irischen, polnischen, kroatischen, russischen, italienischen Elemente schwer in den alten Unionsrahmen einzugliedern sind, dass sie die Löhne drücken und den höherstehenden Arbeiterschichten bei allen möglichen Gelegenheiten schwere Verlegenheiten bereiten, mag ohne weiteres zugestanden sein. Doch mit einem

²⁾ Vergl. den *New Yorker Fortwärts* vom 16. Juni, 1907

Bruderkrieg unter den Arbeitern selber wird wahrlich keine Wendung zum Besseren eingeleitet. Nach dem New Yorker *Vorwärts* müsste man jedoch glauben, dass Donnelly die Trustkapitalisten zu entlasten sich bemüht und die Hauptschuld an den abscheulichen Zuständen in den Schlachthäusern den »schmutzigen ausländischen Arbeitern« zuschiebt, die Südeuropa nach *Packingtown* abstösst. Das wäre allerdings ein Gipfel der Torheit, und wir würden für diesen Fall die Kritik seitens des New Yorker Parteiblattes begreifen: »Der Hass gegen die ausländischen Arbeiter gibt ihm [dem Präsidenten der Schlachthausarbeitergewerkschaft] Worte ein, die er selbst nicht glaubt. Wenn Arbeiter mit solch schmutzigen Gewohnheiten sich in *Packingtown* zur Arbeit melden, wessen Schuld ist es denn, wenn sie zur Arbeit zugelassen werden? Weil diese Arbeiter billig arbeiten, deshalb werden sie von den Schlachthausbesitzern angestellt, ohne Rücksicht darauf, ob sie schmutzig sind oder nicht. In Wirklichkeit sind die Kapitalisten, nicht die Arbeiter, für den furchtbaren Schmutz verantwortlich, der in *Packingtown* herrscht, und der Präsident einer Arbeiterorganisation sollte der letzte sein, der sich dieser Wahrheit verschliesst.«

Eine ebenso peinliche politische Verirrung gestatten sich jedoch einige nicht-alszielbewusste Übersozialisten von jener grauslichen Art, die auch in Deutschland wieder einmal zu einem kurzen papierernen Leben erwacht ist — denn mehr, als Worte, hat sie bisher nicht produziert, und sowie von den Worten zu den empfohlenen leibhaftigen Taten geschritten werden soll, klappt sie jedesmal zusammen zu nichts und abermals nichts. So bemüht sich ein sonst vortrefflich geleitetes Blatt wie der *Worker* zu beweisen, dass in Amerika keinerlei wirklicher Gesundheitsschutz der Konsumenten erreicht werden könne, es sei denn — durch den sozialen Staat:

»Es gibt nur einen Weg. Solange ihr die Regierung in den Händen von Kapitalisten lasst — das heisst in den Händen von Männern, die zu der selben prellenden und raubenden Klasse, wie die Männer des Fleischtrusts, gehören — solange ihr die Regierung in solchen Händen lasst, könnt ihr sicher sein, dass die Inspektion nur dem Fleischtrust behagen und nutzlos für die Konsumenten sowohl, wie für die Produzenten, sein wird. Ein paar Wochen oder Monate, während die Erregung noch anhält, mag die Inspektion noch ehrlich sein. Der Fleischtrust selber, seine Geschäftsinteressen wahrnehmend, wird eine scharfe und ehrliche Inspektion eine Zeit lang wünschen, bis *The jungle* nicht mehr Modelektüre ist und eine andere Sensation die öffentliche Meinung fesselt. Dann wird der Fleischtrust seine alten Praktiken der profitablen Vergiftung wieder aufnehmen, und die Inspektoren, von einer kapitalistischen Regierung ernannt, werden zu diesen Verbrechen ihren Segen geben. Denn das Motiv zum Verbrechen bleibt . . . Der Fleischtrust macht um so grössere Profite, wenn er [die sonst unbeteiligten und unschuldigen Schlachthausarbeiter] zwingt, euch schlechtes Fleisch zu geben. Und solange der Trust oder sonst eine Kombination von Privatinteressen die Quellen der Fleischversorgung beherrscht, bleibt das Profitmotiv, euch mit schlechtem Fleisch zu versorgen. Und solange der Staat von der Klasse beherrscht wird, der auch die Fleischtrustmänner angehören [das heisst offenbar: beherrscht wird von der kapitalbesitzenden Klasse], so lange wird eine staatliche Inspektion eine Farce sein.«⁴⁾

Noch unzweideutiger heisst es in der letzten New Yorker Staatsplattform (abgedruckt im New Yorker *Vorwärts*):

»Die schändlichen Praktiken der Schlachthausbesitzer durch Vergiftung des für die Nation bestimmten Fleisches, die kürzlich durch die Sozialisten aufgedeckt worden sind, und die Gewohnheit, andere Nahrungsmittel zu verfälschen und zu verschlechtern, sind die unvermeidlichen Folgen unseres Produktionssystem s für Profite, und die alten Parteien wünschen weder, das System zu beseitigen, noch haben sie die Macht, Remedur zu schaffen.«

Das sind zwar sehr einfache, aber nicht minder sehr überlebte und — für

⁴⁾ Vergl. den *Worker* vom 2. Juni 1906.

Demgemäss erklärt der Parteitag, dass es namentlich im Falle eines Anschlages auf das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht oder des Koalitionsrechts die Pflicht der gesamten Arbeiterklasse ist, jedes geeignet erscheinende Mittel zur Abwehr nachdrücklich anzuwenden.

Als eines der wirksamsten Kampfmittel, um ein solches politisches Verbrechen an der Arbeiterklasse abzuwehren oder um sich ein wichtiges Grundrecht für ihre Befreiung zu erobern, betrachtet gegebenenfalls der Parteitag die umfassendste Anwendung der Massenarbeitseinstellung.

Den *gegebenen Fall* musste — das konnte man wohl stillschweigend annehmen — die Parteiorganisation, insbesondere der Parteivorstand bestimmen. Der Parteivorstand hatte somit die Anwendung des politischen Massenstreiks bei der Agitation für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht in Sachsen und Preussen, sowie bei der Protestbewegung gegen den Wahlrechtsraub in Hamburg zu prüfen. Wie wir von einem Mitglied des Parteivorstandes im *Vorwärts* vernommen haben, hat der Parteivorstand den *gegebenen Fall* nicht für vorliegend erachtet, im wesentlichen deshalb, weil er sich zurzeit keinen Erfolg von der Anwendung des Mittels verspricht. Mit dieser Entscheidung wird der Parteivorstand die Zustimmung der grossen Mehrheit in der Partei hinter sich haben. Es bedarf auch keiner näheren Betrachtungen darüber, warum die Haltung des Parteivorstandes der Situation entsprach; für jeden Einsichtigen ist sie genügend motiviert.

Dennoch fehlte es nicht an Enttäuschten, die das Verhalten des Parteivorstandes nicht begreifen können und zu heftigen Angriffen übergehen. Diese Angriffe sind die Ausläufer der Massenstreikromantik, die nach dem Parteitag in den Parteiversammlungen einsetzte. Das war nicht mehr ein Diskutieren der Frage des Massenstreiks, sondern ein Propagieren ohne Rücksicht auf die gefährliche Situation, in die die Partei dabei geraten konnte. Diese Agitation schlug solche Wege ein, dass ein begeisterter Befürworter des Massenstreiks, wie Genosse von Elm, in Gemeinschaft mit den Genossen Frohme und Lesche Protest gegen diese Art der Propaganda erhob. Darüber hat man in der Parteipresse sehr gehöhnt, den Warnern Wankelmütigkeit und Furchtsamkeit vorgeworfen, während jetzt die Haltung des Parteivorstandes in sehr sachlicher und zutreffender Weise vom *Vorwärts* mit Argumenten verteidigt wird, die kaum abweichen von denen, die seinerzeit gegen die Massenstreikromantiker nach dem Parteitag ins Feld geführt wurden.

Die grosse Gefahr jener Taktik liegt in der Anwendung des Massenstreiks zu einer Zeit, wo sicheres Versagen des Mittels eintreten muss. Es fehlt nicht viel, um zu der Auffassung der *Anarchosozialisten* zu kommen, die im Massenstreik in jedem Fall ein wirksames Kampfmittel des Proletariats erblicken; deshalb auch die Wut der Männer der lokalen Gewerkschaftsorganisation, die der anarchistelnden Taktik des Generalstreiks huldigen. Die Erklärung des Parteivorstandes, er habe gegenwärtig nicht die Absicht, den Massenstreik zu propagieren, hat gerade in diesen Kreisen eine bittere Enttäuschung hervorgerufen. Das Bedauern darüber, dass das Organ der lokalistischen Gewerkschaften zur Bildung einer neuen Partei auffordert, ist sehr unangebracht. Es genügt doch, die grundsätzliche Auffassung jener Richtung in der bekannten Resolution Friedeberg wiederzugeben, um über diese parteigenössische Richtung im klaren zu sein. In dieser Resolution, die kurz vor dem Jenaer Parteitag in einer von 3000 Personen besuchten Versammlung angenommen wurde, heisst es: »Die parlamentarischen Scheinerfolge, wie auch die vielfach erfolgte Besserung der

Lebenshaltung können über die Rückschritte im Klassenkampf nicht hinwegtauschen, da die ersteren vornehmlich dem Zurückstellen, fast sogar Verleugern aller revolutionären Ziele, die letzteren der uberaus günstigen wirtschaftlichen Gesamtentwicklung Deutschlands zu verdanken sind. Die dogmatische Auffassung des Marxismus, des historischen Materialismus, hat das deutsche Proletariat unter Beseitigung aller direkten revolutionären Beeinflussung seine ganze Kraft Jahrzehnte hindurch vornehmlich der allmählichen Umanderung der ökonomischen Verhältnisse zuwenden lassen, welchen Bestrebungen die parlamentarische wie gewerkschaftliche Aktion heute hauptsächlich gewidmet sind. Diese auf dem Boden und innerhalb des gesetzlichen Rahmens des heutigen Klassenstaates vor sich gehenden Betätigungen können nur unter Einengung des Sozialismus mit seiner revolutionären, internationalen, glaubenslosen, auf die Befreiung des ganzen Menschen gerichteten Weltanschauung erfolgen, der zu einer lediglich auf Änderung der ökonomischen Verhältnisse gerichteten Bewegung umgeformt und zugespitzt wurde.

Der auf der Ausbeutung der Arbeitskraft des Proletariats als Klasse aufgebaute Kapitalismus kann nur gestürzt werden durch Entziehung und Verweigerung dieser Arbeitskraft seitens der ganzen proletarischen Klasse. Ihren Ausdruck finden die dahin gerichteten Bestrebungen in der Idee des Generalstreiks und der Agitation für ihn selbst.

Und am 3. August 1904 entschied eine grosse Versammlung der lokalorganisierten Gewerkschaften:

»Aus diesen Gründen erwartet die Versammlung der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* in Berlin: dass die nur indirekt nutzende, unzweckmassige, ungeheure Opfer an geistigen und materiellen Kräften erfordernde parlamentarische Betätigung zurückgedrängt, alle Kräfte des deutschen Proletariats direkt auf die geistige und sittliche Hebung des Proletariats und auf den wirtschaftlichen Kampf verwendet werden.«

Zum Schluss wird der Generalstreik als das Allheilmittel bezeichnet.

Das sind Leute, die weit ab vom Erfurter Programm der Sozialdemokratie die Fühlung mit einem unklaren Anarchismus suchen, und mancher hat den Anschluss seit langem gefunden. Diese politischen Wirrköpfe warten nur auf eine Gelegenheit, um der Partei oder Gewerkschaft ein Bein zu stellen, denn zu ernster gewerkschaftlicher Tätigkeit sind sie unfähig. Diese Stellung sollten aber unsere leitenden Parteigenossen nun auch bald erkennen und die Kundgebungen von jener Seite richtig einschätzen. Die politischen Farseleien der *Einigkeit* kann die Partei achtlos passieren lassen, aber das Intrigantenspiel, die internen Beratungen des Parteivorstandes mit der *Generalkommission* mit hämischer Freude der Öffentlichkeit bekannt zu geben, verdient eine entschiedene Kennzeichnung der zweifelhaften Parteifreunde.

Wie kann ein Massenstreik gelingen ohne vorherige Besprechung der Taktik und aller Einzelheiten? Und wird es sich nicht als zweckmassig erweisen, die Pläne nicht preiszugeben? Wer gibt uns aber die Gewähr dafür, dass die Leute, die heute diese Beratungen ihren Zwecken dienstbar machen, mit gleicher Skrupellosigkeit denselben Weg beschreiten, wenn es sich um die Anwendung des Massenstreiks handelt? Die Leire wird aus dem Vorkommnis zu ziehen sein, dass die beiden Korporationen, der Parteivorstand und die *Generalkommission*, ihre Beratungen, soweit sie internen Charakter tragen, künftig nachdrücklicher vor einem Missbrauch unbeteiligter Dritter schützen müssen. Die Verhandlungen, die seinerzeit zwischen der *Generalkommission der Gewerkschaften* und dem Parteivorstand geflogen wurden, waren ganz unverbindlicher Art, schon deshalb hatten sie die Öffentlichkeit nicht zu beschäftigen. Bedauerlich bleibt es allerdings, dass zwischen beiden Korporationen Differenzen über das Ergebnis der Verhandlungen entstanden sind. Der Vertreter der *General-*

kommission, Genosse Silberschmidt, hat im beiderseitigen Einverständnis als Ergebnis der Verhandlung folgende 6 Thesen festgestellt:

1. Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, den politischen Massenstreik zu propagieren, sondern wird, soweit es ihm möglich ist, einen solchen zu verhindern suchen.

2. Wenn dennoch ein solcher Streik ausbrechen sollte, so müsste der selbe von der Partei geführt werden, und die Gewerkschaften hätten sich offiziell nicht daran zu beteiligen.

3. Für den Fall eines solchen Streiks sollten die Gewerkschaften dieser Bewegung nicht in den Rücken fallen.

4. Ebenso dürfte die Gewerkschaftspresse in diesem Falle nicht gegen diese Bewegung wirken.

5. Die Unterstützung der Streikenden und die Kosten für die Folgen eines solchen Streiks zu tragen, müsse Aufgabe der Partei sein. Die Mittel müssten unter Mitwirkung aller Genossen, eventuell durch allgemeine Sammlungen aufgebracht werden.

6. Wenn Aussperrungen und Streiks als Folgen dieses Streiks zurückbleiben sollten, wäre zu empfehlen, dass die Gewerkschaften für die Unterstützung eintreten.
 Bestritten wird seitens des Parteivorstandes die erste These, für die folgende Fassung gewünscht wird:

Der Parteivorstand hat nicht die Absicht, gegenwärtig den politischen Massenstreik zu propagieren; sollte der selbe aber propagiert werden müssen, so wird sich der Parteivorstand mit der *Generalkommission* zuvor ins Benehmen setzen.

Die *Generalkommission* hätte wohl kaum, wenn diese Formulierung seinerzeit gewünscht worden wäre, einen Anlass gehabt, einen Einwand zu erheben, die Differenz ist in der Sache keine erhebliche. Niemand ist so naiv, dem Parteivorstand zu unterstellen, dass er für alle Zeiten den Massenstreik verwirft; wichtig bleibt nur die auch vom Parteivorstand nicht bestrittene Tatsache, dass man bei der Agitation zur Erringung des Wahlrechts in Preussen und Sachsen und gegen den Wahlrechtsraub in Hamburg die Anwendung des Massenstreiks verwarf und gegenwärtig nicht die Absicht hat, den Massenstreik zu propagieren. Damit war die Verständigung über die übrigen Punkte sehr leicht, und die Differenzen über die Zweckmässigkeit des Massenstreiks zwischen der *Generalkommission* und dem Parteivorstand auf ein Minimum herabgedrückt; denn die *Generalkommission* hatte keine Veranlassung, dem Parteivorstand Vorhaltungen zu machen, dass der *gegebene Fall* für den Massenstreik bisher noch nicht eingetreten war, sie konnte der Taktik des Parteivorstandes nur zustimmen.

Beachtung verdient hier eine Äusserung der *Leipziger Volkszeitung*, die für die Haltung des Parteivorstandes die folgende Erklärung gibt:

„Schon die Tatsache, dass im vergangenen Winter nicht mehr als diese kühle Neutralität der Gewerkschaften zu haben gewesen wäre, rechtfertigt vollkommen, dass es der Parteivorstand damals nicht auf einen Massenstreik ankommen lassen mochte.“ Wenn das die Motive wären, die den Parteivorstand zu seinem Entschluss leiteten, so wäre es Aufgabe des Vorstandes gewesen, zu der Zeit, als die Frage der Anwendung des Massenstreiks in Parteikreisen erwogen wurde, mit der *Generalkommission* in Verbindung zu treten. Das ist nicht geschehen. Mithin ist das freundliche Bemühen der *Leipziger Volkszeitung*, die Stellung der Gewerkschaften für die wohlüberlegte Haltung des Parteivorstandes verantwortlich zu machen, nicht zu akzeptieren.

Die *Generalkommission* hat, soweit die Taktik bei der Wahlrechtsbewegung in Frage kam, sich jeder Einmischung enthalten, weil sie hier die Parteinstanzen, insbesondere den Parteivorstand, für zuständig hielt. Zustimmend hat sie den Vorschlag des Parteivorstandes, mit den Versammlungen am 1. Mai eine Kund-

gebung für die Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts zu verbinden, aufgenommen und zur Ausführung gebracht; aber sie kann sich in einer politischen Aktion keine führende Stellung anmassen. Noch weniger würde dies für den politischen Massenstreik ratsam sein. Die politische Bewegung zu vertreten und zu leiten, ist Aufgabe des Parteivorstandes, der dem Parteitag gegenüber verantwortlich ist. Die Stellung der Gewerkschaften könnte erst dann zu Angriffen Anlass geben, wenn im gegebenen Fall die Gewerkschaften Front gegen die Anwendung des Massenstreiks machten. Eine solche Absicht bestand seitens der *Generalcommission* nicht, diese hat, als die Situation in Sachsen nach den grossen Straßendemonstrationen gespart wurde, es abgelehnt, sich irgendwie einzumengen, selbst in der Voraussicht, dass es zu einem Massenstreik kommen würde. Dem Massenstreik hatten die Gewerkschaften nicht untätig zusehen können, denn in solchen Aktionen ist eine Neutralität undenkbar; aber die Verantwortung für das Misslingen dieser Aktion hätten die Gewerkschaften nicht übernehmen können.

Die bisherige Debatte über die Anwendung des politischen Massenstreiks hat ergeben, dass eine besondere Klarheit über die Frage nicht zu bemerken ist. Aus der Stellung des Parteivorstandes dürfte so viel zu entnehmen sein, dass der Massenstreik als politisches Kampfmittel nur in einem ganz ausserordentlich dringenden Fall unter eingehender Berücksichtigung des möglichen Gelingens propagiert werden soll. Damit kämen in der Beurteilung dieses politischen Kampfmittels Gewerkschaft und Partei einander näher, als es nach der dem Jenaer Parteitag folgenden Debatte schien. Kommt es zu schweren politischen Konflikten, in denen die Arbeiterbewegung um ihre Existenz kämpfen muss, dann wird sich leicht die Verständigung zwischen Partei und Gewerkschaft finden.

XX

EDUARD BERNSTEIN · DIE GENERALSTREIK-GEWERKSCHAFT

AM 4. April 1870 fand in La Chaux-de-Fonds im schweizerischen Jura ein Kongress der französisch-schweizerischen Sektionen der *Internationalen Arbeiterassoziation* statt. Auf seiner Tagesordnung stand *Die Haltung der Internationalen Arbeiterassoziation zur Regierungsform*. Eine Anzahl Delegierte, die aber in der Minderheit blieben, traten für eine Resolution ein, in der es am Schlusse heisst:

„... empfiehlt der Kongress allen Sektionen der *Internationalen Arbeiterassoziation*, auf jedes Vorgehen zu verzichten, welches die Umgestaltung der Gesellschaft mittels politisch-nationaler Reformen zum Zweck hat, und ihre Tätigkeit ausschliesslich auf die föderative Verbindung von Berufskörperschaften zu richten, da dies das einzige Mittel ist, den Erfolg der sozialen Revolution sicherzustellen. Diese Föderation ist die wahre Vertretung der Arbeit und darf mit keiner politischen Regierungsform etwas zu tun haben.“

Der Vater dieser Resolution war Michael Bakunin, der damals in Genf lebte. Sie ist meines Wissens die erste Formulierung des Prinzips der antipolitischen revolutionären Gewerkschaft. Antipolitische Gewerkschaften hatte es vorher schon gegeben, und ebenso hatte es schon Gewerkschaften revolutionären

Charakters und Auftretens gegeben. Aber der Gedanke, die revolutionäre Gewerkschaft in Gegensatz zur Politik, zu jedem politischen Kampf zu stellen und diesen zugleich grundsätzlich zu verwerfen, war neu. Man wird nun geneigt sein, ihn lediglich als das Produkt Bakuninscher Spekulationen, als eine Potenzierung Proudhonscher Ideen zu betrachten, und als ideologisches Phänomen ist er letzteres sicher. Aber er ist kein rein ideologisches Phänomen. Er ist nicht in der Ruhe des Studierzimmers, auch nicht im Idyll eines theoretisierenden Klubs geboren, seine Entstehungsgeschichte führt uns zurück nach Genf, wo praktische Kämpfe zu ihm den Anstoss gaben.

Genf hatte damals eine lebhaftere Arbeiterbewegung gewerkschaftlicher und politischer Natur. Genfs Arbeiterschaft ist aber ausserordentlich zusammengewürfelt, was sich bei seiner geographischen Lage leicht begreift. Nur eine Minderheit der Arbeiter Genfs sind Genfer Staatsangehörige, und nur eine Minderheit der Genfer Staatsangehörigen sind — oder waren damals — Lohnarbeiter. So dass trotz allgemeinen Wahlrechts die Arbeiter die Minderheit der Wähler Genfs bildeten, bei Wahlen nach dem Listenwahlsystem ohne Proporz, wie es damals für die Regierungswahlen in Genf bestand, aus eigener Kraft nie einen Kandidaten durchbringen konnten. So wird man es verstehen, warum, als im Herbst 1869 in Genf Regierungswahlen stattfanden und die mit den Konservativen um die Herrschaft in Genf ringenden Radikalen der sozialistischen Arbeiterpartei einen Kompromiss anboten, diese das Angebot annahm und mit den Radikalen für eine gemeinsame Liste kämpfte, die übrigens durchfiel. In diesem Wahlkampf sollen nun die Führer der Arbeiterpartei auf das Genfer Spiessbürgertum über Gebühr Rücksicht genommen haben. Wer, wie Schreiber dieses, viel gesehen und erlebt hat, wird es ungeprüft als wahr annehmen; denn so etwas ist auch schon an Orten passiert, wo weniger eigenartige Verhältnisse obwalten, als in der zum weitaus grössten Teil von französischem Gebiet umgrenzten Heimat Calvins. Aber er wird auch verstehen, dass es im Verein mit der Niederlage sehr viel Missstimmung schaffen musste und Wasser auf die Mühle derjenigen war, die überhaupt den Wahlkampf verwarfen. Wie anders die Streiks, die Genf damals gehabt hatte, insbesondere der grosse Bauarbeiterstreik von 1868! Da gab es keinen Unterschied zwischen dem Arbeiter, der Genfer Staatsangehöriger war, und dem Arbeiter, der dieses Glück nicht genoss. Da gab es das gemeinsame Interesse gegen den einen Meister oder die koalitierten Meister, das alle Arbeiter, ob Genfer oder andere Schweizer, ob Savoyarden oder andere Franzosen, ob Italiener oder Deutsche, verband. Erwägt man dies, so wird man es verstehen, warum eine nennenswerte Anzahl westschweizerischer Arbeiter und Sozialisten gerade in jener Resolution das, was not tat, erblickten.

Der Konflikt, der sich damals in Genf abspielte und auf dem besagten Kongress in La Chaux-de-Fonds zu einer Spaltung des französisch-schweizerischen Verbandes der *Internationalen* führte, wurde bald für den ganzen Zusammenhalt der *Internationalen* verhängnisvoll. Wir wollen hier darauf nicht näher eingehen, obwohl noch manches zu diesem Kapitel zu sagen wäre, sondern erwähnen es hier nur, weil jene in La Chaux-de-Fonds von der Mehrheit verworfene, aber von der Minderheit zu ihrer Fahne genommenen Resolution das Programm fast der ganzen Bewegung wurde, die sich in der *Internationalen* in Gegensatz zum Londoner Generalrat stellte, und deren geistiges Haupt

Bakunin war. Ein Schüler und Freund Bakunins. J. Guillaume, verfasste bald darauf eine Broschüre, in der er sie näher erläuterte und ein Bild der Art und Konsequenzen ihrer Verwirklichung zu geben suchte. Ich habe die jetzt sehr selten gewordene Broschüre nicht zur Hand und bin daher auch nicht in der Lage, festzustellen, ob nicht in ihr schon die Idee des die Gesellschaft endgültig umstürzenden Generalstreiks entwickelt wird, halte es aber für sehr wahrscheinlich. Bereits war die Idee des Generalstreiks auf einem Kongress der *Internationalen* zur Sprache gekommen, wenn auch nur beiläufig und noch sehr abstrakt. Auf dem Bruseler Kongress 1868, wurde bei Besprechung der Frage des Streiks »im Prinzip« erklärt, dass »der Gesellschaftskörper nicht existieren kann, wenn die Produktion eine Zeitlang unterbrochen wird, und dass daher die Produzenten nur die Produktion einzustellen brauchen, um alle Unternehmungen persönlicher und despotischer Regierungen unmöglich zu machen«. Eine praktische Anwendung wurde indes aus dieser Feststellung nicht gezogen. Doch veröffentlichte das Organ der belgischen Internationalisten, die damals in Brüssel erscheinende *Internationale*, die stark von Proudhonschen Ideen beeinflusst war und bei der Spaltung sich auf die Seite der Gegner des Londoner Generalrats stellte, bald darauf Artikel, in denen spekulativ entwickelt wurde, dass, wenn die Streiks, wie sie damals ausbrachen, sich immer häufiger und in immer grösserem Umfange wiederholen würden, dies schliesslich zu einem Generalstreik führen würde, der bei den die Arbeiterschaft erfüllenden Emanzipationsgedanken »nur in einen die Gesellschaft neugegestaltenden Zusammenbruch auslaufen könnte«. Nachdem aber auf dem Haager Kongress die Spaltung der *Internationalen* endgültig vollzogen war, stellte der zu Bakunin haltende Flügel auf Veranlassung der Belgier die Frage des Generalstreiks direkt auf die Tagesordnung seines im September 1873 in Genf abgehaltenen Kongresses. Sie wurde dort in geschlossener Sitzung verhandelt, und es wurde eine Resolution angenommen, in der es heisst:

»In Anbetracht, dass bei der gegenwertigen Lage der *Internationalen* die Frage des Generalstreiks nicht völlig gelöst werden kann, empfiehlt der Kongress den Arbeitern dringend die internationale Organisation der Gewerkschaften und eine tätige sozialistische Propaganda.«

Das ist in dieser Sache im Verein mit der Resolution von La Chaux-de-Fonds das Testament des bakunistischen Flügels der *Internationalen*, der, ebenso wie der marxistische, bald darauf als Organisation einschliel: sozialistische Propaganda und gewerkschaftliche Organisation in Hinblick auf den Generalstreik, dagegen nichts von politischer Organisation und Aktion! Es ist das selbe Programm, wie es jetzt in Frankreich von den Generalstreikgewerkschaftern verfochten wird. Ich erlaube mir, die Bezeichnung *syndicalistes révolutionnaires* so zu übersetzen, weil die wörtliche Übersetzung *revolutionäre Gewerkschafter* bei der Auslegungsfähigkeit des Begriffs *révolutionnaire* allen möglichen Verwechslungen Vorschub leisten würde—was ist heute nicht alles *révolutionnaire*?— und die Bezeichnung *anarchistisch* als gehässige Denunziation oder dergleichen aufgefasst werden könnte. In ihrer geschichtlichen Ableitung ist die Idee, den gesellschaftlichen Umsturz durch den gewerkschaftlichen Generalstreik allein herbeizuführen, wie das obige zeigt, anarchistisch, Bakunin, Guillaume und ihre Freunde nannten sich mit Stolz *Anarchisten*. Indes, man soll niemand einen Namen anhängen, den er zurückweist. Und da die Pflege der Generalstreik-idee das unterscheidende Merkmal der bezeichneten französischen *Syndikalisten*

und ihrer Gesinnungsgenossen in anderen Ländern ist und ihre ganze gewerkschaftliche Taktik bestimmt, so scheint mir auch die Bezeichnung *Generalstreikgewerkschafter* die sachgemässeste, zumal sich kein Anhänger jener Richtung durch sie verletzt fühlen kann.

Es ist nun interessant, dass die französischen Theoretiker der Generalstreikgewerkschaften seit einiger Zeit eifrig bemüht sind, Marx für ihre Lehre ins Feld zu führen. Einer der namhaftesten dieser Theoretiker ist Georges Sorel, unzweifelhaft ein sehr belesener und ideenreicher Schriftsteller. Erst im *Divenire Sociale* und dann im *Mouvement Socialiste* hat er eine Reihe von Aufsätzen über die Gewalt veröffentlicht, die zusammen als Versuch einer Theorie des Generalstreikgewerkschaftertums dienen können. Es ist eine peinliche Lektüre; die Aufsätze wimmeln von gehässigen Ausfällen und Unterstellungen gegen politisch tätige Sozialisten, vor allem Jaurès, aber es ist darum nicht minder eine instruktive Lektüre. Wir lernen von einem Manne, der persönlich an den Dingen nicht beteiligt ist, aber doch in engem Verkehr mit Vertretern der Bewegung steht, die Eindrücke und Ideenreihen kennen, die ihn und viele andere französische Sozialisten zu geschworenen Gegnern der politischen und insbesondere der parlamentarischen Parteitätigkeit gemacht haben. Und diese Darstellung führt uns zu den, Sorel offenbar unbekanntem Vorgängen zurück, die 1869-1870 sich in Genf abspielten und den Anstoss zu jener Resolution gaben, in der faktisch das ausgesprochen ist, was er heute predigt: die Beschränkung des Klassenkampfes auf den Gewerkschaftskampf in jener Form, wie er überhaupt bis in die neunziger Jahre hinein auf dem Festland vorherrschte, als Revolte gegen das in der Werkstatt noch absolutistisch regierende Unternehmertum.

Sorel vergleicht die parlamentarischen Sozialisten mit den Demagogen in den altgriechischen Städterepubliken, die die Gunst der Masse durch hochgeschraubte Forderungen einzufangen suchten, und wirft ihnen vor, sie trieben die Politik des Überbietens. Seine Ausführungen darüber könnten auch in jeder konservativen Zeitung stehen; was er über die Feigheit des Bürgertums und der Regierungen sagt, würde den wissenschaftlichen Oberscharfmacher Dr. Tille zu Tränen rühren; indes wollen wir uns daran nicht stossen. Unzweifelhaft hat die parlamentarische Aktion ihre Gefahren, in der Republik so gut, wie in der Monarchie, im Punkt opportunistischer so gut, wie im Punkt radikalisierender Übertreibung. Das sind Dinge, die überwunden werden müssen, aber man überwindet sie nicht, indem man ihnen aus dem Weg läuft. Und hat nicht die Gewerkschaftsbewegung, die zentralistische, wie die auf den Generalstreik eingeschworene föderativ-revolutionäre, auch ihre Klippen? Die radikalen französisch-schweizerischen Sozialisten, die sich 1870 entrüstet von der Regierungswahl abwandten, in der nach ihrer Meinung das Prinzip geopfert war, haben an der Gewerkschaftsbewegung, die sie damals betrieben, wenig Freude erlebt. Man wird mir vielleicht entgegen, das habe an den eigenartigen ökonomischen Verhältnissen der Westschweiz gelegen. Aber was Sauce für die Gans ist, ist auch Sauce für den Gänserich, sagt der Engländer. Dann musste man die Erklärung für die Verstösse bei der vorerwähnten Wahl auch nicht schlechtweg in der politischen Aktion, sondern in den besonderen persönlichen und ökonomisch-politischen Umständen jenes Wahlkampfes suchen.

Sorel und andere französische Sozialisten sind, soweit sie nicht vorher schon

wesentlich Verfechter des *Syndikalismus* waren, durch die Millerand-Affare und die Jaurèssche Blockpolitik veranlasst worden, sich ihm als dem ausschliesslichen Retter in die Arme zu werfen. Sorel, vorher ein Ketzer am Marxismus, wandte sich unter dem Eindruck jener Vorgänge wieder der Marxschen Doktrin zu und suchte in ihr Waffen gegen die Verparlamentarisierung des Sozialismus. Aber seine Aufsätze zeigen, dass ihm das wenig geholfen hat. Stellen gegen parlamentarische Versumpfung gibt es bei Marx genug, aber ihnen lassen sich immer Stellen für die parlamentarische Aktion gegenüberstellen. Solche Dinge müssen nach ihrem eigenen Zusammenhang mit den gegebenen Bedürfnissen und Möglichkeiten der Arbeiterklasse beurteilt werden, auf Grund allgemeiner Sätze über den Kampf der Arbeiterklasse lassen sie sich nicht entscheiden. »Es scheint mir absurd«, schreibt Sorel, nachdem er von der Tendenz der parlamentarischen Sozialisten gesprochen, immer höhere Forderungen für das Volk und zu Lasten der Reichen zu stellen, »zuzugeben, dass Marx in dieser Weise den Klassenkampf verstand, der ihm das Wesen des Sozialismus war.« Aber wenn er das Marxsche Rundschreiben vom März 1850 liest, dann wird er dort gerade die Politik des Überbietens-- und wie! — empfohlen finden. Und wenn Sorel auf der anderen Seite wieder darauf verweist, dass Marx, als er seine Theorie ausarbeitete, nur erst die klassenstolze, den Arbeitern gegenüber widerstandskräftige, ihren vollen Herrenstandpunkt festhaltende Bourgeoisie kannte, dass seine Klassenkampftheorie diese voraussetzt, und nicht die heutige, immer mehr *verlabbernde*, sich fortgesetzt zu Zugeständnissen pressen lassende Bourgeoisie, so ist daran sicher ein grosses Stück Wahrheit. Aber welche Folgerung ergibt sich daraus? Dass wir dieses spezifische Stück Klassenkampftheorie zu modifizieren, dem Gesetz der Entwicklung zu unterwerfen haben? Nein, sagt Sorel, wir müssen die Bourgeoisie zurückmodifizieren. Bourgeoisie, werde hart!

»Wie können sie [die Anhänger jener Auffassung] hoffen, der Bourgeoisie ein Feuer wiederzugeben, das im Erlöschen ist? Hier erscheint uns die Rolle der Gewalt als etwas ganz besonders Grosses in der Geschichte, denn sie kann indirekt auf die Bourgeoisie einwirken, um ihnen das Gefühl für ihre Klasse zurückzurufen.« Also müsse man Wohlwollen mit Undankbarkeit, Eintreten für Menschenverbrüderung mit Beschimpfungen, Propagierung des sozialen Friedens mit Schlagen beantworten; auch sei es sehr nützlich, die Redner der Demokratie und die Vertreter der Regierung durchzuprügeln, damit »niemand sich Illusionen über die Natur der Gewalttaten hin gebe, diese haben nur dann geschichtlichen Wert, wenn sie der brutale und klare Ausdruck des Klassenkampfes sind. Die Unternehmer mussten begreifen lernen, dass sie »schlecht von denen beraten waren, die sie dazu veranlassten, ihr Geschäft als Schöpfer von Produktivkräften in Stich zu lassen und sich mit dem Proletariat zu beschäftigen. Marx habe angenommen, dass die Bourgeoisie nicht erst nötig habe, zur Anwendung der Gewalt aufgestachelt zu werden; jetzt stehen wir vor einer neuen und sehr wenig vorhergesehenen Tatsache: eine Bourgeoisie, die ihre Gewalt selbst abzumildern sucht. Muss man nun glauben, dass die Marxsche Auffassung tot sei? Keineswegs, denn gleichzeitig, wie der soziale Friede die Konflikte zu mildern behauptet, tritt die proletarische Gewalttätigkeit auf die Bühne. Die proletarische Gewalttätigkeit beschränkt die Unternehmer auf ihre Rolle als Produzenten und stellt die Struktur der Klassen in dem Masse wieder her, wie diese sich in einem demokratischen Sumpf zu vermischen scheinen.« So sichert sie nicht nur die kommende Revolution, sondern scheint sie auch »das einzige Mittel zu sein, welches die durch den Humanitarismus abgestumpften europäischen Nationen noch haben, ihre einstige Energie wiederzufinden . . . Eine an Zahl wachsende und fest organisierte Arbeitermasse kann die Kapitalistenklasse zwingen, in ihrem wirtschaftlichen Kampf eifervoll zu bleiben. Wenn sich einer erobrerungshungrigen und reichen Bourgeoisie ein geeintes und revolutionäres Proletariat gegenüberstellt, dann wird die kapitalistische Gesellschaft ihre geschichtliche Vollendung erreicht haben. So ist die proletarische Ge-

walttat ein wesentlicher Faktor des Marxismus geworden. Fügen wir noch einmal hinzu, dass sie, wenn sie zweckmässig geleitet wird, die Unterdrückung des parlamentarischen Sozialismus zur Folge haben wird, der nicht mehr als der Herr der Arbeiterklasse und der Hüter der Ordnung wird einhergehen können.«

So Sorel. Es ist nur ein kleiner Teil seiner neuen Theorie, die wir hier wiedergeben, aber es wird genug sein, ihren Grundzug erkennen zu lassen. Man könnte sie als nietzscheanisch renovierten Marxismus bezeichnen, als Synthese von Nietzsche und Marx, die gar so unnatürlich nicht wäre. Aus der Feder des für den autorisiertesten Interpreten von Marx geltenden Sozialisten haben wir vor noch gar nicht langer Zeit lesen können, dass es die Aufgabe der Sozialdemokratie sei, auf die immer schärfere Zuspitzung der Verhältnisse, die immer zunehmende Verschärfung der Gegensätze hinzuwirken, und je nachdem man den Klassenkampf, statt als kausal notwendige Erscheinung, als zwecknotwendigen Zustand oder als Selbstzweck auffasst, wird man zu einer solchen Kombination geradezu gezwungen. Und es will mir sogar scheinen, dass, wenn man von der Idee ausgeht, dass eine zunehmende Verschärfung der Gegensätze und Zuspitzung der Verhältnisse unerlässliche Bedingung für den Sieg des Sozialismus ist, die grössere Logik, die strengere Einheit des Gedankens bei Sorel ist.¹⁾ Nur dass ich diese Bedingung nicht anerkenne.

Der parlamentarische Sozialismus kann gar nicht anders, als immer wieder auf Abmilderung der Gegensätze hinzuwirken. Bei uns tritt das nicht so deutlich in die Erscheinung, weil wir zwar Sozialisten im Parlament, aber keinen Parlamentarismus haben. Wo aber wirklicher Parlamentarismus auf demokratischer Basis besteht, da muss in wirtschaftlich vorgeschrittenen Ländern, in Ländern mit einer starken Industriearbeiterklasse, das Auftreten von Sozialisten im Parlament, die Reformen verlangen, in steigendem Masse die ganze Praxis der Behörden und den Charakter der Gesetzgebung im Sinne einer Abschwächung des Unternehmerabsolutismus und Auferlegung der Lasten auf die stärksten Schultern beeinflussen.

Ganz frei von solcher Wirkung können und würden aber auch die Generalstreikgewerkschaften nicht sein, von denen Sorel das Heil erwartet. Und das führt auf den grossen Rechenfehler in seiner Kalkulation. Sorel zeigt sehr viel Streben, die Probleme ökonomisch aufzufassen, und wirft den sozialistischen *Politikern* unablässig vor, dass sie die Frage der Produktion ganz links liegen lassen. Aber er spricht nur viel von der Produktion, auf ihre Bedingungen und auf die Grenzen, welche sie dem Können der Generalstreikgewerkschaften setzen, geht er nicht ein. Auch er fasst zuletzt die Frage nur unter dem Gesichtspunkt der *Gewalt* auf, wie das der ärgste politische Routinier nicht anders könnte. Er hat die geistige Verfassung der zur *Confédération* haltenden französischen Gewerkschaften im Auge, wie diese heute beschaffen sind. Er sieht nicht, dass sie sich ändern wird, ändern muss, wenn jene Gewerkschaften, was er doch will, wachsen. Denn dann treten erhöhte Aufgaben, tritt erhöhte Verantwortung an sie heran, und Streik wie Generalstreik erhalten für sie ein anderes Gesicht.

¹⁾ Sorel ist nicht der einzige Theoretiker, der den Generalstreiksindikalismus von Marx ableitet. So hat auch der ungarische Sozialist Erwin Szabo erklärt, gerade als Marxist der von Sorel respektive dem *Devenir Sociale* verfochtenen Richtung zuzuneigen. Im *Devenir Sociale* finden wir jetzt eine interessante Kontroverse mit dem Anarchisten Luigi Fabbrì, der für den Anarchismus Anspruch darauf erhebt, folgerichtiger Marximus zu sein. Es wäre Unrecht, diese Debatten vornehm zu ignorieren; in dem Masse, wie es meine sonstigen Arbeiten erlauben, gedenke ich vielmehr, auf sie noch näher einzugehen. Sie werden heute oft auf hohem geistigen Niveau geführt.

Die französische Gewerkschaftsbewegung ist im ganzen heute noch ausserordentlich rückständig. Wenn sie trotzdem bei Streiks gewisse Erfolge erringt, so ist das zu einem grossen Teil gerade den demokratischen Einrichtungen des Landes geschuldet, die es mit sich bringen, dass bei Streiks Behörden, Presse, Politiker etc. öfter, als bei uns, zu gunsten der Arbeiter vermittelnd eingreifen. Wo diese Intervention fehlt, da bleiben auch trotz allen Schwungs und aller grossen Absichten die Erfolge nur zu oft aus. Wir haben diesmal vor dem 1. Mai viel von der *direkten Aktion* für den Achtsturentag gehört, von bevorstehenden gewaltigen Streiks für diese Forderung der Arbeiterklasse. Was ist daraus geworden? In der Juninummer der *Revue Syndicaliste* wird der in Verbindung mit der Maifeier ausgebrochene Kampf der Maschinenbauer, noch einer besser organisierten Gewerbe, beschrieben. Da erfahren wir, dass, wie es zur wirklichen Aktion kam, mit Ausnahme von ein oder zwei Werkstätten überall in Paris von seiten der Arbeiter von vornherein die Forderung des Achtsturentages fallen gelassen und nur die sogenannte *englische Arbeitswoche* von 54 oder 55 Stunden, das heisst der *Zehnsturentag* mit freiem Sonnabendnachmittag, verlangt wurde. 33 Fabrikanten mit etwa 6000 Arbeitern bewilligten, in den anderen kam es zum Streik, der aber wegen mangelnder Unterstützungen schon mit der dritten Woche abzubröckeln begann und schliesslich zusammenbrach. Die Arbeiter mussten bei Wiederaufnahme der Arbeit sogar verschärfte Fabrikordnungen unterzeichnen und eine verhältnismässig grosse Anzahl von ihnen wurde gemassregelt. Noch schlimmer ging es in Lunéville zu, während in Saint Etienne ein Drittel der in die Bewegung eingetretenen Arbeiter eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielten, — aber mit Hilfe von Vermittlungsinstanzen. Auch haben die Fabrikanten hier von Anfang an sich geneigter zum Verhandeln gezeigt. Eine totale Niederlage erlitten in Paris die Arbeiter in der Wagenbauindustrie, die einzigen, die wirklich den Achtsturentag verlangten. Das sind natürlich Einzelercheinungen, aber wenn wir die soeben vom französischen Arbeitsamt veröffentlichte Streikstatistik für 1905 mit der deutschen für das selbe Jahr vergleichen, dann finden wir auf der deutschen Seite durchgängig günstigere Zahlen, als in Frankreich.

Von 830 Streiks mit zusammen 177 666 Arbeitern waren in Frankreich 22,17 % erfolgreich, 43,50 % wurden durch Kompromiss erledigt, 34,33 % gingen verloren. Dagegen hatten nach der Statistik der *Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* von den im Jahrfunft 1900 bis 1904 von deutschen Gewerkschaften geführten Streiks durchschnittlich 46,34 % vollen Erfolg, 27,76 % partiellen Erfolg, 24,08 % keinen Erfolg. Nun sind wahrscheinlich die Zählungsweise und der Massstab des französischen Arbeitsamtes andere, als die der *Generalkommission*; aber auch bei gleichem Massstab würde der Vergleich sehr zu gunsten der deutschen Gewerkschaften ausfallen, die ja auch von Jahr zu Jahr mehr Lohnbewegungen ohne Streiks erfolgreich durchführen. Sehr gross ist der Prozentsatz der Streiks, die in Frankreich durch Vermittlungsämter etc. geschlichtet wurden. Man mag nun über solche Schlichtung denken, wie man will, so zeugt doch ihr starke Inanspruchnahme nicht gerade für ein sehr entwickeltes Kraftbewusstsein der betreffenden Gewerkschaften und spricht nicht sehr für eine grosse Neigung der Arbeiter, Vermittler »durchzuprugeln«. Es ist etwas anderes, eine revolutionäre Gewerkschaftstaktik spekulativ auszuspielen, als sie in die Praxis des Lebens umzusetzen.

Es sind eine ganze Reihe von Umständen, welche der kraftvollen Entwicklung der französischen Gewerkschaftsbewegung im Wege stehen, und ich gebe Sorel zu, dass eines der Hindernisse darin zu suchen sein mag, dass viele französische Arbeiter zu sehr daran gewöhnt sind, irgend welches Geschenk von oben zu erwarten. Aber ganz sicher ist ein noch grösseres Hemmnis das Einschwören der Gewerkschaften auf die Generalstreikidee. Sie hält sie, soweit sie auf sie einwirkt, künstlich auf dem Niveau der Kindheit der Gewerkschaftsbewegung zurück, wo man alles vom *Geist* erhoffte und sich beharrlich dagegen sträubte, durch Ausbau der Gewerkschaftseinrichtungen der Bewegung diejenige Grösse und Festigkeit zu verleihen, durch die allein Dauerndes erzielt werden kann.

Die Generalstreikgewerkschaft ist nicht die vorgeschrittene, sie ist die zurückgebliebene oder zurückentwickelte Gewerkschaft. Ihre ganze Ideenwelt geht von einer Auffassung der gesellschaftlichen Entwicklung aus, die durch die tatsächliche Entwicklung teils widerlegt, teils überholt worden ist. Sowenig es möglich ist, die Gesellschaft auf den Wirtschaftszustand zurückzudrehen, auf dem jene Auffassung erwachsen war, so wenig möglich ist es, in die Köpfe eine Denkart künstlich hineinzuzwingen, die jener Epoche entsprach. Die schwache Gewerkschaft stösst, wie *Figura* zeigt, noch heute auf den unnachgiebigen Unternehmer. Den Unternehmer überhaupt in der Unnachgiebigkeit erhalten wollen, heisst den Gewerkschaften verbieten, stark zu werden.

In den deutschen zentralisierten Gewerkschaften überschätzen manche vielleicht die Gefahr, welche unter den so anders gearteten deutschen Verhältnissen die Propagierung der Generalstreikidee dem Ausbau und der gewerkschaftlichen Disziplin bringen könnte. Indes liegen doch Tatsachen vor, die dartun, dass die Gefahr keine blosse Einbildung ist. Und darum soll man nicht gleich mit Verdächtigungen gegen diejenigen losgehen, die eine nicht genügende Auseinanderhaltung von politischem Massenstreik und Revolutionsgeneralstreik befürchten und daher Sicherung gegen unzeitiges Hineintragen der Propaganda in die Gewerkschaften wünschen.

XX

THEODOR LEIPART · DIE GEWERKSCHAFTLICHE PRAXIS UND DER KLASSENKAMPFGEDANKE

LN seinen im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte* veröffentlichten *Gedanken zur Heimarbeitsausstellung* hat Wilhelm Schröder es — allerdings nicht im Sinne eines Vorwurfs — als einen Gegensatz zur »klassenbewussten Abstinenz« und als einen »Schritt vom Wege« bezeichnet, dass die Gewerkschaften diese Ausstellung in Gemeinschaft mit Professoren und bürgerlichen Organisationen und mit den christlichen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereinen inszenierten. Und er sagt weiter:

»... man sollte meinen, dass, wenn irgendwo im Proletariat, so hier [in den Gewerkschaften] weder Ursache, noch Neigung besteht, sich mit den auf den Höhen der Gesellschaft zu gemeinsamer Tat zusammenzuschliessen oder ihnen anders als feindlich gegenüberzutreten.«

Wenn irgendwo, so sollte der *Klassenkampf* gerade in den Gewerkschaften so *rauh* wie möglich in die Erscheinung treten.

Was das erste anlangt, so scheint allerdings nicht nur Genosse Michels in seinen Pariser Vorträgen, sondern noch mancher andere Parteigenosse das Zusammenarbeiten der Gewerkschaften mit den Herren aus dem Bürgertum und den anderen Gewerkvereinen bei der Heimarbeitsausstellung missbilligt und verurteilt zu haben, so dass Schröders Bemerkungen nicht grundlos gewesen sein mögen. Es ist zudem neuerdings über die Praxis der Gewerkschaften in dieser Hinsicht so mancherlei gesagt und geschrieben worden, dass ich der Aufforderung des Herausgebers, zu der in der Überschrift aufgeworfenen Frage vom Standpunkt des praktischen Gewerkschafters einmal Stellung zu nehmen, gern Folge leiste. Denn hier kommen die Grundlagen der gewerkschaftlichen Praxis, ihre Stellung gegenüber bürgerlicher Hilfeleistung und zu den gegnerischen Arbeiterorganisationen im allgemeinen, sowie insbesondere in der Lohnbewegung in Betracht. Und an Kritikern hat es uns ja namentlich in der letzten Zeit wahrlich nicht gefehlt.

So brachte, um ein Beispiel zu nennen, die *Neue Zeit* im April einen Artikel von Stephan Heise, welcher mit sehr wortreichen Gründen den Standpunkt vertrat, dass es der »Würde der freien Gewerkschaften« schlecht zu Gesicht stehen würde, wollten sie noch fernerhin mit christlichen Gewerkschaften, diesen charakterlosen Elementen, paktieren; vielmehr müssten sie eine »ihrer prinzipiellen Stellung angepasste Taktik« einschlagen, die gegnerischen Organisationen der indifferenten Arbeiterschaft gleich achten und demgemäss behandeln, was wie »Sprengpulver« auf diese Art Organisationen wirken würde. Nun besteht das Paktieren mit den christlichen Organisationen darin, dass man bei einer Lohnbewegung mit ihnen rechnet, soweit die Notwendigkeit es erfordert. In diesem Falle muss man bekanntlich aber auch mit der indifferenten Arbeiterschaft leider noch oft genug ebenfalls rechnen, muss man den Unorganisierten gute Worte geben und ihnen Unterstützung versprechen, dass sie mittun. Viele Verbände zahlen ja noch heute an Nichtorganisierte oder doch solche, die sich bei einem Streik haben aufnehmen lassen, Unterstützung, ja selbst Streikbrecher werden oftmals unterstützt, um sie von der Fortsetzung der Arbeit abzuhalten. Bei einem Streik geht es eben zu, wie in jedem anderen Kampfe: man muss oft ein Auge zudrücken und alle irgend zulässigen Mittel gebrauchen, die zu dem erstrebten Erfolg führen können. Aber manche Parteigenossen scheinen der praktischen Gewerkschaftsarbeit auf Verbesserung der Lage der Arbeiter noch immer nicht die rechte Bedeutung beizumessen. So verlangt Stephan Heise von den Arbeitern als Konsequenz seiner vorgeschlagenen Taktik ausdrücklich: ein zeitweiliges sich Begnügen mit den vorhandenen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die durch das gemeinsame Zusammenwirken der bestehenden Organisationen zu verbessern wären! Also, um nur ja nicht bei einer Lohnbewegung mit den Christlichen paktieren zu müssen, sollen unsere Gewerkschaften auf die Lohnbewegung überhaupt verzichten, denn es heisst in dem Artikel:

»Hoher, als das Pflücken der Früchte, die der Tag gereift, steht wohl das Ziel, die Arbeiterschaft zu sammeln unter der Fahne, deren Sturmzeichen zum Kampf wider den Kapitalismus führt.«

Was soll man sich dabei wohl denken? Jedenfalls könnten die Christlichen und Hirsch-Dunckerschen sich nichts Besseres wünschen, als eine solche kuriose Taktik der Gewerkschaften, denn sie würden gut dabei fahren, würden in gar manchen Fällen ihre eigenen Lohnbewegungen führen und ein gut Teil des

Zustroms von bisher unorganisierten Arbeitern, der heute den Gewerkschaften zufließt, auf sich zulenken. Aber unsere Gewerkschaften werden selbstverständlich das »Pflücken der Früchte, die der Tag gereift«, nicht den anderen Organisationen überlassen, gerade weil sie die Arbeiterschaft in möglichst grossen Haufen unter ihrer Fahne, die gegen den Kapitalismus führt, sammeln wollen. Und schliesslich die eine Frage noch: Welche Taktik empfehlen unsere Kritiker den Gewerkschaften für die Fälle, wo eine der anderen Organisationen den Anstoss zur Einleitung einer Lohnbewegung gegeben hat — denn das ist auch schon mehr als einmal vorgekommen —, desgleichen, wenn es sich um eine Abwehr gegen Unternehmermassregeln handelt? Sollen wir dann auch das Paktieren ablehnen?

Eine solche Taktik ist einfach unmöglich, denn sie würde zu unserem eigenen Schaden ausschlagen. Und wäre es überhaupt nicht richtiger, gegenüber den christlichen und den anderen Arbeiterorganisationen immer wieder hervorzuheben, dass wir eigentlich Brüder sind und die gleichen Interessen haben? Natürlich muss der Fehler der Organisationszersplitterung dabei gleichfalls stets betont und verurteilt werden. Auch soll das oft skandalöse, die Arbeitersache schädigende Verhalten der anderen Organisationen gebührend gebrandmarkt werden, das es mitunter schwer genug macht, die gerechte Empörung wieder zu vergessen. Aber warum soll dies alles es grundsätzlich ausschliessen, dass die in einer Werkstatt ständig neben einander beschäftigten christlichen oder Hirsch-Dunckerschen und sozialdemokratischen Gewerkschafter gegenseitig ihre abweichende Überzeugung respektieren und sich über ein Hand in Hand Arbeiten zur Verbesserung ihrer gemeinsamen Verhältnisse verständigen? Es ist doch nicht jeder ein ausgemachter Dummkopf oder ein schlechter Kerl, der eine andere Meinung hat. Und die Sozialdemokraten predigen ja nicht einmal Hass den Reichen, warum also sollen wir uns dann in einen untilgbaren Hass gegen die eigenen Klassengenossen verrennen, nur weil sie anders denken, als wir? Gewiss, sie begehen grosse Fehler. Aber sind wir stets so ganz engelrein? Auch in unseren Gewerkschaften kommen Dinge vor, die sich mitunter nicht rechtfertigen lassen. Und wer wollte sich etwa mit allen Vorgängen in der sozialdemokratischen Partei ausnahmslos einverstanden erklären? Mir ist in meiner langjährigen Tätigkeit schon so manches Unrecht von Einzelpersonen und Majoritäten im eigenen Lager aufgestossen — namentlich auch in letzter Zeit —, gegen das sich nicht nur mein Gerechtigkeitsgefühl, sondern auch meine sozialdemokratische Gesinnung lebhaft aufgebäumt hat.

Hiergegen wird nun ins Feld geführt, dass der Klassenkampfgedanke in der Arbeiterbewegung verwischt werde durch das Paktieren mit solchen Elementen, die nicht gleichfalls auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Damit komme ich zu dem Schröderschen Wort von der *klassenbewussten Abstinenz*. Wenn die Arbeiterbewegung durch das Zusammenarbeiten mit bürgerlichen und nichtklassenkämpferischen Elementen wirklich in so grosse Gefahr käme, dann hätten wir allerdings schon mehr als einmal gesündigt, wie bei der Heimarbeitsausstellung. Ich erinnere nur an den internationalen Kongress für Arbeiterschutz in Zürich im Jahre 1897. Dort sassen die Spitzen unserer Partei und Gewerkschaften zusammen mit den Vertretern der katholischen und evangelischen Arbeitervereine Deutschlands, mit Kaplänen und Pfarrern und allen möglichen anderen bürgerlichen Abgesandten aus allen Ländern. Sie

alle wurden von dem Präsidenten H. Scherrer mit den folgenden Worten begrüsst:

»Sie sind herbegeeilt aus allen Staaten und aus allen Parteien, um aus der eigenen Erfahrung heraus und durch die Wucht der Massenwirkung die Grösse des Bedürfnisses nach einer völkerrechtlichen Ordnung gewisser Arbeits- und Industrieverhältnisse zu demonstrieren. Wer ein positives Resultat erreichen will, nimmt die Dinge, wie sie sind, nicht, wie er sie sich wünscht; er rechnet mit allen vorhandenen Kräften und kombiniert sie zu einem einheitlichen Effekte in der Richtung seines Zieles.«

Diese Empfehlung ist nach meinem Dafürhalten auch in der allgemeinen Arbeiterbewegung für viele Fälle durchaus beherzigenswert, und nichts anderes haben die Gewerkschaften getan, als sie sich an der Heimarbeitausstellung tatkräftig beteiligten. Haben wir aber vielleicht durch die damaßige Teilnahme an dem Züricher Kongress Schaden erlitten? Ich glaube, das Gegenteil war der Fall. Unsere Vertreter dort haben mit ihrer Meinung nicht hinter dem Berge gehalten, sie haben ihren Einfluss auf die Entschliessungen des Kongresses geltend gemacht und haben aber auch — man lese es im Protokoll nach — anerkennen müssen, dass ein Zusammenarbeiten der verschiedenen Richtungen möglich und nützlich sei. So sagte zum Beispiel Genosse Bebel:

»Aber so grosse prinzipielle Differenzen uns trennen in Bezug auf das, was die Zukunft bringen soll, wir können bis zu einem gewissen Punkt neben und mit einander gehen und in diesem Kampfe manches erreichen, von dem ich hoffe, dass es segensreich für die gesamte Arbeiterklasse wirken wird.« In dem gleichen Sinne äusserte sich auch Wilhelm Liebknecht, der am Schlusse des Kongresses dessen Arrangeuren, sowie den Referenten u. s. w. Dank sagte und dabei ausführte:

»Auf unserer Seite, wie auf der anderen, sind alle Gehässigkeiten vermieden worden, man ist mit dem Bewusstsein hergekommen, dass der Arbeiterschutz doch ein Gebiet sei, wo die verschiedenen Parteien, mögen sie sich im politischen Leben noch so sehr bekämpfen, ein Stück zusammenarbeiten können, Zunächst hat, wie das natürlich ist, wohl auf beiden Seiten ein gewisses Misstrauen geherrscht. Es war nicht berechtigt. Über dem Kongress schwebte sozusagen — um einen mittelalterlichen Ausdruck zu gebrauchen — so eine Art Gottesfriede. Die Waffen ruhten für eine Zeitlang.«

Da auch jetzt noch für eine andere Stellungnahme, als diese, gar kein plausibler Grund vorliegt, so ist hiernach also das Zusammenarbeiten und Paktieren mit anderen Parteirichtungen an sich nicht nur keine Gefahr, sondern im gegebenen Falle sogar ein Vorteil für die Arbeiterklasse, so dass die Gewerkschaften sich dieserhalb nicht zu verantworten brauchen. Es muss ihnen vielmehr auch für die Zukunft freistehen, wenn es ihnen zur Erreichung ihres Zweckes tunlich und notwendig erscheint. Denn auch der Klassenkampfstandpunkt hindert sie nicht daran. Der Klassenkampfstandpunkt zwingt nicht dazu, wie auch der *Vorwärts* in einem Leitartikel im März dieses Jahres, also schon unter seiner neuen Leitung, ausführte, »alle anderen Klassen als eine gleiche reaktionäre Masse anzusehen, deren einzelne Bestandteile bei ihren Kämpfen in keinem Fall unterstützt, oder mit denen nicht gelegentlich Bündnisse zur Erreichung bestimmter Vorteile abgeschlossen werden dürfen«. Hier wird also das Paktieren mit anderen Klassenparteien ausdrücklich für zulässig erklärt, in einem Artikel, der speziell die Bedeutung des Schlagwortes *Klassenkampf* behandelte. Mit der Zunahme seiner Anwendung, so wurde dort ausgeführt, verallgemeinere und verflache sich seine Bedeutung, und es wurde die Frage untersucht,

inwieweit der gewerkschaftliche Kampf gleichfalls als Klassenkampf zu gelten hat. Nur auf solche gewerkschaftliche Kämpfe, bei denen es sich um Erhöhung der Lohnquote breiter Arbeiterschichten auf Kosten des Unternehmerprofits handelt, will der *Vorwärts* die Bezeichnung *Klassenkampf* zulassen. Spezielle nebensächliche Berufsinteressen, desgleichen aber auch das Streben nach einem weiteren kräftigen Ausbau der sozialpolitischen Gesetzgebung hätten mit dem Klassenkampf nichts zu tun, denn sonst müssten auch die bürgerlichen Sozialreformer als Klassenkämpfer gelten.

Diese Folgerung will mir nicht zwingend erscheinen, denn es könnte sonst zum Beispiel der Gewerkschaftsbewegung im ganzen genommen auch der Charakter der Klassenbewegung und des Klassenkampfes abgesprochen werden, nur weil sie von bürgerlichen Sozialreformern freundlich beurteilt und unterstützt wird. Ebenso vermag ich nicht ganz einzusehen, warum für den Klassenkampfcharakter zur Bedingung gemacht werden sollte, dass die Lohnerhöhung auf Kosten des Unternehmerprofits erfolgt. Dabei berühre ich zugleich die schon mehrmals aus Genossenkreisen gegen die von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträge erhobenen Vorwürfe, dass sie nicht bloss die Löhne der Arbeiter, sondern auch die Profite der Unternehmer hochhalten, wogegen vom Standpunkt des proletarischen Klassenkampfes schwere Bedenken zu erheben seien. Diese Meinung läuft im Effekt doch schliesslich auch darauf hinaus, dass die Gewerkschaften von einer Lohnbewegung im Klassenkampfinteresse überhaupt Abstand nehmen sollten, weil sie es eben gar nicht verhindern können, dass die Arbeitgeber, um ihre Profite nicht schmälern zu lassen, den bewilligten Mehrlohn auf den Warenpreis schlagen und so die Kosten der Lohnerhöhung auf die Konsumenten abwälzen. Dann wären also gegen die ganze Gewerkschaftsbewegung vom Klassenkampfstandpunkt *schwere Bedenken* zu erheben, und vielleicht erklären sich daraus die mancherlei Angriffe, welche die Gewerkschaften in jüngster Zeit wieder erleiden mussten?

Demgegenüber schliesse ich mich der Meinung Schröders an, dass gerade in der Gewerkschaftsbewegung die Klassenbewegung der Arbeiter und der Klassenkampf am deutlichsten in Erscheinung tritt. Bei einem jeden ernsthaften Streik ist es nicht etwa nur der erhoffte materielle Gewinn, welcher die Köpfe und Herzen der Streikenden erfüllt und sie in Einigkeit und Entschlossenheit zusammenhält, sondern es ist daneben ein hohes Mass von Idealismus, die Überzeugung von der absoluten Notwendigkeit und Berechtigung der aufgestellten Forderungen als Klassenforderungen der Arbeiter, die Erkenntnis des Klassegegensatzes, kurz, das Klassenbewusstsein. Nun hat allerdings August Bringmann in einem Vortrag, den er in diesem Frühjahr in mehreren Versammlungen des Zimmererverbandes gehalten und dann auch in seinem Blatt veröffentlicht hat, es ganz entschieden bestritten, dass es eine auf den Klassenkampf gerichtete Tätigkeit der deutschen Gewerkschaften gibt. Er polemisierte damit gegen die *Cölnische Zeitung*, welche in einem Artikel zum Cölner Gewerkschaftskongress einem Eingreifen des Staates gegen diese Tätigkeit der Gewerkschaften das Wort geredet hatte. Aber er setzte diese Polemik später auch gegen den *Vorwärts* fort und schrieb im *Zimmerer*:

»Es heisst ganz einfach die Klasseninteressen verlottern, wenn man ihre Vertretung den Gewerkschaften aufhalst. Und es heisst die Bestrebungen der Gewerkschaften vernachlässigen, wenn man die Gewerkschaften zur Vertretung der Klasseninteressen engagiert.«

Diese Äusserung konnte ich nicht verstehen. Aber Bringmann hat sie zwei Wochen später selber dahin präzisiert, dass die Gewerkschaften eine auf den politischen Klassenkampf gerichtete Tätigkeit nicht entfalten können, ohne sich selbst aufzugeben. Das ist, im wesentlichen wenigstens, richtig, da der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gesetzgebung, also ihre politische Betätigung, zum grössten Teil nicht Zweck, sondern nur Wirkung ist. Im übrigen wäre es meines Erachtens ein grosser Irrtum, nur den politischen Kampf der Arbeiter einen Klassenkampf zu nennen. Hat doch auch die politische, sozialdemokratische Bewegung zum guten Teil ökonomische, also wirtschaftliche Aufgaben zum Ziel, gleichwie die Gewerkschaftsbewegung. Nach meiner Meinung ergibt der einfache Sinn des Wortes, was Klassenkampf ist nämlich der Kampf einer bestimmten, sich ihrer Lage bewussten Klasse in der heutigen Klassengesellschaft, gerichtet auf eine Hebung ihrer Lage und die Beseitigung jeder Herrschaft und Bevormundung durch eine andere Klasse. In diesem Sinne verdient vielleicht die Gewerkschaftsbewegung noch mehr, als die sozialdemokratische Parteibewegung, die Bezeichnung *Klassenkampf*, weil sie mehr, als letztere, nur die Angehörigen einer Klasse, der Arbeiterklasse, in den Kampf führt.

Die Politik der allgemeinen Arbeiterinteressen ist die Klassenpolitik, welche den Klassenkampf zum Ziel führt. Aber wenn die Gewerkschaft zunächst auch nur für einen Beruf die Arbeitszeit verkürzt, so ist das ohne Zweifel auch für die allgemeinen Arbeiterinteressen ein Vorteil. Selbst unsere politischen Forderungen werden ja oft nur für einen Teil der Klasse erhoben, wie beim Bäckerschutz u. s. w. Der Klassenkampf der Arbeiter lässt sich eben, soll er nicht jeglichen Erfolg sich bis zu dem fragwürdigen *grossen Kladderadatsch* aufsparen, sondern fortgesetzt Erfolge bringen, nicht in bestimmte Formen drängen, wie auch kein anderer eigentlicher Kampf. Dies gilt für den politischen, noch mehr aber für den wirtschaftlichen, den gewerkschaftlichen Kampf, der ein Teil des Klassenkampfes ist, aber nicht etwa nach der Schablone des politischen Kampfes geführt werden kann. Die Tarifverträge heben den Klassenkampfcharakter der Gewerkschaftsbewegung keineswegs auf, denn sie sind keine Freundschaftsbündnisse mit dem Unternehmertum, sondern nur Waffenstillstandsverträge, wie sie die *Arbeitgeberzeitung* selbst richtig genannt hat.

Die Theorie des Klassenkampfes sagt zwar, dass die Befreiung der Arbeiterklasse nur das Werk der Arbeiter selbst sein kann. So richtig dieser Satz ist, so darf er aber doch niemals wörtlich genommen werden, denn sonst wäre schon allein die Zusammensetzung unserer Partei, die Zugehörigkeit zahlloser Nichtarbeiter ein Verstoß gegen die Theorie. Wir haben uns die Unterstützung von Angehörigen aus anderen Klassen noch stets gern gefallen lassen, die moralische und sogar auch die finanzielle, bei den Wahlen ebenso, wie beim Konfektionsarbeiterstreik, bei den grossen Kämpfen der Bergarbeiter und bei anderen Gelegenheiten. Wir werden diese Unterstützung, die finanzielle weniger, als die moralische, jedenfalls auch in Zukunft noch gebrauchen können und, wenn wir sie annehmen, davon, wie bisher, keinen Schaden an unserer Gesinnung erleiden. Wenn andere bereit sind, sich mit vor unseren Wagen zu spannen, warum sollen wir sie zurückweisen! Aber es ist tatsächlich in manchen Parteikreisen eine gewisse proletarische Exklusivität anzutreffen, eben jene *klassenbewusste Abstinenz*, die keineswegs mit dem wirklichen proleta

JAMES RAMSAY MACDONALD · SOZIALISMUS ODER ARBEITERPOLITIK ?



Die Begründung der Arbeiterpartei in England hat innerhalb der englischen sozialistischen Bewegung Angriffe veranlasst, und da diese Angriffe oft in die internationale Presse übergehen, dürfte es für die Genossen auf dem europäischen Kontinent nützlich sein, wenn ich den Standpunkt derjenigen sozialistischen Gruppe, der ich angehöre, darlege.

Zunächst möchte ich den Lesern eine einfache historische Tatsache ins Gedächtnis rufen, deren man sich im Zusammenhang mit diesen Kontroversen nicht immer erinnert. Als die Arbeiterpartei auf ihrer jetzigen Grundlage im Jahre 1900 gegründet wurde, da wurde der Versuch gemacht, sie auf einen sich offen zum theoretischen Sozialismus bekennenden Beschluss festzulegen. Dieser Antrag fiel durch, weil es bei dem Unternehmen Bedingung war, dass es eine politische Vereinigung zwischen Gewerkschaften und Sozialisten sein sollte, in der beide, unabhängig von einander, auf die Verwirklichung gewisser Endziele der arbeitenden Klasse hinwirken. Es sollte weder rein gewerkschaftlich, noch rein sozialistisch sein, aber beides in sich begreifen. Bei solchen Versuchen kann der Sozialismus sich latent verhalten — einige unter uns denken, er müsse es. Irgend eine politische Bewegung der Arbeiterklasse, die nicht an einem Punkte ihrer Entwicklung sozialistisch wird, können wir uns nicht vorstellen. Die Marschroute einer solchen Bewegung mündet in die Marschroute des Sozialismus. Eine sozialistische Resolution, auf der Konferenz im Februar 1900 gefasst, würde aber das sofortige Ende der Arbeiterpartei herbeigeführt haben. Die Gewerkschaften waren bereit, mit uns zusammenzuarbeiten, unsere Kandidaten zu unterstützen, ihre für den politischen Kampf bestimmten Gelder in eine Kriegskasse zu legen, die uns und ihnen gemeinsam gehören sollte; sie waren bereit, den Kampf zu beenden, welcher unglücklicherweise zwischen einigen der Ihrigen und einigen der Unsrigen seit Jahren geführt wurde, und sie räumten offen ein, dass sie mit ihrer Hoffnung, ein Bündnis zwischen ihnen und der liberalen Partei sei die Bedingung für den Erfolg der Arbeiterklasse sich im Irrtum befunden hätten. Aber der krasseste Neuling in englischer Arbeiterpolitik musste genau erkennen, dass sie in das Lager zurückkehren würden, aus dem sie kamen, und dass die Konferenz scheitern müsste, wenn wir den Versuch machen wollten, ihnen den Sozialismus gewaltsam beizubringen.

Diese Verhältnisse lagen völlig klar, ehe die Konferenz zusammentrat, und Thorne und Quelch unterschrieben für die *Sozialdemokratische Föderation* einen Vorentwurf der neuen Organisation, der keine Kundgebung sozialistischer Prinzipien enthielt. Natürlich war die Frage, ob die Sozialisten ein solches Übereinkommen annehmen sollten oder nicht, eine von denen, die zu diskutieren waren. Aber es ist authentisch, dass jede sozialistische Gruppe damals der gemeinsamen Arbeit zustimmte. Die *Sozialdemokratische Föderation* trat der Partei bei und war im Vorstand durch zwei Mitglieder vertreten. Während der zwölf Monate ihrer Mitgliedschaft haben diese keinen Antrag von irgend welcher Bedeutung eingebracht, der abgelehnt worden wäre. Ich war zu jener

Zeit Schriftführer und habe mein Gedächtnis durch Vergleich mit den Notizen aufgefrischt. Wenn wir heute so viel hören von der prinzipiellen Unmöglichkeit für reine Sozialisten, wie die von der *Sozialdemokratischen Föderation*, der Arbeiterpartei beizutreten, so beunruhigen wir uns nicht darüber, dass unsere Prinzipien zu schwach sein könnten, sondern lächeln nur darüber, dass solch ein Einspruch etwas bedeuten soll. Die *Föderation* vereinigte sich mit uns, nachdem wir erklärt hatten, dass wir den Sozialismus nicht zu unserer Grundlage machen wollten, ihre Vertreter unterschrieben ein darauf bezügliches Konkordat, und als sie sich von uns löste, da geschah es gar nicht aus prinzipiellen Gründen, sondern weil ihre in unserem Vorstand sitzenden Vertreter erzählten, dass unsere Arbeit nicht zum Erfolg führen würde. Erst nachdem die Trennung vollzogen war, entdeckte man, dass Sozialisten uns nicht angehören dürften.

So viel zur Geschichte! Wie ist der Fall nun einzuschätzen? Ich erinnere die Leser der *Sozialistischen Monatshefte* daran, was die Arbeiterpartei ist. Sie ist eine Vereinigung von Sozialisten und Arbeiterorganisationen, die im ökonomischen Kampf stehen, zu politischen Zwecken geschaffen. Sie ist von allen anderen politischen Parteien unabhängig, und ihr einziges Ziel ist, die Ordnung im Lande so umzugestalten, dass dem Arbeiter die Frucht seiner Arbeit gesichert ist. Sie ist nicht nur reformerisch. Sie hat sich für eine ökonomische Neuordnung von Grund auf ausgesprochen, denn sie hat erklärt, dass im heutigen System, und nicht bei den einzelnen Menschen, der Fehler liegt. Dieses ist der erste Punkt von Wichtigkeit. Wenn die Arbeiterpartei nur für Unterstützungsgenossenschaften, wirtschaftliche Vorteile, staatliche Zwangsgesetze und Arbeiterschutz einträte und für nichts anderes, so wäre es allerdings schwierig für Sozialisten, ihre aktive und dauernde Mitarbeit zu rechtfertigen. Eine solche Partei würde nicht eine geistige Stellung einnehmen, die der bestehenden Wirtschaftsordnung die Axt an die Wurzel legt. Aber die Arbeiterpartei präzisiert ihren Standpunkt sehr entschieden zu gunsten des gemeinsamen Eigentums, wo es sich um gemeinsame Bedürfnisse handelt. Sie berennt die Aussenwerke des kapitalistischen Eigentums, und da die ganze kapitalistische Herrschaft nicht an einem Tage fallen kann, sondern durch eine Reihe erfolgreicher sozialistischer Einfälle verdrängt werden muss, dürfen die Sozialisten wohl mit dieser Partei zusammenarbeiten.

Die Lage derjenigen Sozialisten, die es ablehnen, mit uns zu gehen, ist unlogisch und widerspruchsvoll. Ich bin einer von denen, die der *klassenbewussten* Beschnüffelung wenig Bedeutung beilegen. Ich halte sie für unangebracht und überflüssig. Es ist dieses ein Versuch, eine Idee, deren Wert schon unter alten Bedingungen verloren ging, aufs neue wieder anzuwenden. Dem sei aber, wie es wolle: gibt es in der ganzen zivilisierten Welt eine klassenbewusstere Organisation, als die englische Gewerkschaftsbewegung? Ihr Ziel, für das sie existiert und arbeitet, ist die Verteidigung des Proletariats gegen die Kapitalisten; sie legt besonderen Wert auf die Klasse als ökonomischen, sozialen und politischen Faktor; sie beargwöhnt jede Klasse ausser der eigenen, und es ist ein bekannter Kniff der Gewerkschaftsführer gewesen, die Mitglieder vor jedermann — besonders vor Sozialisten — zu warnen, der nicht mit der Hand gearbeitet hat. Dieser enge Gesichtspunkt ist sowohl die Stärke, wie die Schwäche des englischen *Tradeunionismus* gewesen. Er hat sich auf jedem Felde

gewerkschaftlicher Tätigkeit geltend gemacht, obzwar am wenigsten in der Politik. Dieses infolge gewisser historischer Umstände, die hier keiner Detaillierung bedürfen.

Tatsache ist: Ungefähr 2 Millionen Proletarier sind Mitglieder von Gewerkschaften, deren ausgesprochene Tätigkeit der Kampf gegen den Kapitalismus ist. Bis jetzt ist der Kampf ausserhalb des Parlaments und des politischen Gebietes geführt worden. Diese merkwürdige Erscheinung war unter den Eigentümlichkeiten, die von der neuen sozialistischen Bewegung vor zwanzig Jahren angegriffen und verspottet wurden, eine der allerersten. Schliesslich sahen die Gewerkschaften selber die Absonderlichkeit ein und zeigten sich willig, ein Ende damit zu machen. Sie waren bereit, eine politische Partei schaffen zu helfen und den Kampf gegen den Kapitalismus, den sie seit Generationen in Werkstatt und Konferenzzimmer geführt hatten, auf das politische Gebiet hinüberzuleiten. Zahlreiche Personen und einige wenige Gewerkschaften waren zu diesem Schritt nicht bereit, sie fanden, der Liberalismus habe ihnen alles, was sie brauchten, gegeben und ihre beruflichen Interessen geschützt. Mit einem Wort: sie waren Liberale. Andere wieder waren schwankend und unzuverlässig. Die neue Methode und der neue Gesichtspunkt waren ihnen etwas Ungewohntes, und sie waren geneigt, in die Vergangenheit zurückzuschlüpfen und die alten Wege zu gehen. Aber alles in allem: der neue Kurs war der natürliche und bedeutete einen allgemeinen Umschwung der gewerkschaftlichen Methode. Welch eine bedauerliche Unzulänglichkeit würde unter diesen Umständen der englische Sozialismus bewiesen haben, wenn er aus Schriftgläubigkeit diese Revolution der proletarischen Methode verachtet hatte, weil sie nicht damit einsetzte, sofort die Vergesellschaftung der Produktionsmittel und der Distribution zu verkünden! Je mehr man den Umschwung schätzen lernt, welcher durch die Annahme des Beschlusses des Gewerkschaftskongresses von 1899 zu gunsten einer unabhängigen Arbeiterpartei markiert ist, umso besser kann man auch die Unfruchtbarkeit der Arbeit jener sozialistischen Gruppen verstehen, die es abgelehnt haben, mit dieser Partei zusammenzuarbeiten.

Das grosse Problem, dem die Sozialisten eines jeden parlamentarischen Landes gegenübergestellt sind, ist die Schaffung einer Partei, mit der sie arbeiten und in der sie verantwortliche Stellungen bekleiden können. Auch wenn diese Partei eine *sozialistische* heisst, werden trotz des Namens die Stimmen, von denen sie getragen wird, nicht nur sozialistische Stimmen sein, und ihre Tätigkeit wird in der Hauptsache nicht sozialistische, sondern soziale Arbeit sein. In England standen wir diesem Problem gegenüber, und die Arbeiterpartei ist dessen Resultat. Natürlich nehme ich an, dass die *Revolution* eine Evolution zu sein hat, und dass Sozialismus ein Werden ist. Dieses ist der Standpunkt der *Unabhängigen Arbeiterpartei* in diesem Lande, und es ist das Aktionsprinzip — ob bewusst oder nicht, ändert nichts an der Richtigkeit meiner Darlegung — einer jeden sozialistischen Partei, die in nationalen Parlamenten und kommunalen Verwaltungskörpern Sitze zu erlangen sucht.

Der Stolz der deutschen sozialistischen Bewegung ist ihr Zielbewusstsein; der Stolz der englischen sozialistischen Bewegung — wenigstens der Gruppe, die allein zählt — ist es, dass sie sich ihrer Methoden bewusst ist. Und dieses Bewusstsein ist genau so wichtig, wie jenes. In einem parlamentarischen Lande,

wie das unsere, ist es in der Tat wichtig, dass die Sozialisten die Bedingungen genau verstehen, unter denen eine Partei gebildet und zusammengehalten werden kann, welche für den Sozialismus in dem Sinne eintritt, dass sie die gereiften gesellschaftlichen Impulse zum Sozialismus hinleitet. Es hat uns Sozialisten von der *Unabhängigen Arbeiterpartei* immer tief bekümmert, dass die offiziellen Organe der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Lage in England nicht verstehen konnten und von ihren Korrespondenten die drolligsten Berichte erhielten über das, was wir sind, was wir tun und zu tun vorhaben. Diese falsche Darstellung unserer Lage ist im Begriff, einen ernstlichen Riss in die internationale Bewegung zu bringen und auf unserer Seite eine Empfindlichkeit hervorzurufen, welche die einzige lebensfähige Sozialistengruppe dieses Landes der internationalen Organisation entfremden kann. Sozialismus ohne gewerkschaftliche Unterstützung ist verurteilt, eine Bewegung von unfruchtbarer Kritik und impotenter Abstraktion zu sein; *Tradeunionismus* ohne Sozialismus ist nur nutzloser Kampf, ermüdend und nie entscheidend; Sozialismus und Gewerkschaft zusammen sind die Erzeuger der grossen Arbeiterbewegung, welche die bestehende Gesellschaftsordnung umgestalten muss.

XX

EUGÈNE FOURNIÈRE · DIE STELLUNG DER SOZIALISTEN IM FRANZÖSISCHEN PARLAMENT

NACH den Regeln der Arithmetik ergeben 52 geeinigte und 24 unabhängige sozialistische Abgeordnete insgesamt 76 Sozialisten in der neuen französischen Kammer. Aber die Politik ist leider keine Arithmetik, und es zeigt sich hier, dass die Statistik nicht als einziger Massstab in sozialen Dingen anzuwenden ist. Als beim ersten parlamentarischen Zusammenstoss der radikale Abgeordnete Maujan den Maueranschlag der Rede beantragte, in der Clémenceau sich gegen den Sozialismus wandte, dessen Doktrin Jaurès dargelegt hatte, stimmten nur 79 Abgeordnete gegen diesen Antrag, nämlich 47 geeinigte Sozialisten, 1 unabhängiger Sozialist und etwa 30 Monarchisten und Nationalisten, die ihren Hass gegen den Sozialismus hinter ihren Hass gegen das gegenwärtige Ministerium zurücktreten liessen. Es ist von symptomatischer Bedeutung, dass bei einer Debatte, in der der Sozialismus von Jaurès vertreten und von Clémenceau verspottet wurde, die unabhängigen Sozialisten nicht ihre eigene Auffassung darlegten, und die Hälfte von ihnen, darunter Viviani, für den Anschlag stimmte, während die andere Hälfte, darunter Millerand und Zévaès, sich der Abstimmung enthielt. Das war der erste parlamentarische Gang der Sozialisten in dieser Legislaturperiode. Sie verdient, dass man einen Augenblick bei ihr verweilt.

Ich verstehe es, dass Jaurès' Ausführungen die unabhängigen Sozialisten nicht befriedigten. Sie konnten den Grundriss des Gesellschaftsplanes, den der Führer der geeinigten Sozialisten vorlegte, für allzu summarisch halten. Ich mache ihnen aus dieser Einschätzung des Jaurèsschen Exposés keinen Vorwurf. Auch ich bin der Meinung, dass Jaurès sein Versprechen, den Sozialismus und die Funktion seiner Hauptorgane zu umschreiben, mehr aufgeschoben, als gehalten hat. Jaurès hat sich, wie einige Blätter bemerkten, *übernommen*, als er sich

in seiner Rede anheischig machte, in 4 bis 5 Monaten die Gesetzentwürfe auszuarbeiten, die uns aus dem kapitalistischen Staat in den sozialistischen führen sollen. Aber konnten und mussten die Unabhängigen, wenn sie die Auseinandersetzungen Jaurès unzureichend und mit ihrer Auffassung unvereinbar fanden, nicht ihrerseits eine solche versuchen? Sie haben in ihrer Mitte Redner wie Millerand, Viviani, Gérault-Richard, Zévaès, und sie schweigen sich aus, dieweil der Rencgat Biétry, der Leiter der *gelben* Gewerkschaften, sein Programm der Harmonie zwischen Arbeitern und Unternehmern darlegt!

Es war ein sehr bedauerliches Debüt unserer Genossen, die sich der Einigung nicht angeschlossen haben. Müssen wir somit auf ihre Unterstützung bei den spezifisch sozialistischen parlamentarischen Aktionen und Anträgen verzichten? Müssen wir uns damit begnügen, nur bei den arbeiterpolitischen und allgemein sozialistischen Reformen auf ihre Unterstützung zählen zu können, die längst von vielen Radikalen und Sozialistisch-Radikalen akzeptiert sind? Ist dem so, woher nehmen sie alsdann das Recht, sich *Sozialisten* zu nennen? So würde ich mich unruhig fragen, wüsste ich nicht, dass der Sozialismus nicht an Parteien, Parteigrenzen und Parteiformeln gebunden ist. Wenden sich die Unabhängigen in der Tat nicht nur gegen die allzu stramme Disziplin der geeinten Partei und gegen die *ultramaxistischen* Formulierungen, die der Einigungskongress beliebte? Wenden sie sich wirklich gegen die Quintessenz des Sozialismus selber, gegen die Vergesellschaftung der Produktionsmittel? Nehmen sie an dieser Umgestaltung der Eigentumsordnung Anstoss, trotz des Aufschubs, den man dieser Umgestaltung zugesteht? Es wäre gut, dies festzustellen.

Der Fehler, den die Unabhängigen begingen, wird nicht durch den Fehler entschuldigt, den Jaurès beging, als er in seiner zwei Sitzungen ausfüllenden Rede das nicht sagte, was man von ihm erwartete, und was er zu sagen doch versprochen hatte. Andererseits darf Jaurès' Fehler nicht über den der Unabhängigen übersehen werden. Wie kam es, dass sein grosser und genialer Geist, sein kraftvolles Denken gerade in einem so entscheidenden Augenblick versagte? Es würde interessant sein, dieses zugleich individual- und kollektivpsychologische Problem zu erörtern; doch fehlt hier Raum und Zeit zu dieser Erörterung. Die Tatsache in ihrer wenig erbaulichen Wirklichkeit lässt sich nicht wegschaffen: die *schöne Rolle* fiel doch schliesslich Clémenceau zu, der allerdings auffallend inkompetent in den Fragen der Ökonomie und der Gesellschaftswissenschaft ist, der aber sicher in höherem Grade die realistische Kenntnis des Durchschnittsempfindens des französischen Volkes besitzt. Und der Besitz dieser Kenntnis ist geradezu eine Vorbedingung für ein Mitglied der Regierung. Sie genügt nicht, um allein aus ihrem Besitzer einen Staatsmann zu machen, aber der, der sie nicht besitzt, wird nie ein Staatsmann werden.

Um einen Begriff von der Enttäuschung der zahlreichen Sozialisten am Tage nach Jaurès' Rede zu geben, muss ich die Arithmetik wieder zu Hilfe rufen, die ich am Eingang dieses Artikels verabschiedet habe. Jaurès' Rede fällt in der *Humanité* 1876 Zeilen und zerfällt in folgende an Umfang sehr verschiedene Abschnitte: 1. Kritik der Handlungen des Ministeriums, 320 Zeilen, 2. Kritik der gesellschaftlichen Ungleichheit, 294 Zeilen, 3. Prüfung der beiden Vergesellschaftungshypothesen, der Expropriation mit und der Expropriation ohne Entschädigung, 475 Zeilen, 4. Darlegung, dass die Vergesellschaftung das Wohl-

befinden der heute benachteiligten Klassen steigern wird, 69 Zeilen, 5. Darlegung der Funktion des (gekauften oder eingezogenen) gesellschaftlichen Eigentums, 69 Zeilen, 6. Kritik der Ohnmacht der radikalen Partei, die soziale Frage zu lösen, 230 Zeilen, 7. schliesslich Kritik der Gesetzentwürfe des Ministeriums, 419 Zeilen. Also über das angekündigte Thema 69 Zeilen unter insgesamt 1876, das heisst weniger als $\frac{1}{25}$, genau 3,8 %! Man kann sich denken, welche Gelegenheit Clémenceau hatte, seinen unerbittlichen Sarkasmus mit Verve spielen zu lassen, und wie unbehaglich den Sozialisten zu Mute war. Ich leugne durchaus nicht, dass es nützlich ist, in einer derartigen Rede das gegenwärtige Regime sowohl in seiner allgemeinen Zusammensetzung, wie in den Akten des derzeitigen Ministeriums zu kritisieren. Ich weiss zudem, dass Jaurès bei seiner Darlegung der Expropriation mit oder ohne Entschädigung inmitten eines wahren Wirrwarrs von Unterbrechungen, Zwischenfragen und Ausrufen zu sprechen hatte, die ungebührlich den Text seiner Rede verlängerten. Aber das ausserordentliche Missverhältnis zwischen dem Thema und seinen Anhängseln bleibt nichtsdestoweniger bestehen. Andererseits hätte Jaurès bei seiner Kritik der kapitalistischen Ordnung eine exaktere oder wenigstens genauer analysierende Beweisführung anwenden sollen. Er hätte sich der Untersuchungen Bernsteins erinnern sollen, die gegen das, was er in seiner Rede angeführt, und noch mehr gegen das, was er ausgelassen hatte — denn man sagt wenig in 69 Zeilen —, ins Feld geführt wurden. Seine kritische Beweisführung und seine allgemeinen Behauptungen konnten von Herrn Deschanel kritisiert werden, der mit Aufmerksamkeit und Verständnis die Publikationen der Nationalökonomien und Sozialisten verfolgte.

So begreift es sich, dass die Kritik, die ja immer Anklang findet, zumal wenn sie von einem Manne wie Clémenceau gehandhabt wird, der die Lacher auf seine Seite zu bringen weiss, besonders gut in der Debatte gelang, mit der die gegenwärtige Legislaturperiode anhub. Wir müssen aber Jaurès vertrauen. Er hat versprochen, im Namen der sozialistischen Partei ein Vergesellschaftungsprogramm in Gestalt einer Reihe der Kammer zu unterbreitender Gesetzentwürfe vorzulegen. Seine Zusagen hat er bis jetzt stets eingelöst. Aber hat er hier nicht Unmögliches versprochen?

Indem Clémenceau sich selbst als einen Kirchenbaumeister vorstellte, der Stein an Stein fügend sein Gebäude gen Himmel führt, warf er Jaurès spöttisch vor, Feenpaläste in den Wolken zu bauen, und gleichzeitig erklärte er, dass seine Anstrengungen und die der republikanischen Demokratie dahin zielten, die Lohnarbeit, die neue Form der Sklaverei, abzuschaffen. Dadurch hat der radikale Minister den Mystizismus erschüttert, der noch in einer nicht geringen Anzahl sozialistischer Hirne wohnt, und uns damit einen grossen Dienst erwiesen. Clémenceaus Vorgehen wurde noch durch die Art und Weise erleichtert, wie zwar nicht Jaurès selbst, wohl aber die sozialistische Partei ihr Wahlprogramm zusammengestellt hatte. Dies Programm bestand einerseits aus einem Manifeste, in welchem die internationale Organisation des Proletariats als Klassenpartei als Vorbedingung für die kollektivistische oder kommunistische Umgestaltung der gesamten Gesellschaft bezeichnet wurde. Das sozialistische Ideal, das sich ursprünglich an die Prinzipien der republikanischen Demokratie anlehnte, gab sich dort mit geradezu unerbittlicher Strenge. Und es erschien um so höher und weiter, wenn man damit auf der anderen Seite

das unmittelbare Aktionsprogramm vergleicht, das sich auf sechs Reformen beschränkt, von denen Clémenceau sagen konnte, dass sie ein »erschreckend bürgerliches« Programm darstellen, dem gegenüber das radikale Programm als ein weit gefasstes soziales Programm erscheint. Was steht denn eigentlich in jenem Aktionsprogramm, in welches der sozialistische Parteitag nur die Forderungen aufnehmen wollte, die in der Legislaturperiode von 1906 bis 1910 möglich sind? »Achtstündiger Arbeitstag; Ausdehnung des Koalitionsrechts auf alle Staats-, Departements- und Gemeindebeamten; Alters- und Arbeitslosenversicherung; progressive Einkommen- und Erbschaftssteuer; Überführung der Monopole, in denen der Kapitalismus seine stärksten Festungen hat, an die Nation; schliesslich Listenwahl auf der Grundlage des Proportionalsystems.« Unter den sechs Forderungen werden zwei zugleich von Konservativen, Republikanern und Sozialisten erhoben; die vier anderen werden wenigstens von den meisten Radikalen akzeptiert. Nicht allein mager ist dies Programm: es steht auch fast ganz ausser Beziehung zu dem pompösen Endprogramm, wenn man von dem Punkt, betreffend die tatsächlichen oder rechtlichen Monopole, absieht. Es gibt einer Partei einen Stich nicht sowohl ins Idealistische, als ins Mystische, wenn sie so absolute Theorien formuliert und dann für die Tagesarbeit ein Programm aufstellt, das ebenso mager ist, wie das absolute Endprogramm kategorisch. So konnte Clémenceau die Töne überlegener Ironie finden und sich als Befreier der Arbeiterklasse hinstellen, indem er erklärte: ich schlage den kollektiven Arbeitsvertrag vor, den ihr Sozialisten nicht einmal in euer Programm aufzunehmen geruht habt!

Glücklicherweise waren die Sozialisten hier gegenüber Clémenceau im Vorteil. Als Liberaler von 1830, der er in der Tat ist, hatte er soeben das individuelle Recht des einzelnen Arbeiters, sich vom Streik seiner Kameraden auszuschliessen, proklamiert. Er hatte sich sogar zu der sophistischen Behauptung verstiegen, in der sich so ganz die Freiheitsmethaphysik der Epigonen des Liberalismus widerspiegelt, der Behauptung nämlich, dass der Arbeiter, der zum alten Lohne weiter arbeitet, einen grösseren Anspruch auf Teilnahme hat, als der Arbeiter, der streikt, um höheren Lohn zu erlangen. An dieser Stelle trug Jaurès einen glänzenden Sieg über Clémenceau davon. Er brachte hier sogar die Lacher auf seine Seite. Das war aber auch die einzige Genugtuung, die uns diese lange Debatte gewährte; wir haben sie reichlich ausgekostet. Seinem Versprechen getreu, ist der Minister jetzt dabei, ein Gesetz über die kollektiven Arbeitsverträge vorzulegen. Ich kann zurzeit noch keine Besprechung dieses Gesetzentwurfes geben. Ein Auszug aus den Motiven, den die Zeitungen veröffentlicht haben, und ein Interview der *Petite République* lässt die Absichten des Ministers näher erkennen. Der Entwurf stellt sich als schwächerer Kompromiss zwischen dem tatsächlich nicht existierenden Individualrechte des isolierten Arbeiters und dem Kollektivrechte dar. Immerhin werden die Sozialisten das Gesetz verbessern können und zum mindesten über diesen wesentlichen Punkt ihre Ansichten darlegen. Hier wird Millerand auftreten müssen, dessen alter Entwurf des obligatorischen Schiedsgerichtsverfahrens¹⁾ — das man den *Streik auf Mehrheitsbeschluss* nannte — die Grundlagen des neuen, des Kollektivrechts legte. Millerand ist aber nicht so weit

¹⁾ Vergl. Hugo Poetzsch: *Obligatorische Schiedsgerichte und Streikzwang in den Sozialistischen Monatsheften*, 1901, I. Bd., pag. 87 ff.

gegangen, die Gewerkschaft zum juristischen Träger des Kollektivvertrages, zur juristischen Person im zivilrechtlichen und gerichtlichen Sinne zu machen. Ich hoffe, dass die Sozialisten, die geeinigten, wie die unabhängigen, angespornt von Clémenceaus Spöttereien, von der organischen Schwäche des ministeriellen Entwurfs und zumal von ihrem Pflichtgefühl gegenüber der Arbeiterschaft, den Kampf für das Wiederaufleben des Kollektivrechts aufnehmen werden.

Die Politik der Intransigenz und der unbedingten Opposition gegen das Ministerium zeitigt seine ersten Früchte. Gleich nach den ersten Sitzungen der geeinigten Partei, noch vor Eröffnung der Kammer, hat sich der Genosse Merle, der sich der Partei anschliessen sollte, den Unabhängigen zugewandt. Ihm folgten die Genossen Carnaud und Camuzet, wodurch die Geeinigten auf 52 sanken, während die Unabhängigen auf 24 stiegen. Um die Abtrünnigen zurückzugewinnen und weitere Unabhängige dazu, schlug Genosse Breton der geeinten Partei die Rückkehr zur alten Blockpolitik vor, das heisst also die Rückkehr zum Bündnis mit den Radikalen, wie es ja bei den Stichwahlen bereits existiert hatte. Der Vorschlag wurde mit starker Mehrheit verworfen. Das zweite Ergebnis der intransigenten Haltung, die die Geeinigten doch weder in ihrem Programm, noch in ihrer Wahltaktik angenommen hatten, war, dass der einzige geeinigte Sozialist, der bisher in der Budgetkommission gesessen hatte, aus der am 5. Juli neugewählten Kommission ausscheiden musste. Sembat, seit mehreren Jahren Referent des Postetats, schied freiwillig aus, als ein unabhängiger Sozialist, Victor Fort, nicht ganz mit Unrecht darauf aufmerksam machte, dass man nicht Referent über einen Teil des Budgets sein könne, wenn man das ganze Budget verwerfe. Die *Humanité* hat lebhaft gegen Fort gewettert und dabei vergessen, dass, als Jaurès und seine Freunde für das Budget stimmten, sie Sembat und seinen Freunden von der *revolutionären* Gruppe eben die selbe Inkonsequenz zum Vorwurf machten. Der *Temps* war boshaft genug, diese vergessene Tatsache hervorzuholen und zu bemerken, dass die Kritik gegen Fort wohl kaum von Jaurès stamme. Kurzum, der geeinigte Sozialismus, der einen so grossartigen Wahlsieg davongetragen hat, arbeitet wie zum Vergnügen an der Zerstörung seiner Erfolge. Gerade die Mässigung seines Programms und das Zusammengehen mit den Republikanern beim zweiten Wahlgange hat ihm den Sieg gebracht. Ich habe bereits in dieser Zeitschrift früher ausgeführt, dass die Intransigenz uns in eine ungünstige Situation bringen würde.²⁾ Ich hatte gemeint, dass wir Stimmen gewinnen, aber Sitze verlieren würden. Nicht mein Prognostikon ist dementiert worden, sondern die geeinigten Sozialisten haben sich selbst dementiert und für die Zeit der Wahlen den gefährlichen Boden der Intransigenz verlassen. Sie sind auf diesen Boden zurückgekehrt, jetzt, da der Sieg errungen ist. Das kann böse Früchte zeitigen. Hätten die unabhängigen Sozialisten ein Programm oder wenigstens eine Methode, so könnten sie in den vier bevorstehenden Jahren eine grosse historische Rolle spielen. Aber das ist nicht der Fall; zudem haben sie in der Mehrzahl keinen propagandistischen Geist. Man kann — von einigen hervorragenden Persönlichkeiten unter ihnen abgesehen — nicht auf sie zählen; man kann eher auf die Masse der geeinigten Sozialisten zählen, die nicht intransigent ist und sich nur durch die Furcht, nicht *revolutionär* genug

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Die französische Sozialdemokratie und die kommenden Wahlen* im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 117 ff.

zu erscheinen, zu intrangisenten Handlungen treiben lässt. Wir haben auf den Parteitagen diese Stimmung wahrgenommen. In Chalon schlug die Föderation des Hérault eine völlige Allianz mit den Radikalen, mindestens beim zweiten Wahlgange, vor, und einige Wochen später stellte sie bei einer Senatswahl eine gemeinsame Liste mit den Radikalen auf. Durch diesen Kompromiss wurde ihr Kandidat gewählt.

Wir Franzosen beschuldigen die Engländer der Heuchelei. Man kann diesen Vorwurf auch uns machen: wir sprechen wie Revolutionäre und handeln wie Gemässigte. Das ist der Grund unserer jetzigen verfahrenen Politik. Die geeinigte sozialistische Fraktion wird gegen das Budget stimmen. Gut. Aber wenn eine Koalition der Rechten, des Zentrums und der dissentierenden Radikalen das Ministerium angreift, so wird unsere Fraktion es einmal, zweimal, nötigenfalls zehnmal retten. Wann werden wir eine einfache, klare Politik treiben?

XX

HJALMAR BRANTING · DIE LIBERALE EPISODE IM SCHWEDISCHEN WAHLRECHTSKAMPF

IN Schweden wurde das allgemeine Wahlrecht erst durch den dreitägigen Demonstrationsstreik der schwedischen Arbeiter im Mai 1902¹⁾ zu einem parlamentsfähigen Begriff. Mit kräftiger Hand hat damals das Proletariat in das Spiel der *massgebenden* Parteien mit seinen ausgeklügelten Zensuserweiterungen eingegriffen, das allgemeine und gleiche Stimmrecht zum Panier erhebend. Und so sehr imponierte die Volksbewegung den klügsten Köpfen der konservativen Mehrheit in den beiden Reichstagskammern, dem Bischof von Schonen Billing und dem damaligen Führer der Partei der Landwirte, Ivar Mansson, dass sie die Volksforderung aufnahmen und das allgemeine Wahlrecht als Grundlage der künftigen Reform akzeptierten. Allerdings, sie verbrämten es mit verschiedenen *Garantien*²⁾ unter denen das einseitige Proportionalwahlverfahren zur zweiten, aber nicht zur ersten Kammer sich bald als die gefährlichste entpuppte. Die erste, durch unsere Verfassung in vielen Beziehungen ganz gleichgestellte Kammer sollte, wie bisher, die ausschliessliche Domäne des grossindustriellen und agrarischen Junkertums und der höheren Bureaukratie bleiben.

Die nächste Legislaturperiode, 1903 bis 1905, wurde dann von dem Kampfe gegen diese *Garantien* erfüllt. Zweimal versuchte es das opportunistisch-konservative Ministerium Boström mit Hilfe seines liberal angehauchten Justizministers Berger, die zweite Kammer für die gefälschten Proportionalwahlen zu gewinnen, drang aber gegen eine Koalition von Liberalen, Sozialdemokraten und einigen dissentierenden Konservativen damit nicht durch. Die ehrlichen Wahlrechtsfreunde waren während jener Zeit auf die Defensive angewiesen. Ein Antrag der kleinen sozialdemokratischen Fraktion (allgemeines Stimmrecht für Männer über 21 Jahren, ein Abgeordneter auf den Wahlkreis, Wahl-

¹⁾ Vergl. meinen Artikel *Die Generalstreikprobe in Schweden* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1902, I. Bd., pag. 420 ff.

²⁾ Vergl. meinen Artikel *Schweden vor einer neuen Stimmrechtskampagne* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1904, II. Bd., pag. 617 ff.

barkeit über das ganze Land, Stichwahlen) fiel in der zweiten Kammer gegen 44 Stimmen im Jahre 1904 und gegen 56 im Jahre 1905; ein liberaler Antrag (Stimmrecht für Männer über 25 Jahre, wenn ihre Steuern der drei letzten Jahre gezahlt sind, Wählbarkeit nur im Kreise) erhielt zwar im Jahre 1904 eine knappe Mehrheit in der zweiten Kammer, verlor sie aber im nächsten Jahre, womit die Versuche der Wahlperiode zur Lösung der Wahlrechtsfrage als alleiniges und endliches Resultat wenigstens reinen Tisch ergaben.

Die ganze schwedische Demokratie, Sozialisten, wie Radikale, erhofften nun von den Wahlen im Herbst 1905, dass sie mit der Scheingerechtigkeit des parteipolitisch missbrauchten Teilproportionalismus aufräumen und freie Bahn für eine ehrliche Wahlrechtsreform schaffen würden, wenn auch mit einigen kleinen Konzessionen an das konservative Misstrauen gegen das Volk. Da brach am 7. Juni 1905 die norwegische Krise aus. Die Parteien verschoben sich, die nationalen Fragen traten in den Vordergrund.³⁾ Aber trotz der fieberhaften Aufregung der verschiedensten Gesellschaftskreise sind die Wahlen unerwartet günstig für die linksstehenden Parteien ausgefallen. Die Sozialdemokratie brachte es von 4 auf 13 Abgeordnete, die liberale Sammlungspartei von 102 auf etwa 106, beide zusammen weisen also eine sichere Mehrheit unter den 230 Abgeordneten der zweiten Kammer auf. Die erste zählt deren 150, welche in Budgetfragen, wenn die beiden Kammern Verschiedenes beschlossen haben, in gemeinsamer Abstimmung mit den Mitgliedern der zweiten Kammer entscheiden, und welche in allen legislativen und konstitutionellen Fragen ein absolutes Veto gegen die volkserwählte zweite Kammer besitzen. Auch bei den Konservativen zeigten die Wahlen eine zum Teil sehr bestimmte Abgeneigtheit gegen das vorgeschlagene Proportionalwahlsystem. Insgesamt ergaben die Wahlen etwa 140 Gegner und nur 90 Anhänger der *Proportionalwahl* nach dem patentierten schwedischen konservativen Rezept, das in folgendem besteht: die Rechte wählt durch indirekte Majoritätswahl allein die erste Kammer, dazu sichert sie sich unter allen Umständen eine stattliche Minorität in der zweiten Kammer durch *gerechte* Proportionalwahlen, in summa, die Rechte behält auch gegen den Volkswillen eine grosse Mehrheit im Reichstage und damit die Entscheidung über das Budget.

Zum erstenmal seit Jahrzehnten lag jetzt in der zweiten Kammer der Schwerpunkt bei den Liberalen, die noch dazu soeben ihre Regierungsfähigkeit durch die Entsendung zweier Vertreter, des Advokaten Staaff und des Fabrikdirektors Biesert, in das parlamentarische Konzentrationsministerium, das die Unionskrise nach dem Bankerott des unfähigen Bureaukratismus abwickelte, erwiesen hatten. Die allein mögliche logische und parlamentarische Konsequenz der ganzen Lage war die Bildung einer liberalen Regierung. Der König machte wohl einen Versuch, die bequeme Konzentration auch auf die inneren Streitfragen auszudehnen. Herr Staaff liess sich jedoch auf eine solche Absurdität gar nicht ein, und so musste denn der König im November 1905 ihn beauftragen, das erste Ministerium der Linken Schwedens zu bilden. Es muss ohne weiteres anerkannt werden, dass dieses Ministerium über eine intellektuelle Kapazität und eine jugendfrische Arbeitstüchtigkeit verfügt hat, die gegenüber dem öden Bureaukratismus des früheren Regierungssystems fast revolutionär wirkte und der Regierung von Anfang an eine grosse Popularität,

³⁾ Vergl. meinen Artikel *Die nationale Krise in Skandinavien* in den *Sozialistischen Monatsheften*, 1905, II. Bd., pag. 653 ff.

sogar bei vielen Gegnern unumwundenes Lob eingebracht hat. Auch politisch schien alles für einen energischen Reformfeldzug in enger Fühlung mit den vorwärtstreibenden Volksklassen bereit zu sein. Ausser dem Ministerpräsidenten Staaff gehörten noch zwei Minister, der Kultusminister, Volksschullehrer Berg, und ein Minister ohne Portefeuille, der Journalist Bergström, zu den als *Dreiviertelsozialisten* verschrieenen Stockholmer Radikalen. Beide haben zum Beispiel bei den grossen Maidemonstrationen der Stockholmer Arbeiterschaft in den neunziger Jahren als Redner mitgewirkt. Als Kriegsminister wurde ein als volkstümlich geltender Officer namens Tingsten, dessen Vater einfacher Unteroffizier gewesen, aus dem Konzentrationsministerium übernommen, und als Minister des Innern bekam man in Herrn Schotte eine überaus tüchtige Verwaltungskraft.

Die Haltung der Sozialdemokratie diesem Ministerium gegenüber konnte keine andere sein, als einfach diese: Unterstützung, solange die Regierung sich im grossen ganzen auf der Linie des demokratischen Fortschritts hält. Wir mussten uns ja sagen, dass ein mehr linksstehendes Ministerium, wie die Parteiverhältnisse lagen, ganz ausgeschlossen war, und dass die Arbeiter gar kein Interesse daran haben konnten, sich einer liberalen Ära zum Gaudium der *gelben* Presse der Rechten, die sogleich mit wütenden Angriffen über das Ministerium herfiel, zu widersetzen. Diese Taktik wurde auch überall in der Partei als selbstverständlich von Anfang an eingehalten. Und das geschah, obgleich es gar kein Geheimnis war, dass in der entscheidenden politischen Frage, in der Wahlrechtsfrage, die Regierung nicht weiter zu gehen beabsichtigte, als den liberalen Vorschlag von 1905 mit einigen kleinen Konzessionen an die Sozialdemokratie von neuem vorzulegen.

Die Regierung stellte sich in der Thronrede im Januar 1906 dem Reichstag mit einem sehr umfassenden Arbeits- und Reformprogramm vor, wovon auch mehrere nicht unwichtige Punkte durchgeführt worden sind. So zum Beispiel eine durchgreifende Aufbesserung der Gehälter der Volksschullehrer, die Einführung der bedingten Verurteilung, eine totale Neuordnung des Diplomatens- und Konsulatswesens, wichtige Schritte zur staatlichen Exploitation der Wasserkraft, die Errichtung eines offiziellen Vermittlungsamtes zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern, die Gewährung von Staatsbeiträgen an kommunale Arbeitsnachweise und anderes mehr. Leider hat aber auch dieser bienenfleissigen Regierung die nötige Zeit gefehlt, den versprochenen Entwurf eines Altersversicherungsgesetzes dem Reichstage zu unterbreiten, wohingegen die ungenügende Durchberatung mehrerer Vorlagen des Finanzministers Biesert den rechtsstehenden Parteien einen guten Vorwand abgab, eine von der Regierung beabsichtigte Steuererleichterung der bei uns ganz absurd hoch besteuerten etwas besser situierten Arbeiter glatt abzulehnen.

In der Hauptfrage, der Wahlrechtsreform, hat sich diese in so vieler Hinsicht verdienstvolle liberale Regierung von Anfang an in verhängnisvollen Illusionen gewiegt. Sie scheint das seit der Unionsauflösung bei allen *national* gesinnten Parteien Schwedens übliche Schlagwort der *nationalen Sammlung* in allem Ernst so aufgefasst zu haben, als sei seit 1905 die erste Kammer aus ethischen und patriotischen Rücksichten bereit, die Demokratie als die Herrin der zweiten Kammer anzuerkennen, was natürlich auf die Dauer mit der jetzigen Macht-

stellung der Plutokratie unvereinbar war. So kam es, dass die im Lande als ganz fürchterlich radikal verschrieene Staaffsche Regierung nicht nur einen so gemässigten Stimmrechtsvorschlag, bei dem von einem Volksenthusiasmus gar keine Rede sein konnte, vorlegte, sondern es sogar versucht hat, vor den Junkern der ersten Kammer sich als Staatsretterin gegen antimilitaristische Umtriebe aufzuspielen, und dass sie in grösster Eile Vorlagen einbrachte, gegen welche nicht nur die Sozialdemokratie, sondern auch die linksliberale Partei selbst energischen Widerspruch einlegen musste. Erst die endgültige Verwerfung der Wahlreform durch die erste Kammer — gegen winzige 18 Stimmen! — hat dem liberalen Ministerpräsidenten die Augen darüber geöffnet, wie die Junker ihn zum Narren gehabt hatten. Da begriff er, und nun sprach er drohend von einer Wahl zwischen *Herrenmacht* und *Volksmacht*. Aber zu spät. Der König und der Kronprinz hatten schon gewählt und machten ihren Willen zur Tat, nach der unangenehmen radikalen Diversion zu den *Herren* zurückzukehren.

Der grosse politische Fehler unseres Ministeriums der Linken war also der, dass man von der ersten Kammer mit Konzessionen etwas zu erreichen hoffte, anstatt ihr gegenüber den Druck eines energischen Volkswillens zu organisieren. Seine exponierte Stellung wäre nur dadurch zu halten gewesen, dass zwischen dem Volke und seiner ersten volkstümlichen Regierung eine so intime Fühlung hergestellt worden wäre, dass die Krone es als gefährlich empfinden musste, ohne triftige Gründe einen Zwang auszuüben. Statt dessen wurde schon die Wahlrechtsvorlage so einseitig nach parlamentarischen Augenblicksrücksichten gemodelt, dass von einer wirklichen Volksbewegung für sie von vornherein gar nicht die Rede sein konnte. Als es später zur Entscheidung kam, konnte das ziemlich apathische Verhalten der Arbeitermassen wirklich nicht dadurch aufgewogen werden, dass halb oder ganz konservative Leute aus der Geschäftswelt oder aus akademischen Kreisen ihren Anschluss der *nationalen Sammlung* wegen zusagten, und auch nicht dadurch, dass die Studenten aus War die Haltung des Regierungsliberalismus schon in der Wahlrechtsfrage zu bezeugen.

War die Haltung des Regierungsliberalismus schon in der Wahlrechtsfrage zu schwächlich, um seinem Ministerium die Stärke eines wirklichen Volksanwaltes zu geben, so hat seine Nachgiebigkeit dem Militarismus gegenüber eine wirkliche und ernste Kluft zwischen ihm und den breiten Volksmassen geöffnet. Schweden trägt unter den kleineren Staaten Europas pro Kopf der Bevölkerung schon die weitaus höchste Last für militärische Zwecke. Der Masse der Bevölkerung kommen die Militärlasten als schnellsteigende, sehr drückende Bürde vor, deren Nützlichkeit noch dazu sehr zweifelhaft erscheint, weil man die Frage aufwerfen kann, ob es überhaupt möglich ist, einen kleinen Staat gegen einen erobderungslustigen modernen Grossstaat militärisch zu verteidigen. Die meisten Liberalen hatten, als sie in der Opposition standen, gegen die Anforderungen der verschiedenen Kriegsminister gestimmt. Wie die Dinge aber jetzt lagen, konnte Herr Tingsten getrost seine Ansprüche hoch spannen, und er hat es auch redlich getan. Seine Geldforderungen wurden von den Liberalen glatt bewilligt. Er ging aber als Versucher der liberalen Prinzipienfestigkeit mit gleichem Glück noch viel weiter. Es ist ihm gelungen, seine Kollegen zu überzeugen, dass die Disziplin in der Armee nicht erhalten werden könnte, wenn

nicht verschärfte Gesetze gegen die Agitation der Antimilitaristen zu stande gebracht würden. Die drei radikalen Minister, die Herren Staaff, Berg und Bergström, hatten sich alle als junge Männer in den achtziger Jahren als Verteidiger des Rechtes der freien Meinungsäusserung gegen die damals wutende, nach Sozialistengesetzen à la Bismarck schreiende Reaktion ihre Sporen verdient. Jetzt liessen sie sich darauf ein, die schon bestehenden scharfen Bestimmungen, die unter Umständen gegen anarchistische und antimilitaristische Propaganda angewendet werden können, noch auszudehnen und zu verschärfen. Herr Staaff hatte noch kurz vorher einem ganz tollen Ansturm der gesamten Reaktion in der Presse und im Reichstage mutig getrotzt, indem er sich geweigert hatte, ein dummes und rohes anarchistisches Flugblatt, das er wegen Aufforderung zum Verbrechen und wegen Majestätsbeleidigung konfisziert hatte, dazu auch noch wegen *Gotteslästerung* zu verfolgen. Vielleicht hat er nach dieser, für das schwedische Kulturniveau beschämenden Episode die Macht der Reaktion etwas zu hoch eingeschätzt. Es war eine der peinlichsten Überraschungen, den ersten Ministerpräsidenten der Linken eines schönen Tages in der ersten Kammer Gesetze gegen die allzu grosse Rede- und Pressfreiheit versprechen zu hören. Und diese Gesetze, die *leges Hinke* — wie sie nach Herrn Hinke-Bergegren, unserem bekanntesten Antimilitaristen, einem literarischen Paradoxenreiter, der einmal im Jahre 1891 durch anarchistelnden Phrasenschwall ziemlich viel Verwirrung in die schwedische Sozialdemokratie gebracht hat, halb scherzhaft getauft wurden — sind auch wirklich vorgelegt worden. In den Arbeitermassen war es nun um den Kredit der Regierung geschehen. Die subjektiv zweifellos ehrlich gemeinte Erklärung, dass die Gesetze nur gegen ein ganz kleines, rücksichtsloses, anarchistisches Häuflein gerichtet seien, half ebensowenig, wie der Kunstgriff, mit diesen Gesetzen eine von den Sozialdemokraten geforderte Milderung der alten barbarischen Strafen wegen Widerstandes gegen die Polizei zu kombinieren.

Es ging dann, wie jeder voraussehen musste, der nicht gerade ein liberaler Sanguiniker war. Bei der Entscheidung der Wahlrechtsfrage stand die erste Kammer einer im Volke diskreditierten liberalen Regierung gegenüber, die in einer reinen Machtfrage keine anderen Machtmittel besass, als den platonischen Hinweis auf eine Mehrheit in der zweiten Kammer. Der rührte die Herren natürlich ganz und gar nicht. Nur 18 Stimmen, wie erwähnt, konnte die Regierung unter den 150 der ersten Kammer für ihren Vorschlag aufbringen, alle übrigen ballten sich zu einem reaktionären Block zusammen unter dem neuen Schlachtrufe *Proportionalismus à la Paboda!*, das heisst Proportionalwahl zur zweiten Kammer, Scheinproportionalismus zur ersten, indem zwar die Senatoren in Zukunft durch Proportionalverfahren gewählt werden, die Elektoren aber, wie früher, bei totaler Nichtbeachtung der Masse der Bevölkerung, nur die Vertreter der grossen Vermögen bleiben sollten. Um die Verantwortung für die Verwerfung einer gemässigten Wahlrechtserweiterung der richtigen Stelle zu überlassen, haben die Sozialdemokraten in der zweiten Kammer noch für den Regierungsvorschlag gestimmt. Die Mehrheit für ihn stieg dadurch dort auf 134 Stimmen gegen 94, während der *Pabodavorschlag* mit 130 Stimmen gegen 98 verworfen wurde. Der eingangs erwähnte sozialdemokratische Wahlrechtsantrag, den die Fraktion wieder einbrachte, vereinigte diesmal 67 Stimmen auf sich, also ausser den Stimmen der 13 Genossen die etwa der Hälfte der liberalen Sammlungspartei. Das Manometer steigt

langsam, aber stetig. Bemerkenswerter, als diese Ziffern, war jedoch das offene *Aussprechen, was war*, nämlich, dass die erste Kammer durch ihre Verwerfung jener gemässigten Forderung leichten Herzens selbst den Verfassungskampf proklamiert hatte. Der Schreiber dieses konnte am 15. Mai in der zweiten Kammer unter starkem Beifall ausführen, dass die gebührende Antwort auf den Beschluss der ersten Kammer ein Massen Antrag auf Abschaffung der ersten Kammer sei. Am selben Abend erklärte der Ministerpräsident Staaff in der zweiten Kammer, von der ganzen Linken lebhaft begrüsst, es würde sich jetzt zeigen, ob »Königtum mit Volksmacht oder Königtum mit Herrenmacht« in Schweden herrschen soll. Diese Worte hat die Rechte aufgegriffen, um dem verhassten Ministerium den Todesstoss zu geben, und zwar mit Hilfe eines inneren Verrats. Der Kriegsminister Tingsten und der Minister des Auswärtigen Trolle gaben ihre Demission. Die beiden Herren taten, als sei das Königtum durch die oben zitierten Worte »in die Parteistreitigkeiten hinabgezogen«. Tatsächlich war jener Ausspruch nur der Ausdruck der etwas spät gekommenen Einsicht, dass die erste Kammer nicht durch Entgegenkommen zu gewinnen ist, sondern dass ihr Widerstand durch die Volksmacht gebrochen werden muss.

Am 19. Mai kamen die Anarchistengesetze im Reichstage zur Verhandlung. Die erste Kammer nahm sie ohne jede Debatte an, in der zweiten kämpften die Sozialdemokraten, von einigen Radikalen unterstützt, Schritt für Schritt gegen die Verschärfungen und Erweiterungen an. Nach dem Scheitern der Wahlreform wirkten derartige Vorlagen direkt herausfordernd, und in richtiger Erkenntnis dessen hatte sich die Regierungspartei am 18. Mai entschieden, sie diesmal fallen zu lassen. Aber andere Rücksichten durchkreuzten diesen Vorsatz; man glaubte, der König könnte vielleicht dadurch Veranlassung nehmen, sich für Tingsten und gegen Staaff zu entscheiden! Nur 51 Stimmen, das heisst 38 liberale neben den 13 sozialdemokratischen, wurden schliesslich mit *Nein* abgegeben. Sie bezeichnen etwa die Konturen der werdenden sozialradikalen Fraktion im schwedischen Reichstage, deren erster Führer der Bürgermeister von Stockholm, Lindhagen, ist. Wie fast immer, erwies sich der allzu pfiffige *Opportunismus* als praktisch verfehlt. Der eben vom Süden zurückgekehrte alte König und der ökonomisch *notleidende* Kronprinz wollten von einem ernststen Kampfe gegen die Stützen des Thrones, die erste Kammer, gar nichts hören. Die Weigerung der liberalen Regierung, sich für Apanageerhöhungen als Kompensation für das Wegfallen des norwegischen Beitrags ins Zeug zu legen, war zweifelsohne eine der ersten Ursachen der königlichen Verstimmung gegen sie. Die *grossschwedischen* Junker hatten zwar über die bernadottische Politik gegen Norwegen im Jahre 1905 übel geschimpft, aber sie standen, alles in allem, einer schnellwachsenden königlichen Familie doch mit mehr Verständnis gegenüber, als diese Liberalen, welche in gewissen Fragen allzuviel Rücksichten auf die Sozialdemokraten nehmen mussten. Unter dem Gesichtspunkte einer bevorstehenden königlichen Lohnbewegung muss die Taktik, die Mehrheit des Reichstags bei einer gemeinsamen Abstimmung beider Kammern für sich zu haben, auch unbedingt als eine richtige anerkannt werden.

Die Entscheidung fiel am 21. Mai. Das Ministerium trieb selbst die Dinge auf die Spitze, indem es sich vom König das Versprechen ausbat, die zweite Kammer sogleich aufzulösen und durch Neuwahlen an das Volk als den Schiedsrichter zu appellieren. Es lässt sich darüber streiten, ob diese Taktik die beste war. Herr

Staaff hat in einem langen offenen Briefe seine Gründe entwickelt, und man muss ihm zugeben, dass, wenn der König auf dem jetzt von ihm als den seinigen proklamierten Standpunkt beharrt, dass es weder logisch, noch parlamentarisch sei, eine Kammer, die einen Regierungsentwurf angenommen hat, aufzulösen, es dann das beste war, wie es nun gekommen ist. Jene vom Könige entwickelte sophistische Betrachtungsweise, welche zum Beispiel von der parlamentarischen Geschichte Englands vielfach Lügen gestraft wird, wurde von der Regierung natürlich mit ihrer Demission beantwortet, und eine neue Regierung wurde in wenigen Tagen ernannt. Als Ministerpräsident fungiert einer der jüngeren Führer der ersten Kammer, ein früherer Seeoffizier und Direktor mehrerer grosskapitalistischen Unternehmungen, Lindman. Als Kriegsminister behält Herr Tingsten zum Lohn seines politischen Verrats seinen Posten, ebenso behält Herr Trolle das Auswärtige. Dazu kommt noch ein liberaler Überläufer namens Roos. Zum Kultusminister hat man einen von den Führern der äussersten Rechten der zweiten Kammer, Herrn Hammarskjöld, ernannt, und als sehr nötige und nützliche *volkstümliche* Dekoration des ganzen Ministeriums wurde selbstverständlich der als *Kleinbauer* präsentierte nominelle Autor des neuen Wahlrechtsprogrammes, Herr Peterson aus Paboda, aufgenommen.

In späteren Erklärungen haben sich der König und der Kronprinz viel Mühe gegeben, den ungünstigen Eindruck dieses Ministerwechsels auf das Volk zu mildern. Die Tatsachen liegen jedoch für alle Vertuschungsversuche viel zu einfach. Das gefallene Ministerium hatte eine feste Mehrheit in der zweiten Kammer, die dem Volke am nächsten steht. Dessen ungeachtet ist es auf das Gebot der ersten Kammer hin weggejagt und durch ein anderes ersetzt worden, dessen Aufgabe es sein wird, die zweite Kammer, wenn möglich, zur Kapitulation vor dem Willen der ersten zu zwingen. Selbst die Rechte sieht es als wenig wahrscheinlich an, dass eine Majorität von 40 oder 32 Stimmen durch parlamentarische Manipulationen umgestossen werden kann. Sie hofft aber, dass die Neuwahlen, die sie als regierende Partei im nächsten Frühling betreiben wird, wenn sich dabei die Liberalen und Sozialisten unter einander bekämpfen, ihr vielleicht Vorteile bringen. In Schweden entscheidet nämlich bei den Wahlen die relative Mehrheit.

Die liberale Episode fand ein rasches Ende in den sozialen Realitäten: das Königtum hat die Herrenmacht gegen die Volksmacht gewählt. Damit aber wird das Feld des Kampfes erst klar zum entscheidenden Ringen. Die Arbeiter, die seit 1902 mit Gewehr bei Fuss gestanden, rücken wieder in die Front. Jetzt aber nicht nur einer Wahlrechtsreform wegen, deren Wirkungen von der ersten Kammer nach Belieben neutralisiert werden könnten, sondern für eine Verfassungsrevision, die die Übermacht der Plutokratie im schwedischen Staate endlich brechen und das Volk als den Herrn im eigenen Hause anerkennen soll. In einem Manifest *An das arbeitende Volk Schwedens!* hat der Parteivorstand die Parole für den grösseren Kampf, der jetzt beginnen muss, ausgegeben. Was geschehen ist, zeigt uns zur Genüge, so entwickelt das Manifest, dass es für die Herrschaft des Volkswillens in Schweden eine unbedingte Notwendigkeit ist, die Macht der ersten Kammer zu brechen. Wahrscheinlich wird dieser Kampf im gegebenen Momente die ganze lebendige Kraft erfordern, die die Arbeiterklasse dank ihrer Organisation besitzt. Mögen die Massen schon jetzt mit dem Gedanken einer solchen äussersten Kraftentfaltung in den Grenzen des natur-

lichen Rechts und der Gesetzlichkeit vertraut gemacht werden!« Ein ausserordentlicher Parteitag wird im geeigneten Moment zusammentreten, um Näheres zu beschliessen.

Die Stimmung im Volke ist durch ewiges Versprechen und Nichthalten seitens der Machthaber in weiten Kreisen sehr erregt und denjenigen Massnahmen geneigt, die am radikalsten erscheinen. Das Beispiel Finnlands, das durch seinen *Nationalstreik* das Einkammersystem und allgemeines Stimmrecht für Männer und Frauen mit einem Schlage erreicht hat, hat auf die Arbeiter Schwedens tief gewirkt. Die Regierenden mögen sich beizeiten erinnern, dass unser schwedisches Volk nach einem bekannten Wort ein träges Volk ist, aber von Hitzigkeiten erfüllt!

XX

AUGUST QUIST · DIE STELLUNG DER GEWERKSCHAFTSBEAMTEN IN DER ARBEITERBEWEGUNG



ANCHER Parteigenosse, der sich für berufen gehalten hat, unser heutiges Gewerkschaftswesen zu kritisieren, glaubte die Ursache der nach seiner Meinung tadelnswerten Erscheinungen auf die grosse Zahl von Gewerkschaftsbeamten zurückführen zu müssen.

Die Folge davon ist, dass eine Reihe von organisierten Arbeitern es nahezu für unbedingt notwendig hält, über die Gewerkschaftsbeamten möglichst niedrig zu denken und sie dementsprechend zu behandeln. Man halte dies nicht für eine Übertreibung. Wer sich bei seinen Arbeitskollegen auch noch so grosser Beliebtheit erfreut, begegnet, wenn er in seiner Gewerkschaft ein besoldetes Amt übernimmt, sehr bald allgemeinem Misstrauen, bei einem Teil seiner Kollegen sogar regelrechter Gehässigkeit.

Nach den verschiedenen Sündenregistern, die ich bis jetzt kennen gelernt habe, sind die Gewerkschaftsbeamten vorwiegend mit folgenden Lastern behaftet:

1. Sie betätigen sich zu wenig politisch.
2. Sie haben keinen Sinn für die Theorie der Arbeiterbewegung.
3. Sie haben den *Blick für das Ganze* verloren und ergeben sich deswegen
4. der *Nurgewerkschafterei*.
5. Sie haben die *Fühlung mit den Massen* verloren.
6. Ihr Klassenbewusstsein schwindet.
7. Sie verlieren die Kampfesfreudigkeit und befleissigen sich zu sehr der *Diplomatie*.
8. Sie sind *Bureaukraten, Bureaukraten, Bureaukraten*.

In der Tat, wenn dies alles auch nur teilweise zuträfe, dann müssten die Gewerkschaftsbeamten — abgesehen von den bekannten Ausnahmen, die nicht so sein sollen — samt und sonders zum Teufel gejagt werden. Weshalb geschieht dies nicht? Weshalb laden im Gegenteil die organisierten Arbeiter, deren politische Reife nach berühmtem Zeugnis grösser ist, als die ihrer Führer, sich noch immer mehr solcher Bureaukraten etc. auf den Hals? Man sei doch konsequent und fordere deren Ersetzung durch *theoretisch durchgebildete* Genossen, die *Blick für das Ganze* etc. haben!

Dass die an den Gewerkschaftsbeamten geübte herbe Kritik so wenig praktischen

Erfolg gezeitigt hat, will mir denn doch als Beweis erscheinen, dass die Argumentation nicht so ganz hieb- und stichfest ist. Sie hat bis jetzt weder den geringsten Einfluss bei der Besetzung der Beamtenstellen ausüben, noch den Fortschritt der Arbeiterbewegung hemmen können. Wollte man sich mit dieser Konstatierung zufrieden geben, so brauchte man keine Änderung dieses Zustandes zu wünschen. Das geht aber nicht. Erstens sind die Gewerkschaftsbeamten sozusagen doch auch Menschen, die ein Recht darauf haben, nicht lediglich als Arbeitsinstrument betrachtet zu werden, und sich ihres Lebens freuen wollen, wie die Gewerkschaftsmitglieder, für die sie arbeiten, und zweitens muss man auch mit der Möglichkeit rechnen, dass die gegenwärtige Gewerkschaftsbeamtenhetze schliesslich doch einmal der Arbeiterbewegung schaden wird. Auf jeden Fall darf man annehmen, dass die Arbeiterbewegung selber den grössten Vorteil davon haben wird, wenn eine gerechtere Beurteilung der Gewerkschaftsbeamten Platz greift. Eine solche ist aber nur dem möglich, der Gelegenheit gehabt hat, selber als besoldeter Gewerkschaftsbeamter zu fungieren oder dessen Tätigkeit in allen Einzelheiten beobachten zu können.

Der schlimmste Übelstand, unter dem die Gewerkschaftsbeamten zu leiden haben, ist die unverantwortlich hohe Arbeitslast, die ihnen aufgebürdet wird. Mir sagte vor einiger Zeit ein Genosse, der auch das Glück hat, sich auch in solcher Weise von den *Arbeitergroschen* zu mästen: »Es wird immer erst dann ein Beamter angestellt, wenn für zwei Arbeit vorhanden ist.« Dies ist gewöhnlich der Fall, wenn es sich um Anstellung von Lokalbeamten handelt, bei den meisten Bezirksbeamten ist es auch nicht anders, und die grosse Mehrzahl der angestellten Mitglieder der Zentralvorstände hat unter dem selben Übelstand zu leiden. Nun sagt man wohl: die Arbeiter sind selber die schäbigen Arbeitgeber. Dem ist aber nicht so. Wo in den Gewerkschaften eine solche Ausbeutung der Arbeitskraft betrieben wird, da geschieht es keineswegs aus Böswilligkeit, sondern meistens aus Unkenntnis über den wahren Umfang der verlangten Arbeit. Ich selber kann mich da nicht ganz von Vorwürfen freisprechen. Als ich noch in der Werkstatt arbeitete und Mitglied einer Kommission war, die die Anstellung eines Lokalbeamten für den Metallarbeiterverband in die Wege zu leiten hatte, glaubte auch ich nicht, dass die Arbeit, die wir ihm zumuteten, so umfangreich sei; ich erfuhr dies erst, als ich reichlich ein Jahr später selber auf den selben Posten gestellt wurde. Man kann die Beispiele mit Händen greifen, wo bei Gewerkschaftsmitgliedern, die früher die Beamten der herbsten Kritik unterzogen, ein vollständiger Gesinnungsumschwung eintrat, nachdem sie selber in solche Stellungen eingerückt waren. Von Böswilligkeit kann schon aus dem Grunde keine Rede sein, weil die allermeisten Mitglieder keine Gelegenheit haben, den vollen Umfang der zu erledigenden Arbeiten kennen zu lernen. In den Händen des Lokalbeamten laufen sämtliche Fäden der Bewegung am Orte zusammen. Er hat den an manchen Stellen notgedrungen sehr kompliziert gestalteten Vertrauensmännerapparat zu dirigieren, er hat die Übersicht über die Ganze und die Verantwortlichkeit dafür, aber bei Leibe nicht immer die Führung. Da werden ihm gar oft von recht vielen Seiten Vorschriften gemacht, und es ist da nicht jedermanns Sache, die Ohren steif zu halten, wenn einem von etlichen Seiten das Leben sauer gemacht wird. Neigungs- und gewohnheitsmässige Krakeeler

brauchen dann noch gar nicht einmal daran beteiligt zu sein. Wohl kein Beruf hat so viele *Geschäftsgeheimnisse*, wie der eines Gewerkschaftsbeamten. Dieser erfährt sehr vieles, was er geheim halten muss. Ebenso hat er auch manche Arbeit zu verrichten, von der ausser ihm nur sehr wenige Kenntnis haben. Jede Arbeit aber erfordert ihre Zeit. Andererseits kann es wieder geschehen, dass die Mitglieder aus dem Betrieb von Schulze, wenn er für sie eine grössere Arbeit verrichten soll und sich zu bemerken erlaubt, dass er ohnehin schon viel zu tun habe, ihm sagen: Ja, weshalb arbeitest du denn immer für die Kollegen von Müller? Tu doch auch einmal etwas für uns! Gleich darauf kann er von den Müllerschen hören: Weshalb arbeitest du denn immer für die von Schulze? . . .

Am meisten gewürdigt wird von den Mitgliedern allerdings immer noch die direkte Agitationsarbeit, die Arbeit bei Lohnbewegungen etc., zumal, wenn sie erfolgreich ist, und sich am Zahltage in einer Anzahl von Mark und Pfennig verkörpert. Unangenehm ist die Sache aber, wenn es sich als unmöglich erweist, einen Erfolg zu erzielen — einerlei, aus welchem Grunde und auf wessen Veranlassung die Bewegung ausgebrochen ist — und die Kollegen zu erbittert sind, um den nutzlos gewordenen Kampf aufzugeben. Da bedarf es je nach den Umständen oft entweder grosser Energie oder gewandter Diplomatie — sowohl den Arbeitern, wie den Unternehmern gegenüber —, um die Sache wieder einzurenken, und, wenn möglich, doch noch etwas herauszuschlagen.

Soweit mit den Beamten eine Arbeitszeit vereinbart wird, übersteigt sie selten 8 Stunden — auf dem Papier. Wie ist es aber in Wirklichkeit? In jeder grösseren Verwaltungsstelle einer Gewerkschaft vergeht fast kein Tag ohne irgend eine Versammlung oder Sitzung. Es wird anscheinend nicht beachtet, dass die meisten dieser Veranstaltungen nicht öffentlich sind. Nachdem durch Gerichtsentscheidung festgestellt wurde, dass Werkstattversammlungen, in denen ausschliesslich Werkstattangelegenheiten verhandelt werden, nicht angemeldet zu werden brauchen, haben die Gewerkschaften sich dies sofort zu nutze gemacht. Infolgedessen vollzieht sich ein recht grosser Teil der Gewerkschaftsarbeit, ohne dass das Gros der Mitgliedschaft etwas davon merkt. Nun wird es aber meistens als notwendig erachtet, dass ein Beamter der Gewerkschaft anwesend ist. Dies ist auch schon aus dem Grunde nötig, weil die Ortsverwaltungen stets über alles informiert sein müssen, was in ihrer Branche vorgeht. Mancher Arbeiter ist kein Freund von den aussergewöhnlichen Feiertagen (Himmelfahrt, Busstag etc.), weil diese am nächsten Zahltag unangenehme Folgen zu haben pflegen: er hat aber doch ebenso viel Ruhetage mehr oder ebenso viel Tage, an denen er persönliche Angelegenheiten erledigen kann. Ein solcher Arbeiter sagt dann wohl: ihr Gewerkschaftsbeamten habt es doch gut; euch wird kein Tagelohn abgezogen! Das ist richtig. Die Sache hat aber noch eine andere Seite. In der Woche, die einen Feiertag mehr hat, liefert der vom Unternehmer beschäftigte Arbeiter auch ein Sechstel Arbeit weniger. Der Gewerkschaftsbeamte muss gewöhnlich unter allen Umständen sein Pensum erledigen. Wenn er also an dem Feiertag wirklich nicht arbeiten will, so muss er an den übrigen Tagen um so schwerer daran, vorausgesetzt, dass die Feiertage ihm nicht insofern noch doppelte Belastung bringen, als die Kollegen sie benutzen, um irgend eine besondere Versammlung oder Sitzung abzuhalten. Der Brauch, auch Sonntags noch eine gewisse Zeit die Gewerkschaftsbureaus offen

zu halten, kommt erfreulicherweise immer mehr in Abnahme. Etwas anderes ist es aber mit den Versammlungen. Manche Organisation glaubt, dass es ihr unmöglich ist, ihre Versammlungen an einem Wochentage abzuhalten. Nun muss ja zugegeben werden, dass es stellenweise nicht anders gehen kann, zum Beispiel in sehr ausgedehnten Verwaltungsstellen, wo viele Mitglieder Fahrgelegenheit benutzen müssen. Diese Versammlungen nebst den zahlreichen an Werktagen, die für die meisten Mitglieder eher noch den Charakter einer Erholung von der Tagesarbeit tragen, bedeuten für den Gewerkschaftsbeamten aber eine recht beträchtliche unbezahlte Verlängerung der Arbeitszeit. Im günstigsten Falle erstattet man ihm die Fahr- und Zehrkosten, oft auch die nur in unzureichendem Masse. Es kommt noch hinzu, dass so ziemlich jede Versammlung oder Sitzung der Vorbereitungen bedarf, deren Löwenanteil natürlich wieder dem Beamten zufällt. Ebenso haben die meisten dieser Zusammenkünfte auch wieder mehr oder weniger Arbeit im Gefolge. Selbst die von den Gewerkschaften veranstalteten Vergnügungen bringen den Beamten meistens nur Arbeit und obendrein oft noch recht viel Ärger. Es kann in ihm eigenartige Gefühle erwecken, dass er den Arbeitern bei der Erringung des Achtsturentages helfen soll, während er froh wäre, wenn er selber nicht mehr als 11 oder 12 Stunden täglich zu arbeiten brauchte. Hat dann ein solcher, im wahrsten Sinne des Wortes geplagter Mensch einmal frei, vielleicht am Sonntag-nachmittag, und geht er einmal aus, dann hat er meistens grosse Scheu davor, die Lokale aufzusuchen, die von den Arbeitern frequentiert werden. Er geht aus dem Grunde nicht gern dahin, weil er mit grösster Sicherheit darauf rechnen kann, dass er mindestens einen, wenn nicht mehrere seiner Kollegen dort treffen wird, die sich die Gelegenheit nicht entgehen lassen wollen, irgend eine geschäftliche Angelegenheit mit ihm zu besprechen. Steht er ihnen dann nicht mit der grössten Bereitwilligkeit Rede und Antwort, wird er vielleicht gar wegen der Unmöglichkeit, das bisschen freie Zeit nach seinem Ermessen verwenden zu können, verdriesslich, so kann es leicht geschehen, dass er sich ein paar Kollegen zu Feinden macht, die ihm bei nächster Gelegenheit Steine in den Weg werfen.

Doppelt angenehm sind solche Posten, wenn die Verwaltungsstelle nur einen einzigen besoldeten Beamten hat. Offiziell fungiert er dann gewöhnlich als Kassierer, in Wirklichkeit ist er meistens *Mädchen für alles*. Wenn er dann nicht von einigen verständigen Kollegen fleissig unterstützt wird, muss er oft alle Arbeiten — auch die lediglich mechanischen — selber verrichten. Dabei kann es auch der Geschickteste nicht vermeiden, dass eine Menge Zeit nutzlos verloren geht. Auch im Gewerkschaftswesen ist die Arbeitsteilung vorteilhaft. Die grosse Berliner Verwaltungsstelle des Metallarbeiterverbandes braucht bei der wohlausgebildeten Arbeitsteilung in der Ortsverwaltung noch nicht einmal für je 3500 ihrer Mitglieder einen Beamten. Eine Verwaltungsstelle mit nur 3500 Mitgliedern braucht aber je nach der Lage der Sache für die Bureauarbeit, Verhandlungen und Agitation drei, wenn nicht gar vier Beamte. Wenn aber ein solcher Kassierer noch mit vielen anderen Arbeiten belastet ist, so kommt es leicht so weit, dass die Kassenführung nur mehr als Nebenamt betrachtet wird. Nun ist ja die Führung einer Gewerkschaftskasse theoretisch eine höchst einfache Sache. Nichtsdestoweniger wird sie aber *in praxi* infolge der vielen, mit dem Kassiererposten verbundenen Nebenarbeiten oft recht kompliziert, so

dass sie grosse Umsicht und Gewissenhaftigkeit erfordert, und ihr mancher sonst ganz tüchtige Beamte doch nicht gewachsen ist. In kaufmännischen Betrieben wird den Kassierern Mankogeld zugestanden; die Gewerkschaftskasse dagegen muss stets auf Heller und Pfennig stimmen, Mankogelder sind seltene Ausnahmen. Dabei ist es ein seltener Zufall, wenn einmal beim Kassenabschluss alles klappt. Zu viel ist nie vorhanden; was fehlt, muss der Beamte aus eigener Tasche ersetzen.

Ist es unter solchen Umständen zu verwundern, dass die Gewerkschaftsbeamten sich so wenig politisch betätigen, dass so mancher tüchtige und eifrige Parteigenosse, nachdem er ein besoldetes Gewerkschaftsamt übernommen hat, sich nur mehr selten in den Parteiversammlungen sehen lässt? Da braucht man doch durchaus nicht gleich an Böswilligkeit oder Gleichgültigkeit zu denken. Nun halte ich es zwar keineswegs für notwendig, dass ein Genosse, der im Gewerkschaftswesen an exponierter Stelle steht, auch noch hervorragende Parteiposten bekleidet oder umgekehrt; nichtsdestoweniger wäre es ganz zweckmässig, wenn Gewerkschaftsbeamte sich ebenfalls politisch betätigten, sei es auch nur in untergeordneten Posten. Dies ist aber den meisten nicht möglich, weil es ihnen an Zeit fehlt oder, wenn diese wirklich vorhanden ist, sie nicht in der Lage sind, darüber disponieren zu können. Sie mögen ihre Arbeit noch so raffiniert einteilen, um möglichst viel Zeit zu ersparen, so sind sie doch keinen Augenblick davor sicher, dass irgend ein Ereignis ihre ganze Disposition über den Haufen wirft.

Es ist darum eine grosse Ungerechtigkeit, den Gewerkschaftsbeamten so in Bausch und Bogen Vorwürfe darüber zu machen, dass sie so wenig politisch agieren. Ebenso ist es mindestens eine starke Übertreibung, was von ihrer *Verachtung der Theorie* gesagt wird. Schon dem für den Unternehmer schaffenden Arbeiter fällt es oft schwer, abends noch tiefgehende theoretische Studien zu treiben, selbst wenn er die nötigen Vorkenntnisse hat. Und doch ist er meistens nur physisch ermüdet, nicht so abgespannt, wenn er nach Hause kommt, wie der Gewerkschaftsbeamte. Dieser muss, was die Theorie anlangt, meistens von den Erinnerungen zehren, die er aus der Zeit hat, wo er noch nicht eine *gehobene Existenz* war. Fehlt es den Gewerkschaftsbeamten einerseits durchgängig an Zeit zu theoretischen Studien, so darf man sich andererseits nicht darüber wundern, wenn dem einen oder dem andern die Lust dazu vergeht. Seit etlichen Jahren herrscht unter den Parteitheoretikern ein Streik, der schon zu recht unsachlichen Diskussionen geführt hat. Dann sehen wir, dass mancher, der von der Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten tatsächlich nichts versteht, die Theorie missbraucht, um jene herunter zu reissen. Ist es bei solcher Sachlage ein Wunder, dass es Gewerkschaftsbeamte gibt, denen sich eine gewisse Geringschätzung, nicht etwa nur solcher *Auchtheoretiker*, sondern der Theorie schlechthin bemächtigt! Ich will ein solches Gebaren nicht entschuldigen; verlangen muss man aber, dass Leute, die die materialistische Geschichtsauffassung so gerne im Munde führen, sich endlich daran gewöhnen, sie auch bei der Beurteilung der Gewerkschaftsbeamten anzuwenden.

Ich habe bisher hauptsächlich die Lokalbeamten im Auge gehabt. Was ich gesagt habe, gilt aber zum allergrössten Teil für die Gauleiter und die besoldeten Vorstandsmitglieder. Bei den Gauleitern kommt noch die unstete Lebensweise hinzu. Ferner muss ich bemerken, dass ich meine Kenntnis vorwiegend

aus dem Beamtenwesen des Metallarbeiterverbandes schöpfe. Soweit ich aber darüber unterrichtet bin, sind die Zustände in andren Gewerkschaften keineswegs besser.

Verschiedene der eingangs erwähnten Vorwürfe sind schon in den vorstehenden Ausführungen erledigt worden. Ich wende mich nun zu der Beschuldigung, dass die Gewerkschaftsbeamten die *Fühlung mit der Masse* verloren haben sollen. Wer das sagt, hat tatsächlich nicht die geringste Einsicht in deren Tätigkeit. In Wahrheit leben sämtliche Beamte, die auf irgend einem mit grösserer Verantwortung verknüpften Posten stehen, in steter Fühlung mit den Massen, in weit innigerer, als die ihrer verschiedenen geehrten Kritiker. In diese Gefahr gerät höchstens einmal ein mit mechanischer Bureauarbeit betrautes Mitglied, aber auch nur dann, wenn sein Interesse an der Arbeiterbewegung erkalte. Dies ist indes meistens nicht der Fall, da doch stets nur solche Kollegen mit besoldeten Posten betraut werden, die sich in der Arbeiterbewegung bewährt haben.

Damit kann wohl auch der Vorwurf, dass das Klassenbewusstsein schwinde, als erledigt gelten. Viel ist auch nicht über das angebliche Nachlassen der Kampfesfreudigkeit zu sagen, desgleichen über die *Diplomatie*. Die Beamten der Gewerkschaften, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, sind mindestens so gut, wie die Theoretiker, von den Klassengegensätzen zwischen Unternehmertum und Proletariat überzeugt, wenn sie auch nicht fortwährend Reden darüber halten. Aber ausgehend von der Überzeugung, dass die am besten gestellten Arbeiter auch durchweg die besten Klassenkämpfer sind, und vor die Aufgabe gestellt, unter der heutigen Gesellschaftsordnung so viel wie möglich für ihre Auftraggeber herauszuschlagen, müssen sie schon etwas anders auftreten, als die Massenredner in Riesenversammlungen. Wenn sie mitunter in einer zerrfahrenen oder hoffnungslosen Situation für die von ihnen vertretenen Arbeiter etwas erreichen wollen, dann können sie den oft sehr schlaunen Unternehmervertretern gegenüber mit massiven Reden schlechterdings nichts erreichen, da müssen sie die Sache notwendigerweise etwas schlauner anfangen. Muss man solche Binsenwahrheiten wirklich noch aussprechen?

Nun zur Bürokratie der Gewerkschaftsbeamten. Sie sind Bürokraten, weil sie

1. für Innehaltung des Statuts sorgen,
2. einen geregelten Bureaubetrieb für notwendig halten.

Die Statuten werden auf den Verbandstagen festgesetzt, deren wichtigste Arbeit sie gewöhnlich bilden. Verschiedene Leute scheinen nun der Anschauung zu sein, auf deren genaue Durchführung komme es nicht an; sie versäumen dabei, sich klar zu machen, wohin es führt, wenn der Beamte es zulässt, dass so und so viel Ausnahmen gemacht werden. Dergleichen bleibt in der Regel nicht verschwiegen, und dann kommen bald andere, die die selbe Vergünstigung beanspruchen. Dies kann schliesslich so weit gehen, dass nicht nur die Stellung des Beamten unhaltbar wird, sondern dass auch der Verband eine Schädigung erleidet, die, wenn sie sich wiederholt, sich zu einer Schädigung der Gesamtmitgliedschaft auswächst. Am grössten ist diese Gefahr natürlich bei dem immer umfangreicher werdenden Unterstützungswesen. Wenn auch die Zahl der Mitglieder nur sehr klein ist, die absichtlich danach trachtet, sich unrechtmässige Vorteile zu verschaffen — ich urteile hier ausschliesslich nach

meinen Erfahrungen im Metallarbeiterverband —, so gibt es doch Mitglieder, die mitunter recht naive Forderungen stellen. Am meisten sind mir solche Fälle vorgekommen, wenn es sich um die Arbeitslosenunterstützung handelte. Manches Mitglied wird arbeitslos, versäumt aber, sich sofort zu melden, weil es hofft, gleich wieder Arbeit zu finden und die Unterstützung des Verbandes entbehren zu können. Dies Betreiben ist ehrenwert, unangenehme Folgen hat es aber, wenn das Mitglied nicht gleich wieder Arbeit findet. Der bei der Entlassung empfangene Lohn ist dann bald aufgezehrt, und die Not kehrt bei ihm ein. Dann erinnert das Mitglied sich des Verbandes, meldet sich arbeitslos und erfährt nun zu seiner unangenehmen Überraschung, dass es erst nach 14 Tagen Anspruch auf Auszahlung der Unterstützung hat. Dabei darf es sich nicht einmal mit *Unkenntnis des Gesetzes* entschuldigen, denn es ist seine eigene Schuld, wenn es das ihm eingehändigte Statut nicht liest. Nun ist die Not da, und oft verlangt das Mitglied nichts Geringeres, als dass der Beamte ihm sofort auf sein ehrliches Gesicht hin Unterstützung auszahle. Wenn der Beamte in seiner Geschäftsführung nicht eine heillose Unordnung anrichten will, muss er ein solches Ansinnen ablehnen. Dann gibt es aber je nach dem Temperament des Abgewiesenen entweder Trübsal oder Spektakel, auf jeden Fall aber ist wieder ein Mitglied mehr vorhanden, das über die Bureaucratie der Gewerkschaftsbeamten Klage führt. Wenn es in jedem Falle nur der Betroffene allein wäre, der so redet, wäre es ja nicht so schlimm; leider finden solche Klagen bei der Masse der Mitglieder gar zu willige Hörer. Sie sehen dann immer nur den einen Fall, bedenken aber nicht, wie oft er vorkommt, und zu welchen Folgen er führt.

Wenn die Gewerkschaftsbureaucraten der Arbeiterbewegung so schädlich sind, so sollte man meinen, dass die Sachlage dort besser sei, wo es keine besoldeten Beamten gibt. Dies ist aber keineswegs der Fall, auch soweit es sich um das Unterstützungswesen handelt. Wohl sind mir in meiner Praxis Fälle vorgekommen, dass Mitglieder von unbesoldeten Beamten zu Unrecht Unterstützungen erhalten hatten, nicht minder aber auch solche Fälle, wo den Mitgliedern zu Unrecht Unterstützungen vorenthalten worden waren, denen ich erst zu ihrem Recht verhelfen musste. Das Recht der Hauptvorstände, die Zahlung von Streikunterstützung von einer vorherigen Genehmigung des Streiks abhängig zu machen, ist in sämtlichen Verbänden, die es ihren Vorständen eingeräumt haben, ebenfalls statutarisch festgelegt nebst den Regeln, nach denen bei der Prüfung der Sache verfahren werden soll. Was ich schon von den Ortsbeamten gesagt habe, gilt von den Vorständen in noch höherem Masse. Bei ihnen laufen die Fäden der Bewegung in ganz Deutschland zusammen, sie wissen, wo in der Branche die schlimmsten Missstände vorhanden sind, sie haben eine genauere Übersicht über die Organisationsverhältnisse, sie allein sind darüber orientiert, wie viele Bewegungen angemeldet sind, sie haben bessere Hilfsmittel, die Konjunktur zu beobachten und zu beurteilen, als die Kollegen an den einzelnen Orten. Leidenschaft und Aufregung sind schlechte Berater in Streikangelegenheiten; die Objektivität der Vorstände hat schon manches Unheil verhütet. Wenn das Geld der Gewerkschaft auf die Neige zu gehen droht, muss der Vorstand sehen, dass er neue Quellen öffnet, was oft sehr schwierig ist. Es ist darum nicht mehr als recht und billig, dass den Vorständen das Genehmigungsrecht zusteht. Dies hat sich durchaus bewährt. Immer mehr

Gewerkschaften sind im Laufe der Zeit dazu übergegangen, diese Bestimmung in ihr Statut mit aufzunehmen. Sie werden zu diesem Schritt jedenfalls durch die Erfahrung gezwungen worden sein. Nachdem das Unternehmertum sich ebenfalls organisiert hat, ist es den Gewerkschaften unleugbar erschwert, durch Streiks Erfolge zu erzielen. Da nun aber der Streik einmal das letzte Mittel ist, das den Gewerkschaften zu Gebote steht, erfordert es die Pflicht der Selbsterhaltung, ihn auf solche Weise zu führen, dass er dem Unternehmertum am unangenehmsten wird. Dies kann am ehesten eintreten, wenn er den Unternehmer zur Zeit einer günstigen Konjunktur unvorbereitet trifft. Es ist daher eine der ersten Regeln der neueren Streiktaktik, die Unternehmer möglichst lange über die Absichten der Arbeiter im unklaren zu lassen. Dies ist aber unmöglich, wenn sämtliche Massnahmen der Gewerkschaft öffentlich beraten oder beschlossen werden. Je kleiner der Kreis ist, der bestimmt, wann und wie vorgegangen werden soll, desto besser, denn desto schwerer werden die Unternehmer von der geplanten Aktion Kenntnis erhalten und Gegenmassnahmen treffen können. Ausserdem wird kein Vorstand, wenn er seiner Sache nicht ganz sicher ist, einen Streik genehmigen, ablehnen oder abbrechen, wenn er nicht zuvor Personen gehört hat, denen er ein richtiges Urteil über den Fall zutrauen darf. Die Gewerkschaftsvorstände brauchen also keineswegs die *Nietzscheschen Übermenschen* zu sein, wie man sie ironisch genannt hat, um über Krieg und Frieden bestimmen zu können. Das kann schon jeder, dem es nicht an dem nötigen natürlichen Verstand und den nötigen Erfahrungen fehlt, und dem die genügenden Informationen zu Gebote stehen. Diese letzteren fehlen aber meistens den in Betracht kommenden Mitgliedern. Wenn also die massgebende Instanz der Gewerkschaft in so gewissenhafter Weise die Sachlage prüft, ehe sie entscheidet, so darf sie auch mit Fug und Recht verlangen, dass die Mitglieder ihnen Folge leisten.

Wer da weiss, wie gross die Arbeit ist, die auf den Beamten lastet, wird es natürlich finden, dass sie danach streben, die Tätigkeit auf den Bureaus möglichst fest zu regeln und die Arbeit so einzurichten, wie es zu einem flotten Geschäftsgang nötig ist. Da kann es denn nicht ausbleiben, dass der Beamte einmal mit einem Mitgliede in Differenzen gerät, das ihn zur Unzeit heimsucht, dass er einmal Unterstützungen ausserhalb der dafür festgesetzten Zeit nicht auszahlen will u. s. w. Manches Mitglied befleissigt sich der grössten Höflichkeit, wenn es bei einer Behörde auch nur mit dem letzten Schreiber zu tun hat, glaubt aber, bei dem Verbandsbeamten den *Arbeitgeber* herauskehren und ihn wegwerfend behandeln zu können. Höchst angenehm ist es für den Beamten, wenn ein Mitglied — möglicherweise noch dazu angetrunken — ihn im Bureau mit irgend einem kleinlichen Anliegen belästigt und glaubt, dem Beamten Befehle erteilen zu können, vielleicht noch den klassischen Ausspruch tut: du lebst doch nur von unseren Groschen! Solche Erlebnisse, die sich gar nicht so selten wiederholen, sind nicht geeignet, die Arbeitsfreudigkeit zu steigern.

Es ist noch lange nicht alles gesagt, was gesagt werden müsste. Das Angeführte dürfte aber genügen, um zu zeigen, wie haltlos die meisten Beschuldigungen sind, die gegen die Gewerkschaftsbeamten erhoben werden. Ich fühle mich ja keineswegs verpflichtet, alles zu rechtfertigen, was einmal irgend ein Gewerkschaftsbeamter gesagt oder getan haben kann. Es kommt schon vor, dass einer auf einen Posten gestellt wird, zu dem er nicht taugt. Energisch muss aber

dagegen protestiert werden, wenn Leute, deren Blick nicht durch die geringste Sachkenntnis getrübt ist, es sich angelegen sein lassen, die Gewerkschaftsbeamten *systematisch* in den Augen der Mitglieder herabzusetzen. Man komme mir nicht mit dem Einwand, dass diese *Kritiken* stets den Beifall der Massen finden, also zutreffend sein müssen. Aus dem, was ich bereits ausgeführt habe, geht zur Genüge hervor, wie dies zu erklären ist. Man wende ferner nicht ein, es solle keiner Person zu nahe getreten werden, die Beamten seien ja alle ganz nette, begabte, gewissenhafte und wer weiss was sonst noch für Leute. Wenn dies ehrlich gemeint ist, so ist es doch mindestens ein sehr unpraktisches Verfahren, dass man auf den Beamten herumhämmert, um irgend einen Übelstand in der Arbeiterbewegung zu beseitigen. Ferner weiss die Masse so subtile Unterscheidungen nicht zu machen. Wenn sie solche Beschuldigungen hört, so überträgt sie einfach alles Böse, was über die Beamten im allgemeinen gesagt wird, auf die, mit denen sie es gerade zu tun hat.

Dieser Zustand kann aber auf die Dauer nicht so bleiben. Mancher Beamte, den die wütendsten Beschimpfungen durch die Scharfmacher, die Sonderorganisierten etc. nur zu höherer Kampfesfreudigkeit veranlassen, leidet schmerzlich unter den Nadelstichen, die ihm von seinen eigenen Verbandskollegen zu teil werden. Infolge der Eigenart seines Amtes ist es ihm vielfach gar nicht möglich, die Mitglieder darüber aufzuklären, dass ihre Handlungsweise ungerecht ist. In einer solchen Lage stets gelassen zu bleiben, erfordert eine Lammsgeduld, die unvereinbar ist mit den übrigen Eigenschaften, die man von einem Gewerkschaftsbeamten fordert. Der grosse Wechsel unter den Gewerkschaftsbeamten erscheint darum ganz natürlich. Ich weiss von etlichen, dass sie lieber heute, als morgen, ihr Amt wieder aufgeben möchten, wenn sie nur Aussicht auf eine andere Beschäftigung hätten. Aus dem selben Grunde erscheint es auch erklärlich, dass zum Beispiel im Metallarbeiterverband trotz seines grossen Mitgliederbestandes die Zahl der Bewerber um Beamtenposten und die Auswahl unter den geeigneten Kollegen ständig abnimmt. Es sind genügend geeignete Mitglieder vorhanden. Die meisten bedanken sich aber für solche Ämter, da sie anderswo ihr Brot auf gemüthlichere Weise verdienen können.


Nun noch ein paar Worte über die Ursachen dieser ebenso unschönen, wie durchweg unberechtigten Kritiken. Als solche bezeichnet man das *Fehlen des sozialistischen Geistes* unter den Gewerkschaftsmitgliedern. Andere Kritiker reden schlechthin von der *mangelhaften Aufklärung der Massen*. Nach den selben Kritikern sollen aber diese mangelhaft aufgeklärten Massen eine grössere politische Reife haben, als die Gewerkschaftsbeamten. Wie tief muss danach erst deren politisches Niveau sein! Und doch werden die Beamten von den selben Kritikern wiederum als ganz begabte Leute bezeichnet. Seltsamer Widerspruch! Man sieht: Konsequenz ist nicht die starke Seite dieser Kritiker. Man kann nun sehr verschiedener Meinung darüber sein, ob es wirklich zutrifft, dass unter den früher in geringer Zahl organisierten Arbeitern verhältnismässig mehr Aufklärung vorhanden war, als unter den vielen Mitgliedern, die heute in den Arbeiterorganisationen vorhanden sind. Aber ich will gerne zugeben, dass mehr für die Aufklärung der Massen getan werden muss. Nun verlangt man, es solle mehr sozialistischer Geist in die Gewerkschaften getragen werden. Es wäre interessant, zu erfahren, wie die Urheber dieser Forderung sich ihre Verwirklichung denken. Die ganze praktische Tätigkeit der

Gewerkschaften kann sich doch nur auf den Gegenwartsstaat erstrecken. Man könnte da höchstens eine Verbesserung des Vortragswesens, des Bibliothekwesens und der Gewerkschaftspresse verlangen. Auf diesem Gebiet könnte freilich noch manches getan werden. Dies ist aber nicht dadurch zu erzielen, dass man den Gewerkschaftsbeamten das Leben noch schwerer macht, sondern nur dadurch, dass man es ihnen erleichtert. Dann wird sicher mancher Beamte gerne mehr zur Verbreitung von Aufklärung tun und sich ebenfalls politisch betätigen. Man möge sich bemühen, die Tätigkeit der Gewerkschaftsbeamten verstehen zu lernen. Dann wird ebenfalls mit der Zeit die Überlastung der Beamten aufhören.

Damit sind die Mittel zur Vermehrung der Aufklärung noch keineswegs erschöpft. Früher konnte die wenig entwickelte Parteipresse verhältnismässig viel mehr für die Verbreitung der theoretischen Kenntnisse tun, als die heutige grosse Zahl von sozialdemokratischen Tagesblättern. Es ist zu erwägen, ob nicht auch auf diesem Gebiet eine Besserung anzustreben ist. Sie wäre zweckmässiger, als das kritiklose Kritisieren der Gewerkschaftsbeamten.

XX

LEO WINTER · NATIONALITÄT UND GEWERKSCHAFT

 M seinen Namen in der Nachwelt berühmt zu machen, steckte Herostratos den herrlichen Tempel der Diana von Ephesos in Brand. Dies wird wohl vielen ausländischen Genossen eingefallen sein, als sie von Wien aus geschriebene Berichte über den Kampf in den österreichischen Gewerkschaften lasen, wonach die tschechischen Genossen, die *Nationalitätsfanatiker* — wie sie Genosse Hue in seinem Artikel im *Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands* betitelt — ihre *staatsrechtlichen Theorien* in die wirtschaftspolitische Praxis übersetzen, die gewerkschaftlichen Zentralorganisationen sprengen und vollkommen unabhängige nationale Organisationen auch auf gewerkschaftlichem Gebiete gründen wollten. Diese Berichte erwecken den Anschein, als ob die heutigen Gewerkschaften in Österreich ohne Zutun, ja sogar gegen den Willen der tschechischen Genossen gegründet worden wären, und dass sie nun ihre ganze Kraft aufbieten müssen, um einem feindlichen Ansturm der tschechischen Gewerkschaftsführer oder Politiker stand zu halten. Der von meinem Namensvetter im vorigen Heft dieser Zeitschrift veröffentlichte Aufsatz unterscheidet sich ein wenig von vielen anderen Meinungsäusserungen in dieser Streitsache. Er unterschiebt den tschechischen Genossen keine schlechten Motive, er bedauert nur langjährige Mitarbeiter in der österreichischen Arbeiterbewegung als Leute, »die den Gang der Gewerkschaftsbewegung nicht praktisch mitgemacht haben«, die nur Gefühlen und Träumen nachgegeben haben und vom Repräsentationsbedürfnis geplagt werden, um »gewissen bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen«, die zu ungeschickte Gewerkschafter und kurzsichtige Politiker sind, um den heutigen Stand der Gewerkschaftsbewegung zu verstehen. Es entspricht übrigens nicht den Tatsachen, dass, wie Genosse Fritz Winter behauptet, die direkte Ablieferung der Beiträge für tschechische

Mitglieder der Gewerkschaften an die Prager Kommission deswegen gefordert wird, damit »die Politiker in der Prager Kommission« gleichzeitig mit den Kommissionsbeiträgen auch von ihren Mitgliedern eine Parteisteuer einheben können. Die Parteisteuer und die gewerkschaftlichen Beiträge müssen bei uns nach so grundverschiedenen Prinzipien eingehoben werden, dass an eine gleichzeitige Einhebung beider überhaupt niemand denken könnte. Doch das ist nebensächlich. Wichtiger ist, dass auch aus dem Artikel des Genossen Winter die ausländischen Genossen in ihrer Überzeugung von dem Zerstörungswahn der Tschechen nur befestigt werden müssen. Es sei mir daher ein Versuch gestattet, die von den Tschechen hervorgerufene Bewegung in einem anderen Lichte erscheinen zu lassen und zu diesem Zwecke ein wenig auf die Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Österreich zurückzugreifen.

Eine moderne Gewerkschaftsbewegung in Österreich in grösserem Stile datiert seit dem ersten sozialdemokratischen Parteitag in Hainfeld /1888/, welcher den Parteiangehörigen empfahl, allorts an die Gründung von Gewerkschaften zu schreiten. Die Unterstützung der gewerkschaftlichen Bewegung seitens der Partei ging sogar so weit, dass der Parteitag zu Prag /1896/ es geradezu als eine Pflicht der Genossen erklärte, nach Möglichkeit ihren besonderen Branchenorganisationen anzugehören. Die gewerkschaftliche Organisation bestand in lokalen Vereinen, welche sich nur allmählich und auch nicht überall zu Landesvereinen verbanden. Die wechselseitigen Beziehungen der Arbeiterschaft verschiedener Nationen und Länder in Österreich sind jedoch so zahlreich und rege, ihre Interessen weisen eine so grosse Zahl gemeinsamer Punkte auf, dass es auf die Dauer unmöglich wurde, die bestehenden Landesorganisationen in ihrer vornehmen Isoliertheit zu erhalten; die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens der einzelnen Landesorganisationen trat zu Tage. Zu diesem Zwecke wurde im Jahre 1893 der erste österreichische Gewerkschaftskongress einberufen, der eine gemeinsame Zentralstelle, die österreichische *Gewerkschaftskommission* mit dem Sitze in Wien, ins Leben rief. Die Kommission arbeitete, von sonstigen günstigen Verhältnissen unterstützt, mit nicht geringem Erfolge. Bald jedoch sah man in Böhmen, dass sie ihrer Aufgabe auf agitatorischem und organisatorischem Gebiete unter dem tschechischen Proletariat auch beim besten Willen nicht nachkommen könne. »Unkenntnis der Verhältnisse, Unkenntnis der Sprache, das waren« — wie Rousar in einem Artikel in der *Akademie* ausführte — »die zwei grossen Hindernisse. Die Wiener Kommission hatte nicht den Überblick über die Bedürfnisse Böhmens, Mährens und Schlesiens, und selbst wenn sie sie kannte, war sie nicht im stande, ihnen abzu helfen, aus Mangel an geeigneten Arbeitskräften. Am deutlichsten zeigte sich die Schwerfälligkeit des Apparates, wenn es sich um schleunige Massnahmen handelte.« Die tschechischen Gewerkschaften verlangten daher auf dem zweiten Gewerkschaftskongresse in Wien /1896/ die Beseitigung der Hindernisse, welche bisher der Entfaltung ihrer Organisationen entgegenstanden. Sie glaubten, den Uebelständen durch Anstellung eines unabhängigen tschechischen Sekretärs bei der Reichskommission abzu helfen. Nachdem aber ein diesbezüglicher Antrag trotz der Unterstützung Victor Adlers abgelehnt wurde, errichteten die tschechischen Gewerkschaften eine eigene, die tschechoslawische Kommission in Prag.

Dieser neuen Institution, welcher das tschechische organisierte Proletariat in

Böhmen sein ganzes Vertrauen entgegenbrachte, gelang es in kurzer Zeit, eine grosse Anzahl von lokalen Vereinen in Landesorganisationen zu vereinigen, welche insgesamt Mitglieder der Kommission wurden. In der Wiener Kommission gewann bald ruhige Überlegung die Überhand; sie erkannte die Prager Kommission als selbständig und gleichberechtigt an und trat mit ihr in enge Fühlung. Obgleich Genosse Hue in dem oben zitierten Artikel eine solche Dezentralisation für unheilvoll erklärt, konnte die Gewerkschaftsbewegung in Österreich und speziell in Böhmen nur von Erfolgen sprechen. Beide Kommissionen trachteten in gemeinsamer Arbeit, die Gewerkschaften der einzelnen Länder in engere Verbindung zu bringen. Dies geschah in der Errichtung von Reichsverbänden, denen die einzelnen Landesvereine als Einheiten angehören. In dieser Organisationsform, welche sich namentlich bei den Buchdruckern, der stärksten Organisation in Österreich, bestens bewährt hat, ist hauptsächlich das Unterstützungswesen zu seiner jetzigen Höhe gelangt.

Beide Kommissionen arbeiteten friedfertig neben einander auch auf allen anderen Gebieten. Die Selbständigkeit der Prager Kommission wurde seitens der Wiener nie in Frage gestellt, weder bei der Vertretung der organisierten Arbeiterschaft im Arbeitsbeirat, noch im Wasserstrassenbeirat, noch auch in der internationalen Konferenz der Sekretäre der Landesorganisationen der Gewerkschaften. Bei dieser ersten Konferenz in Stuttgart wurde ausdrücklich hervorgehoben, dass beide Kommissionen autonom bleiben, obschon sie übereinstimmend bezüglich der Streikunterstützung die Wiener Kommission als diejenige Institution designiert hatten, die für derartige Fälle in Betracht zu kommen habe. Das gute Einvernehmen der beiden Kommissionen hatte zur Folge, dass in den tschechischen Gewerkschaften alle Befürchtungen gegenüber den Wiener Zentralisierungsbestrebungen schwanden, und die Tschechen in einzelnen Branchen ihre Einwilligung dazu gaben, die Reichsverbände in Reichsvereine umzuformen und ihre nicht unbedeutenden Fonds diesen Reichsvereinen, die fast durchweg ihre Zentralen in Wien haben, auszuliefern.

Bald jedoch, nachdem dies geschehen, wurden Rekrimationen laut, dass die von deutschen Genossen geleiteten Zentralen den sprachlichen Bedürfnissen und Forderungen der Tschechen nicht nachkommen. Ein Verein zum Beispiel weigert sich hartnäckig, für die tschechischen Mitglieder tschechische Drucksachen zu beschaffen, mit der Begründung, dass die Mitglieder dieser Branche — es handelt sich um Handelsangestellte — Deutsch verstehen müssen. Andere geben ihren tschechischen Mitgliedern nur doppelsprachige Drucksachen heraus, mit der deutschen Sprache an erster Stelle, obzwar sie den deutschen Mitgliedern nur deutsche Drucksachen liefern. Andere wieder reichen für alle ihre Filialen die Statuten in deutscher Sprache ein. Es wäre vielleicht anderswo vollkommen gleichgültig, aber bei uns sehen die Behörden in solchen Filialen nur deutsche Vereine und weigern sich, mit ihnen anders als deutsch zu verkehren. Dies geschieht in Gegenden, wo keine 2 % Deutsche wohnen, und wird selbstverständlich von der arbeiterfeindlichen Presse als Förderung der Germanisation der tschechischen Gegenden ausgeschrieben. Einige Reichsvereine haben es durchzusetzen gewusst, dass ihre tschechischen Fachorgane in Wien herausgegeben werden, obzwar ein jeder verständiger Mensch es als selbstverständlich erklärt, dass ein Blatt dort erscheine, wo man seine Sprache am meisten spricht. Die in Wien erscheinenden tschechischen Fachblätter müssen den Druck um

40 % teurer zahlen, da die tschechische Sprache in Wien nicht als landesüblich gilt; sie werden aber überdies von Leuten verfertigt, denen die tschechische Schriftsprache vollkommen fremd ist. So kommt es, dass Artikel aus unseren tschechischen Fachorganen ihrer Sprache und Orthographie wegen in der tschechischen Presse in der *heitern Ecke* Aufnahme gefunden haben, ein Anblick, welcher wohl geeignet ist, den Mitgliedern die Freude an einer solchen Organisation zu verleiden. Ähnlich verhält es sich mit den von vielen Zentralen angestellten Beamten, deren tschechische Zuschriften den tschechischen Organisationen sehr oft unverständlich, fast nie richtig geschrieben sind. Es wurde seitens der tschechischen Organisationen auch der Vorwurf laut, dass die Wiener Zentralen zwar einen hohen Prozentsatz von Beiträgen aus Böhmen beziehen, dass sie aber der Agitation unter der tschechischen Arbeiterschaft verhältnismässig wenig Aufmerksamkeit und noch weniger Geldmittel zuwenden, dass sie durch die Beiträge ihrer tschechischen Mitglieder fast ausschliesslich Organisationen der anderen Nationen grossziehen. Dieser Vorwurf wurde lauter, als einigemal von den Wiener Zentralen Streiks nicht anerkannt wurden, die von den mit den lokalen Verhältnissen gut vertrauten Agitationskommissionen als aussichtsreich erklärt wurden, und deren Erfolglosigkeit gute Organisationen sprengte. Doch trat dieser Vorwurf gegenüber den oben geschilderten in den Hintergrund.

Bei ausländischen Genossen, welche in einem national homogenen Staatswesen leben, und für welche die nationale Frage nicht akut ist, könnte man sich nicht wundern, wenn sie solche Vorfälle für Kleinlichkeiten und Lappalien halten würden. Wenn dies aber die Wiener Genossen taten, denen die Wirkung solcher Kleinigkeiten in dem in nationaler Beziehung so empfindlichen Österreich vollkommen klar sein musste; wenn sie die Beschwerden nicht nur nicht rasch und glatt erledigten, wie Genosse Winter meint, sondern sie meistens bis heute unerledigt liessen; wenn sie die Vorwürfe für einen Ausfluss von nationalem Chauvinismus erklärten: so gaben sie hiermit kund, dass sie eben es sind, welche mit den »harten Tatsachen und Wirklichkeiten« nicht zu rechnen verstehen. Denn in Österreich ist die nationale Frage eine harte Tatsache und Wirklichkeit, welche nicht dadurch heseitigt wird, dass man sie als Problem der bürgerlichen Lager Österreichs erklärt. In ihrer Agitation wenden sich die Gewerkschaften zwar an den Lohnarbeiter als solchen, aber es tritt ihnen nicht eine Abstraktion entgegen, sondern ein Mensch, der zwar seine Arbeitskraft zu Markte trägt, der aber nebenbei eine Sprache spricht, der in einem Gemeinwesen lebt, der mit seinen Mitbürgern zusammenkommt und mit ihnen leben muss. Nur dieser Mensch ist Tatsache und Wirklichkeit, nicht aber ein Arbeiter, welcher nichts anderes als Lohnarbeiter ist. Dieser ist eine Fiktion. An diese haben sich eben einige Zentralorganisationen gewendet, haben aber hierbei den Menschen mit seinen »Gefühlen und Träumen« übersehen. Und sie haben hierbei Tür und Tor für eine Agitation offen gelassen, welche die Gefühle und Träume des tschechischen Arbeiters gut auszunutzen wusste, um ihn als Lohnarbeiter nicht aufkommen zu lassen. Das Vorgehen der Wiener Zentralen hat die gewerkschaftliche Agitation unter der tschechischen Arbeiterschaft sehr erschwert, dagegen die Agitation der Gegner sehr erleichtert. Es war daher im eigensten Interesse der Gewerkschaftsbewegung in Österreich, wenn die tschechischen Organisationen gegen den die Wiener Zentralen beherrschenden

Geist und dadurch angeblich gegen die Zentralorganisationen überhaupt auftraten, wenn sie mit dem ungesunden, echt österreichischen System in den Gewerkschaften brechen und in dem sozialistischen Kosmos die Keime eines andern Österreichs unterdrücken wollten.

Der Zwist hätte vielleicht eine andere Form angenommen, wenn nicht die Wiener Kommission ostentativ die Prager Kommission hintangesetzt hatte. In den Arbeitsbeirat delegierte die Wiener Kommission alle der in sozialistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiterschaft zugewiesenen Mitglieder; da der von ihr mit Übergangung der Prager Kommission delegierte tschechische Genosse die Funktion selbstverständlich nicht annahm, und sie darauf einen deutschen Arbeiter delegierte, so ist die tschechische, in Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft, welche etwa zwei Fünftel der organisierten Arbeiterschaft Österreichs bildet, in der wichtigen Institution des Arbeitsbeirates überhaupt nicht vertreten. In die seitens der Regierung veranstaltete Enquete über die Verhältnisse der landwirtschaftlichen Arbeiter delegierte die Wiener Kommission als Experten aus Böhmen nur einen deutschen Genossen aus dem hopfenreichen Nordwesten Böhmens, obgleich Ackerbau hauptsächlich im Süden und Osten vorherrscht und von Tschechen betrieben wird, und obgleich die tschechischen landwirtschaftlichen Arbeiter bereits eine ziemlich starke Gewerkschaft besitzen, wogegen die Deutschen zur Gründung einer solchen Organisation noch überhaupt nicht geschritten sind. In dem ersten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung findet man kein Wort über die tschechischen Gewerkschaften, ja, es ist die Adresse der tschechoslawischen Kommission in Prag dort überhaupt nicht angegeben, obgleich zum Beispiel von den Glasarbeitern zwei Zentralen aufgenommen wurden. Solche, zwar nicht die Träume, wohl aber die Gefühle der tschechischen Arbeiterschaft outrierenden Vorkommnisse mussten eine Erbitterung erwecken, welche zum Ausbruch kam, als die Prager Kommission auf der Amsterdamer Konferenz der Gewerkschaftssekretäre nicht mehr als selbständig und gleichberechtigt anerkannt wurde. Ich halte den Beschluss der Amsterdamer Konferenz schon deshalb für verfehlt, weil sich dadurch die Konferenz ihres internationalen Charakters entkleidet hat und aus einer Repräsentation aller Nationen eine Repräsentation der in einzelnen Staaten regierenden Nationen geworden ist. Hierdurch wurde sie zu einem beträchtlichen Teile um das Vertrauen gebracht, das ihr bisher allseits entgegengebracht wurde, wodurch wiederum die gesamte Gewerkschaftsbewegung geschädigt wird.

Mir persönlich liegt es vollkommen fern, die Wiener Genossen der gewaltsamen Germanisierung der tschechischen Arbeiter anzuklagen oder in den geschilderten Vorkommnissen eine germanisatorische Tendenz zu suchen. Nicht deswegen, weil ich der Überzeugung wäre, die Wiener Genossen würden diese Bestrebungen als Sozialdemokraten prinzipiell verwerfen, sondern deshalb, weil sie vernünftige, nüchterne Menschen sind, denen die ganze Aussichtslosigkeit und Schädlichkeit solcher Allüren vollkommen klar sein muss und klar ist. Und ich würde auch so manches Wort, welches in diesem Kampfe von tschechischer Seite in der Hitze des Gefechtes gefallen ist, nicht unterschreiben, wie ich andererseits überzeugt bin, dass es viele deutsche Genossen gibt, welche mit der Kampfweise der Wiener nicht ganz einverstanden waren. Meiner Meinung nach haben jedoch die den Verhältnissen in Böhmen

fernstehenden Genossen die Wichtigkeit des Nationalitätenproblems in den Gewerkschaften unterschätzt und es zu ihrem eigenen Schaden als eine der Gewerkschaftsarbeit gleichgültige Sache angesehen.

Wunder kann es nicht nehmen. Sie, wie die ganze Arbeiterschaft Österreichs, sind gelehrige Schüler der Arbeiterbewegung Deutschlands gewesen. Von Deutschland aus haben sie im grossen und ganzen nicht nur ihr politisches Programm, sondern auch ihre ganze Taktik und ihre Organisationsform geholt. Sie haben in Deutschland eine mächtige, einheitliche, von einer Zentralstelle aus geleitete Bewegung gefunden; sie bewunderten deren grossartige Erfolge, sowohl auf politischem, wie auf gewerkschaftlichem Gebiete; und sie waren begreiflicherweise nur zu leicht geneigt, die Macht dieser ganzen Bewegung vorzüglich als eine Frucht ihrer Organisationsform anzusehen. Das Bestreben, die österreichische Arbeiterbewegung auf die Stufe jener Deutschlands zu bringen, war daher von dem Wunsche begleitet, sich eine ebenso starke Waffe zu schmieden, wie sie der Arbeiterschaft in Deutschland zur Verfügung stand, eine ebenso mächtige, zentralistische, einheitliche Organisation zu schaffen. Durch den Glanz des machtvollen deutschen Organismus geblendet, übersahen sie, dass die Verhältnisse in Österreich ganz anders liegen, und dass man diesen Verhältnissen die Organisationsform anpassen müsse. Der Drang der harten Tatsachen und Wirklichkeiten machte jedoch vor der Organisation der Arbeiterschaft kein Halt. Die sprachliche und nationale Eigentümlichkeit und Verschiedenartigkeit trat auch in den Organisationen klar zu Tage. Vor allem natürlich dort, wo die Arbeiterbewegung durch ihre Ausserachtlassung am meisten gelitten hätte: in Böhmen.

Es waren keine Neulinge mehr in der Arbeiterbewegung, es waren keine *Literaten* und *Theoretiker* — wie man ihnen oft mit Vorliebe vorwirft —, sondern allseits bewährte, in harten Kämpfen aufgewachsene und Jahrzehnte im Dienste der Arbeitersache stehende Männer, welche auf die Gefahr aufmerksam machten, der die Arbeiterschaft in ihrer bisherigen Organisationsform entgegengehe. Nicht, um den bürgerlichen Parteien den Rang abzulaufen, sondern, um keinen Grund zur Desertion, zur Lichtung der eigenen Reihen zu geben, um den Gegnern kein Wasser auf ihre Mühlen zu treiben, um ihr eigenes Programm nicht aller Werbekraft zu berauben, setzten sie sich für die Umformung der Organisation ein. Dieser Kampf, welcher vor einigen Jahren auf politischem Gebiete geführt wurde, ist dort heute beendet. Die Tschechen hatten zwar damals die selben Vorwürfe, die selben Titulaturen, ja selbst die selben Theorien zu hören, wie heute. Sie hielten jedoch stand — wie man heute einsieht: zum Wohle der gesamten Arbeiterbewegung in Österreich. Jetzt macht sich der selbe Drang der harten Tatsachen und Wirklichkeiten in den Gewerkschaften offenbar. Vor Jahren haben ihn die Wiener Genossen auf das bürgerliche Lager beschränken wollen, jetzt wollen sie ihn auf das politische Gebiet der Arbeiterbewegung beschränkt haben. Vergebens. Der Zweck der politischen und gewerkschaftlichen Organisation mag verschieden sein, auch der Grund, weswegen sich die Arbeiterschaft in dieser und jener Organisation gruppiert; die Menschen jedoch und ihre Bedürfnisse bleiben die selben. Und beide Organisationsgruppen müssen ihnen entsprechen. Es ist schier unmöglich, einem Laien Kompetenzkonflikte zu erklären und ihn mit diesem oder jenem seiner Bedürfnisse auf eine andere, wenn auch nahe Gruppe zu verweisen.

Es ist ja richtig, dass die Gewerkschaften nicht dazu da sind, um die nationale Frage zu lösen. Aber um sie nicht lösen zu müssen, dürfen sie sie in ihrem Schosse nicht aufkommen lassen. Denn wenn sie einmal entrollt ist, bildet sie notwendigerweise einen ständigen Stein des Anstosses. Die nationale Frage entsteht nur dort nicht, wo die nationalen Bedürfnisse eines jeden einzelnen befriedigt werden können und befriedigt werden. Sie wird in den österreichischen Zentralgewerkschaften von den Deutschen nicht aufgerollt, weil eben diese Zentralen von deutschen Genossen geleitet werden, welche für die nationalen Bedürfnisse ihrer Stammesgenossen natürlich bei weitem mehr Verständnis haben können, als für die nationalen Bedürfnisse aller anderen Mitglieder. Sie wird auch nicht von Angehörigen einer Nation aufgerollt, welche sich sowohl ihrer numerischen, als auch ihrer wirtschaftlichen Schwäche voll bewusst sein müssen; diese müssen einsehen, dass sie in einem Punkte etwas nachgeben müssen: sie machen deshalb eher nationale Konzessionen, welche nach ihrer wirtschaftlichen Stärkung *ipso facto* widerrufen werden, um vorläufig ihre wirtschaftlichen Bedürfnisse zu befriedigen. Die nationale Frage wird aber bei den Angehörigen eines Volkes ihre Lösung verlangen, welche so stark sind, dass sie sie lösen können, ohne eine wirtschaftliche Schwächung befürchten zu müssen, und bei denen die Verhältnisse derart beschaffen sind, dass eine Befriedigung ihrer nationalen Bedürfnisse sie nur stärken kann, dass diese Befriedigung für ihre weitere Entwicklung unumgänglich notwendig ist.

Nationale Bedürfnisse: dazu gehört nicht nur, dass Drucksachen in der eigenen Sprache herausgegeben werden, dass die Blätter gut geschrieben werden, dass die Beamten die Sprache sprechen, dass die Agitation in der eigenen Sprache geführt wird; dazu gehört auch die nationale Selbstbestimmung, das Bedürfnis, nicht von Angehörigen einer anderen Nation geführt, geleitet, dirigiert zu werden. Mögen diese in nationaler Hinsicht noch so liberal sein. Und dieses Bedürfnis kann in einer stramm zentralistischen Organisation nicht befriedigt werden. Die Zentralen müssen doch einen Sitz haben. Heute ist es bei fast allen Gewerkschaften Wien, und die Wiener Genossen sind ihre Führer. Es ist physisch nicht möglich, es anders anzustellen. Selbst wenn jedoch der Sitz der Zentralen anderswo wäre, wenn er zum Beispiel in eine tschechische Gegend verlegt würde, würden die nationalen Reibungen nicht aufhören; nur dass sie diesmal nicht von den Tschechen, sondern von den Deutschen ausgingen. Nationale Autonomie, Dezentralisation tut also not. Dies beginnen bereits auch die Wiener Genossen anzuerkennen; nicht nur Genosse Winter am Schluss seines Artikels, sondern auch die Wiener *Arbeiterzeitung*. Es handelt sich nur darum, wie weit sie hierbei zu gehen gesonnen sind. Theoretisch wenigstens wäre also der gute Wille bereits vorhanden. Die Zentralen beharren zwar noch immer auf dem intransigenten *Niemals!* Sie werden aber dem ungestümen Drange der harten Tatsachen nachgeben, zumal sie sehen werden, dass es den Tschechen nicht darum zu tun ist, alle gemeinsamen Bande zu zerreißen und die Macht der Gewerkschaften zu untergraben.

In seiner letzten grossen Rede in der französischen Deputiertenkammer wies Genosse Jaurès darauf hin, wie sich im modernen Leben neben dem Prinzip der Zentralisation auch das der Dezentralisation Geltung verschaffe. Er bewies, dass das eigentlich keine grundsätzlich entgegengesetzten Prinzipien seien; sondern dass das eine Prinzip das andere zu ergänzen, ihm zur Entfaltung aller

seiner Vorzüge zu verhelfen im stande sei. Diese Erkenntnis hat zwar in Österreich noch nicht überall festen Boden gefasst; aber der Anfang hierzu ist doch bereits gegeben. Die Gewerkschaften werden die nationale Frage aus ihren Reihen los, indem die einzelnen Nationen in ihrem Schoße ihr Selbstbestimmungsrecht erlangen; sie werden dem Gegner gegenüber ein grosses, mächtiges Ganze bilden, indem alle durch die Dezentralisation mächtig aufblühenden selbständigen Gruppen unter einander eng verbunden werden. Bevor wir zu diesem Ziele gelangen, wird es vielleicht noch manchen harten Kampf geben. Er wird aber hoffentlich andere Formen annehmen, wenn sich beide Teile von der Reinheit ihrer Motive überzeugt haben werden; und es werden sich Mittelwege finden, auf denen durch entsprechende Übergangsbestimmungen die nationale Frage in den österreichischen Gewerkschaften ihrer allseits zufriedenstellenden Lösung entgegengeführt werden wird.

Das sozialistische Ausland kann dieser Entwicklung ruhig zusehen. Ein jeder Eingriff von aussen wäre hier von Übel, weil eben die österreichischen Verhältnisse von denjenigen des übrigen Europa grundverschieden sind und daher von einer nicht in alle Einzelheiten eingeweihten Person absolut nicht richtig beurteilt werden können. Diese eigenartigen Verhältnisse haben die Sozialdemokratie in Österreich zur Lösung des Nationalitätenproblems gezwungen; sie drängen hierzu auch die österreichischen Gewerkschaften. Diese werden ihre Grösse eben darin finden, dass ihnen neben ihren speziellen Aufgaben eine Aufgabe erwachsen ist, welche die Gewerkschaften anderer Länder nicht kennen. Sie werden ihren Ruhm darin suchen und finden, dass sie zur Lösung dieser schweren Aufgabe beigetragen haben.

XX

RUNDSCHAU

ÖFFENTLICHES LEBEN

Wirtschaft

Italienische Konvertierung

In einer Zeit hohen Zinsfußes und entsprechender Verlegenheiten für alle öffentlichen Anleihen — nicht nur für den deutschen Gemeinde- und Staatskredit, sondern auch für die englischen Konsols, die französische Rente — ist es Italien unter der geschickten Führung Luzzattis geglückt, durch Umwandlung der ursprünglich 5prozentigen, jetzt 4prozentigen Schuld in 3½prozentige Rente, bis zum Jahre 1912 jährlich 20 Mill. l., von da an jährlich 40 Mill. l. zu sparen. Wenn man sich erinnert, wie Italien Ende der achtziger und noch im Anfang der neunziger Jahre förmlich in internationalen Verruf geraten war wegen seiner Finanz- und Kolonialskandale, mit denen die hervorragendsten Politiker, wie Crispi, verbunden waren, wegen seiner unaufhörlichen Krache und Arbeits-

unruhen, im sizilischen Süden, wie im industriellen Norden und in der Hauptstadt Rom selber, wie die Staatsfinanzen niemals aus einem bejammernswerten Defizit herauskamen, wie das Goldagio bis auf 16% stieg, dann erscheint die grossartige Operation, die nicht weniger als 8100 Mill. l. betraf, zweifellos als ein Beweis der wesentlichen wirtschaftlichen Hebung Italiens. Ferner beweist der ganze Verlauf der Aktion, welche ein starker Umschwung in der gegenseitigen Stellung der beiden grössten Mittelmeer-mächte erfolgt ist. Damals entlud sich der französische Groll gegen das *Bismarckwerkzeug* Crispi in der Abstossung und geflissentlich erstrebten Entwertung der italienischen Rente seitens der Pariser Grossfinanz, während deutsches Kapital dem Verbündeten Deutschlands beisprang, und England sowohl die für Frankreich unliebsamen Mittelmeeransprüche Italiens, wie Italiens Dreibundstellung und damit die ganze Dreibundspolitik

stützte. Heute ist die Pariser Börse, vom Wohlwollen Englands begleitet, der eifrige Bundesgenosse Luzzattis, und das deutsche Kapital verhält sich in der Angelegenheit mehr als kühl. Andererseits sind heute diese internationalen Zu- und Abneigungen für die Transaktion selber nicht mehr von so grosser Bedeutung wie vor 10 oder gar vor 20 Jahren, da Italien unterdes auch darin kapitalistisch erstarkt ist, dass es den grössten Teil des ursprünglichen Auslandsbesitzes von italienischer Rente (noch 1893 über die Hälfte der Gesamtschuld) mehr und mehr in die eigene Hand zurückgenommen hat. Vorläufig ist die gross angelegte Konvertierung überraschend gut gelungen. Vielleicht kam ihr, mehr, als bisher, das Bedürfnis des französischen Kapitals entgegen, sich Ersatz für die zweifelhaften Russenanlagen zu suchen. Die entscheidende Zukunftsfrage ist jedoch, ob die italienischen Kapitalisten selber der Landesrente bei dauernd bescheidenem — das heisst im Verhältnis zur vorherrschenden Zinsnorm bescheidenem — Zinsgenuss treu bleiben werden. Jedenfalls haben die letzten Wochen wieder einmal schlagend gezeigt, dass Italien ökonomisch und staatswirtschaftlich nicht mehr so schwach und hilflos ist, wie zur Zeit der Korruptionsprozesse, des halben Staatsbankrottes, der städtischen Hungerrevolten und der agrarischen Aufstände vor kaum zwei Jahrzehnten. Schwere Verbrauchssteuern haben in der Zwischenzeit die Massen zur Herstellung des Finanzgleichgewichts belastet. Ob man, wie unsere italienischen Parteigenossen beantragen, die 20 oder 40 Mill. l. Finanzerleichterung den Massen zufließen lassen wird?

× **Emissionen** ×
 Auch die Emissionstätigkeit in Deutschland liess, nach den jetzt veröffentlichten statistischen Übersichten, im I. Halbjahr 1906 wenig von Geldknappheit, Marokkokrisis, amerikanischem Erdbeben und russischen Katastrophen spüren; der anhaltende allgemeine Aufschwung setzte über solche Hemmnisse hinweg, wenn er sie auch lieber nicht im Wege gefunden hätte. Nach der *Frankfurter Zeitung* betrug, abgesehen von den eigentlichen Anleihekonsolidationen und von Aktien und Obligationen, die zum Austausch von Werten eines anderen Unternehmens dienen, die Gesamtziffer der Emissionen in Deutsch-

land im I. Halbjahr 1906 nominell 1870,67 Mill. M., mit einem Kurswerte von 2023,83 Mill. M., gegen 826,91 Mill. M. respektive 902,93 Mill. M. im II. Semester 1905 (und 2110,54 respektive 2203,56 Mill. M. im I. Semester 1905). Die Gesamtziffer verteilt sich auf die einzelnen Kategorien folgendermassen: deutsche Staatsanleihen 628 Mill. M., Kurswert 627,90 Mill. M. (454 respektive 454,68 Mill. M. I. Semester 1905); ausländische Staatsanleihen 150,68 Mill., Kurswert 145,11 Mill. M. (519,71 respektive 492,34 Mill.); Kommunal- und Provinzialobligationen 282,16 Mill. gegen 314,39 Mill.; Hypothekenobligationen (schätzungsweise) 200 Mill. (348); Bankaktien 183,38 Mill. (106,52); Industrieaktien 231,15 Mill., Kurswert 334,26 Mill. (183,51 respektive 277,14). Die schon vor Jahresfrist ausserordentliche Expansion der Bank- und Industrietätigkeit ist also noch nicht zum Stillstand gekommen.

× **Neugründungen** ×
 Zu einem ähnlichen Ergebnis gelangt man, wenn man, nach dem *Deutschen Ökonomen* die Eintragungen neuer Aktiengesellschaften in das Zentralhandelsregister zur Grundlage nimmt. Im I. Halbjahr 1906 handelt es sich hierbei um 120 neue Aktiengesellschaften mit einem Kapital von 228,55 Mill. M., gegen 192 Gesellschaften mit 380 Mill. M. im ganzen Jahre 1905. 104 Gesellschaften mit 140,65 Mill. M. in 1904 und 84 Gesellschaften mit 300 Mill. M. Kapital im Jahre 1903. Was die verschiedenen Erwerbszweige angeht, so waren im vergangenen Halbjahr am stärksten an den Neugründungen folgende Gruppen beteiligt: Bergbau-Hütten-Salinen, Metallverarbeitung-Maschinenbau, Banken und Bau- und Terraingesellschaften. Hinsichtlich der Gründungstätigkeit auf dem Gebiete der Terraingesellschaften steht Berlin an erster Stelle. Von den 21 neugegründeten Gesellschaften mit 39,92 Mill. M. sind 9 mit 22,70 Mill. M. Kapital Berliner Terraingesellschaften.

× **Schiffahrt** ×
 Mit grossem Interesse wird man weiter beobachten müssen, wie die weltwirtschaftliche Konjunktur auf die Schiffahrt, die Verkörperung des modernsten Weltverkehrs, zurückwirken wird. Der grosse Rückschlag, den man nach dem Friedensschluss in Ostasien und nach dem Freiwerden so vieler

Transportkräfte für normale Friedenszwecke erwarten sollte, ist gar nicht oder doch erst dann, und zwar in sehr abgeschwächtem Masse, zu bemerken gewesen, nachdem die innerrussischen Wirren und die daran sich knüpfende politische Beunruhigung eine tiefere Wirkung ausübten. Das atlantische Passagiergeschäft hat sogar wieder einmal einen *Boom* durchgemacht. Trotz der umfassenden Indienstellung neuer Schiffe liegen verhältnismässig nur wenige Fahrzeuge brach. Die enorme Expansion des Welthandels scheint auch hier alle bisherigen Vorstellungen von den Grenzen der Aufnahmefähigkeit des Marktes — für Transportleistungen, wie für Waren — zu überholen. Immerhin begrüßen es schon manche Beurteiler und Interessenten mit Freuden, dass die hohen Preise für Schiffsbaumaterialien den Neubestellungen für Schiffe eine gewisse Massigung auferlegen.

× **Kurze Chronik** Durch ein Zusammenwirken englischer und deutscher Kapitalisten (unter Beteiligung der Berliner *A. E. G.*) sollen in Südafrika die riesenhaften Viktoriawasserfälle des Zambesi zur grössten elektrischen Überlandzentrale, hauptsächlich für die Minenindustrie Transvaals, ausgenutzt werden. × Mit Ende Juni trat das Kartell der *E l b s c h i f f f a h r t s -*gesellschaften ausser Kraft. × Die neue deutsche Zoll- und Steuergesetzgebung scheint im Brauereigewerbe die Verschmelzungen wieder in flotteren Gang zu bringen. Beschlossen ist die Vereinigung des *C. Habelschen* Betriebs, eines der letzten der alten Berliner Privatunternehmen auf diesem Gebiet, mit der Aktiengesellschaft *Königstadt*, unter Erhöhung des Aktienkapitals um $1\frac{1}{2}$ auf 5,7 Mill. M. MAX SCHIPPEL

Politik

England und Deutschland

Keine Woche vergeht jetzt, ohne dass irgend ein Roman über den Zukunftskrieg zwischen England und Deutschland erschiene. Der riesige buchhändlerische Erfolg des *Seesterns* hat die Spekulation der Autoren, wie der Buchhändler mächtig angeregt, und dem *Seestern* folgen in England und auch in Deutschland neue blutige Phantasiegebilde, die freilich an Qualität dem Vorbild stark nachstehen. In der politischen Presse ist dem Buchhandel aus dieser Ausnutzung einer augenblicklich zugkräftigen Idee ein Vor-

wurf gemacht worden, in den man wohl einstimmen kann, solange man diese literarischen Erzeugnisse nicht gelesen hat. Aber hat man einige davon, wie *Völker Europas . . . ! Der Krieg der Zukunft* /Berlin, Bong/ oder *Mene, mene, tekel upharsin! Englands Überwältigung durch Deutschland* von einem englischen Generalstabsoffizier (!) /Hannover, Sponholtz/ erst gelesen, dann gelangt man rasch zu einer anderen Auffassung: Diese Produkte des Geistes sind so langweilig, dass sie kaum dazu beitragen können, die Stimmung der beiden in Frage kommenden Völker gegen einander zu verschärfen. Beachtenswerter sind vielmehr die Bestrebungen, die Beziehungen zwischen England und Deutschland freundlicher zu gestalten. Eine Frucht dieser Bestrebungen war der Besuch deutscher Journalisten in England. Gewiss ist das gegenseitige Sichkennenlernen und Aussprechen ein gutes Mittel, Vorurteile, die man gegen einander hat, abzulegen. Von diesem Gesichtspunkt aus ist die Reise sicherlich nicht ohne Nutzen gewesen. Eine abfällige Kritik dieser Reise wäre durchaus unangebracht. Aber zu hoch darf man den politischen Wert dieser Englandfahrt auch nicht einschätzen. Denn an der Tatsache, dass wir auf dem Weltmarkt ernstliche Rivalen Englands sind, und dass daraus Reibungen und Konflikte hervorgehen müssen, lässt sich eben durch schöne Worte nichts ändern. Etwas anderes ist es, nach Mitteln und Wegen zu suchen, um für solche Konflikte und Reibungen immer eine Lösung oder einen Ausweg zu finden, der einen kriegerischen Zusammenstoss unmöglich macht. Dies wird aber am besten dadurch erreicht, dass keines der beiden Länder das Risiko eines Krieges auf sich zu nehmen wagt. Denn die entfernte Möglichkeit, zu unterliegen, birgt für jede Regierung der beiden Länder solche Gefahren in sich, dass sie nur dann loschlagen würden, wenn sie mit einer hohen Wahrscheinlichkeit auf einen Erfolg ihrer Waffen rechnen könnten.

× **Volksschulgesetz für Preussen** In der liberalen Presse ist man mit der Annahme der Regierungsvorlage, betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen, durch Abgeordneten- und Herrenhaus, recht unzufrieden; man ergeht sich in Betrachtungen, ob die *schwarze* oder die *rote* Gefahr ernster zu nehmen sei. Wenn man aber die Dinge nimmt, wie sie nun einmal liegen, so war

vom preussischen Parlament in seiner jetzigen Zusammensetzung kein anderes Schulgesetz zu erwarten. Mögen doch die Liberalen ernsthafter gegen das preussische Wahlrecht zum Landtag mobil machen! Das wäre viel richtiger, als nach der Annahme eines wenig erfreulichen Gesetzes über die Früchte des reaktionären Parlaments zu jammern. Es ist gewiss zutreffend, dass das preussische Schulunterhaltungsgesetz nicht nur keinen Fortschritt bedeutet, sondern jede Ausgestaltung des Schulwesens nach neuzeitlichen Erfordernissen noch erschwert. Das geschieht durch den IV. Abschnitt des Gesetzes *Konfessionelle Verhältnisse*, der eigentlich in das Gesetz über die Schulunterhaltung gar nicht hineingehört. Hier wird die konfessionelle Schule als Regel erklärt, so dass die Simultanschulen nur noch als Ausnahmen zugelassen und geduldet sind. Nun mag die Simultanschule im Verhältnis zur konfessionellen Volksschule ein Fortschritt sein, aber auch sie entspricht noch nicht der immer mehr Verbreitung gewinnenden Auffassung, dass die religiöse Erziehung nicht Aufgabe der Staatsschule, sondern Aufgabe der Religionsgemeinschaften sein muss. Im Herrenhaus führte ein Kommissionsmitglied ganz richtig aus, dass das Schulunterhaltungsgesetz wie geschaffen sei, die konfessionellen Kämpfe in den Vordergrund zu ziehen und sie wesentlich zu verschärfen. Vielleicht ist eine solche Wirkung des Gesetzes für die weitere Entwicklung der Volksschule durchaus zu wünschen: denn der Gegensatz zwischen Elternhaus und Schule muss bei der gegenwärtigen Regelung des Religionsunterrichtes immer unleidlicher werden, und die Schule wird den kürzeren ziehen. Der Dualismus zwischen den kirchlichen Lehren, die dem Kind in der Konfessionsschule eingeprägt werden sollen, und den freieren Anschauungen der Eltern, die den Kindern doch weit näher stehen, als die Religionslehrer, wird die heranwachsende Generation zu der Überzeugung führen, dass weder die Konfessions-, noch die Simultanschule den modernen Anforderungen entspreche, sondern dass vielmehr der Unterricht in der Religion aus dem Betriebe der staatlichen Schulen auszuschalten sei.

×
Dreyfus-Affäre

Die *Affäre*, die einst ganz Frankreich in Brand steckte, hat jetzt, nachdem sie Jahre hindurch vergessen schien, erst

ihren Abschluss gefunden. Auf Grund von Fälschungen und geheimen Sitzungen war es möglich, einen unschuldigen Offizier nicht nur zu verurteilen, sondern auch die gesamte öffentliche Meinung Frankreichs so gegen den Angeschuldigten und Verurteilten einzunehmen, dass anfänglich nicht der geringste Zweifel an der Schuld Dreyfus' laut werden durfte. Langsam und ganz allmählich wagten einzelne Männer, dem allgemeinen Vorurteil entgegenzutreten, und insgesamt an 12 Jahre hat es gedauert bis Dreyfus rehabilitiert wurde. Der Kassationshof hat nach gründlicher Untersuchung das letzte Urteil in der Angelegenheit gefällt, er hat die Fälschungen und Gesetzwidrigkeiten der Generälistäbler festgestellt und die Entscheidung von Rennes aufgehoben: das Urteil ist zu Unrecht ergangen und wird ohne Verweisung an ein neues Kriegsgericht annulliert. Die Regierung hat hierauf Dreyfus selber, sowie das andere Opfer der *Affäre*, Picquart, vollständig rehabilitiert. Bis auf wenige nationalistische Blätter haben alle Organe der öffentlichen Meinung Frankreichs ihre Genugtuung über diesen Ausgang der Sache enthusiastisch ausgedrückt — der selben öffentlichen Meinung, die vor 3 Jahren *Conspez Zola!* rief.

×
Kurze Chronik Am 1. Juli traten mit Ausnahme der Fahrkartensteuer die neuen Steuergesetze, sowie die Erhöhung des Ortsportes in Kraft. × In Württemberg ist die Verfassungsreform, die eine reine Volksskammer bringt, glücklich zu Ende geführt worden. × Zwei Reichstagsabgeordnete, der Nationalliberale Dr. Sattler und unser Genosse Grünberg, sind gestorben. × Im Lenzmannschen Reichstagswahlkreis Altena-Iserlohn ist bei der Nachwahl im zweiten Wahlgang überraschenderweise Genosse Haberland gewählt worden: seit den Hauptwahlen von 1903 der erste Wahlkreis, den die Sozialdemokratie neu gewonnen hat; deren verloren hat sie inzwischen drei. RICHARD CALWER

Soziale Kommunalpolitik

Arbeitslosenversicherung Das kaiserliche statistische Amt hat im Auftrage des Reichskanzlers eine Denkschrift über die bestehenden Einrichtungen zur Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit im Auslande und im Deutschen Reiche veröffentlicht. Veran-

lasst ist diese Publikation durch eine Resolution des Reichstages, die den Reichskanzler ersuchte, zum Studium der Arbeitslosenversicherung und zwecks Unterbreitung von Vorschlägen für eine Ausgestaltung dieses Versicherungszweiges eine Kommission einzusetzen. Die vorgelegte Arbeit zerfällt in zwei Teile, von denen der eine die bestehenden Einrichtungen und Projekte zur Arbeitslosenversicherung im In- und Auslande darstellt und kritisch würdigt, der zweite eine Übersicht über die gegenwärtige Lage der organisierten Arbeitsvermittlung im Deutschen Reiche gibt. Diese Darstellung der Arbeitsvermittlung ist mit Recht von seiten des statistischen Amtes hinzugefügt worden, da jede Art von Arbeitslosenversicherung durch eine zweckmässig organisierte Arbeitsvermittlung erleichtert und unterstützt wird. Der erste Teil enthält das Tatsachenmaterial nach Ländern geordnet. Innerhalb jedes Landes ist dann der Stoff nach historischen und systematischen Gesichtspunkten geordnet. Das Ausland ist vorangestellt worden, weil, wie die Denkschrift hervorhebt, die deutschen Einrichtungen zum Teil nach ausländischen Vorbildern geschaffen worden sind. Tatsächlich bringt Deutschland ausser der gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung nur sehr wenig praktisches Material bei, um so mehr Vorschläge und Projekte, allerdings von Sozialreformern der verschiedensten Art. Ohne ein eigenes Projekt der Arbeitslosenversicherung tut es einmal der zukünftige Sozialreformer nicht, so wenig, wie ohne eine Speziallösung der Wohnungsfrage. Das Zahlenmaterial, die Statuten u. s. w. sind in einem Anlagenband vereinigt worden. Dieser Band ist sehr reichhaltig ausgefallen und bietet für jeden, der sich nicht ausschliesslich der Führung der Denkschrift anvertrauen will, die Grundlage zu eigenen eingehenderen Studien.

Es ist natürlich ausgeschlossen, im Rahmen der Rundschau den gesamten Inhalt der Denkschrift zu behandeln. Wir können hier nur diejenigen Teile kurz besprechen, die sich mit der Tätigkeit der Kommunen auf diesen Gebieten beschäftigen. Das ist allerdings ein guter Teil der Denkschrift, da bisher von den öffentlichrechtlichen Körperschaften nur die Kommunen diesem Probleme näher getreten sind. Werden sie doch durch ihre allgemeine Verwaltungstätigkeit auch ohne eigenes Zutun mit ihm in Berührung gebracht. Jede grössere Arbeits-

losigkeit spüren sie in dem Anschwellen der Ausgaben für Armenpflege, Krankenpflege u. s. w. In Deutschland allerdings haben die Kommunen es bisher abgelehnt, selbständige Arbeitslosenunterstützungs- oder Versicherungskassen einzurichten. Nur die Stadt Cöln unterstützt seit einigen Jahren eine private Arbeitslosenkasse durch recht bedeutende Beiträge, und die Stadt München hat den Leiter des statistischen Amtes, Dr. Singer, mit der Ausarbeitung eines Gutachtens über die geeigneten Massnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit beauftragt. Über die Prüfung dieses Gutachtens hat sich die Sache bisher in München noch nicht hinausentwickelt. *Sie prüften es gestern, sie prüfen es heut, sie werden es prüfen in Ewigkeit* möchte man über diese Münchener Aktion als Inschrift setzen. Von dieser Untätigkeit der deutschen Gemeinden hebt sich das Vorgehen der Kommunen in Belgien, Frankreich und der Schweiz sehr vorteilhaft ab. Von den schweizerischen Kommunen hat Bern eine Arbeitslosenkasse eingerichtet, die seit dem 1. April 1893 besteht. Die Berner Einrichtung ist allerdings nur fakultativ. Infolgedessen sind ihr nur solche Teile der Arbeiterschaft beigetreten, die mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen können, arbeitslos zu werden, und leistungsfähig genug sind, um die, allerdings nicht sehr hohen, Beiträge aufzubringen. Die ärmsten Teile der Arbeiterschaft stehen ausserhalb der Versicherung und fallen infolgedessen nach wie vor der Armenpflege oder der privaten Wohltätigkeit zur Last. Die ihr angeschlossenen Arbeiter sind der grossen Mehrzahl nach Erd- und Bauarbeiter. Ihre Beiträge haben bisher auch in den günstigsten Jahren noch nicht einmal die Hälfte der Ausgaben gedeckt. Das Defizit wird in der Hauptsache durch den Gemeindeforschuss ausgeglichen. Trotz der beschränkten Verhältnisse hat sich die Kontrolle nicht als ausreichend erwiesen, da auch die täglichen Appelle nicht verhüten konnten, dass die unterstützten Arbeitslosen Arbeit verrichten. Ebenso ist die Regelung der Annahmepflicht von Arbeit nicht einwandfrei. Angebotene Arbeit darf ohne genügenden Grund nicht abgelehnt werden. Nach dem Verwaltungsbericht kann die Versicherungskasse nicht für Arbeitslosigkeit im bisher betriebenen Berufe Tagegeld zahlen, sondern nur solche arbeitslose Mitglieder berücksichtigen, denen überhaupt keine einigermaßen lohnende Arbeit zu-

gewiesen werden kann. Diese Bestimmungen setzen sich also mit der gewerkschaftlichen Politik der Hochhaltung des Lohnstandards in Widerspruch. Zu eigentlichen Konflikten scheint es aber in Bern nicht gekommen zu sein, da die Arbeiter an der Verwaltung mit einem Drittel der Sitze beteiligt sind. Ausführlich stellt die Denkschrift die Geschichte der Sankt Gallener Arbeitslosenversicherungskasse dar, die leider bereits nach kaum zweijähriger Tätigkeit einging. Auch die Ergebnisse der von Hoffmann angestellten genaueren Bearbeitung des Materials der Sankt Gallener Versicherungskasse finden eingehende Würdigung. Hoffmann kommt bekanntlich zu der Ansicht, dass es sich empfiehlt, bei obligatorischer Versicherung die Versicherungspflicht auf die Berufsklassen zu beschränken, die mit einiger Regelmässigkeit darauf rechnen können, einen Teil des Jahres arbeitslos zu werden. Selbstverständlich wird eine solche beschränkte Arbeitslosenkasse mehr den Charakter einer Spareinrichtung als eines Versicherungsinstitutes tragen. Hoffmann denkt sich übrigens — und auch in diesem Punkte stimmen wir mit ihm überein — eine solche Arbeitslosenkasse als subsidiär für solche Zeiten, in denen keine Notstands- oder besser Winterarbeiten der Gemeinde möglich sind. Über Projekte sind die Städte Basel und Zürich nicht hinausgekommen. Beide finden in der Denkschrift eine sehr eingehende Behandlung, nicht mit Unrecht, da sie sehr wertvolles Material enthalten.

Grössere Bedeutung hat in den letzten Jahren das Vorgehen der belgischen Städte, insbesondere der Stadt Gent, gewonnen. Die Denkschrift begnügt sich daher nicht damit, eine Darstellung dieser Einrichtungen zu geben, sondern drückt, zum Teil sogar im Wortlaute, die Statuten und Reglements der Stadt Gent ab. Ausserdem gibt sie im Abschnitt *Deutschland* die bereits erwähnten Gutachten Dr. Singers über das Genter System und die von ihm entworfenen Statuten für eine Gemeindekasse zur Förderung der Arbeitslosenversicherung wieder und schliesst daran das ausführliche Referat des Magistratsreferenten Dr. Menzinger, der die Singerschen Vorschläge kritisiert. Die Stadt Gent hat sich unter Verwerfung der Organisation selbständiger allgemeiner fakultativer oder obligatorischer Arbeitslosenkassen dazu entschlossen, die Selbstversicherung der Arbeiter, mag sie nun in ihren Fachverbänden oder durch

die Rücklage von Spargeldern in öffentlichen Sparkassen erfolgen, durch Zuschüsse möglichst weiter zu entwickeln. Das Charakteristische des Genter Systems besteht, kurz gesagt, darin, dass die Stadt zu den von den Fachverbänden für die Arbeitslosenunterstützung ihrer Mitglieder ausgelegten Geldern Zuschüsse in einem im voraus bestimmten Prozentsatze leistet. Im gleichen Prozentsatze werden solche Zuschüsse einzelnen nicht organisierten Arbeitern gewährt, die ein für die Zeit ihrer Arbeitslosigkeit bestimmtes Guthaben von einer bestimmten Höhe auf der Sparkasse besitzen. Soweit das Genter System sich der Fachverbände bedient hat, war es erfolgreich. Dagegen ist die Unterstützung der Spareinrichtung nur einer sehr geringen Anzahl von Sparern zu gute gekommen. Das Wesentlichere ist auf jeden Fall die Unterstützung der Fachverbände. Sie hatte zur Folge, dass mehrere Fachverbände die Arbeitslosenunterstützung neu eingeführt und andere deren Satze erhöht haben. Die Absicht, die Selbsthilfe der Arbeiter anzuregen, ist daher sicher erreicht worden. Gerade weil sich dann ferner dieses System zur Durchführung seiner Ziele der Gewerkschaften bedient hat, sind auch die Schwierigkeiten, die sich hinsichtlich der Feststellung der Verschuldung der Arbeitslosigkeit, der Annahmepflicht von Arbeit und der Kontrolle jeder Arbeitslosenversicherung in den Weg stellen, leicht und erfolgreich überwunden worden. Die Verwaltungsberichte über die Tätigkeit des Arbeitslosenfonds geben zu, dass die Kontrollbestimmungen ausgereicht haben. Missbräuche der Kasse nicht zu konstatieren gewesen sind und auch Konflikte mit den Gewerkschaften hinsichtlich der Frage der Verschuldung und der Annahmepflicht von Arbeit nicht vorgekommen sind. Die Verwaltung des Arbeitslosenfonds hat sich, wie es scheint, in diesen Punkten der gewerkschaftlichen Auffassung angeschlossen und ist infolgedessen, wie die Denkschrift hervorhebt, über viele Schwierigkeiten und Misslichkeiten hinweggekommen.

Gerade diese enge Verbindung des Genter Arbeitslosenfonds mit den Fachverbänden hat aber die Einwände der deutschen Sozialreformer und Kommunalbeamten hervorgerufen. Dass das Genter System einen starken Anreiz zur Organisation bedeutet, gilt ihnen durchaus nicht als ein Vorzug, obwohl auch von jener Seite nicht bestritten werden kann, dass die

Gewerkschaften durch ihre Arbeitslosenunterstützung Aufgaben erfüllen, die auch vom Standpunkte der Allgemeinheit und der Kommunalverwaltung im besonderen wünschenswert und wertvoll sind. Die Einwände und Abänderungsvorschläge, die von dem Münchener Magistratsreferenten zu dem Genter System gemacht werden, sind so charakteristisch, dass sie kurz erwähnt werden sollen. Die Feststellung der Arbeitslosigkeit und der Annahmepflicht von Arbeit, die in Genter den Fachverbänden obliegt, will dieser Herr dem kommunalen Arbeitsnachweise übertragen. Die Zuschüsse sollen ferner überhaupt nicht an die Organisation gezahlt werden, sondern direkt an die arbeitslosen Selbstversicherer durch eine unparteiische Stelle, eventuell das Arbeitsamt, das die Arbeitslosigkeit bezeugt. Ausserdem soll das paritätische Moment in der Verwaltungskommission des Fonds beträchtlich stärker betont werden. Die gemachten Vorschläge laufen also darauf hinaus, die Fachverbände auszuschalten und sie durch das kommunale Arbeitsamt zu ersetzen. Dieses soll über die schwierigen Fragen der Verschuldung der Arbeitslosigkeit, der Annahmepflicht von Arbeit entscheiden und die Kontrolle führen. Alle die Momente also, welche im Genter System den Erfolg verbürgen, werden hier entfernt, um auf alle Fälle zu verhindern, dass die Gewerkschaften mit der Gemeinde arbeiten und vielleicht gar einige Vorteile aus deren Zuschussleistung ziehen.

Trotz aller bürokratischen Einwände ist das Genter System in der Praxis sehr erfolgreich gewesen und hat sich von Genter aus siegreich eine grosse Zahl belgischer und französischer Städte erobert. Die norwegischen und dänischen Gesetzentwürfe haben wir erst kürzlich hier (im vorigen Bande, pag. 510 ff.) besprochen. Sie sind beide im Anlagenband abgedruckt. Damit ist das Material, soweit es über das Stadium von Projekten hinausgekommen ist, vollständig erschöpft. Auf die zahlreichen Vorschläge, die die Kommunen in mehr oder weniger grossem Umfange zur Durchführung der Arbeitslosenversicherung heranziehen wollen, können wir hier nicht mehr im einzelnen eingehen. Sie sind in der Denkschrift in einem besonderen Kapitel sehr eingehend behandelt worden.

Unsere kurzen Bemerkungen haben hoffentlich einen Begriff von der grossen Fülle des Materials erweckt, das in der

Denkschrift des kaiserlichen statistischen Amtes zusammengetragen, geordnet und kritisch besprochen ist. Ob allerdings diese Denkschrift das Material für irgend ein gesetzgeberisches Vorgehen beibringt, oder ob sie nicht viel mehr dazu bestimmt ist, die ganze Frage einzusargen, darüber wird der Leser der Denkschrift sehr leicht ins reine kommen, wenn er bei einem Rückblick auf die gesamte Denkschrift überlegt, mit welcher ungeheuren Sorgfalt alle Einwände gegen die Versuche der Arbeitslosenversicherung oder -unterstützung, soweit sie die Tätigkeit der öffentlichen Körperschaften in Anspruch nehmen, von den Bearbeitern zusammengetragen sind.

Auf den zweiten Teil der Denkschrift, die Organisation der Arbeitsvermittlung, soll die nächste Rundschau eingehen.

×

× Maulkorb- paragraph

Die Mehrheit der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung rechnet sich zu den liberalen Parteien, aber ihr Liberalismus scheint von einer ganz merkwürdigen Art zu sein. Er kann die sozialdemokratische Opposition nicht vertragen. Seit in der Stadtverordnetenversammlung sozialdemokratische Vertreter sitzen, die sich der Mehrheit durch ihre Kritik häufig recht unangenehm bemerkbar gemacht haben, ist die liberale Mehrheit eifrig bemüht, sie durch Abänderungen der Geschäftsordnung mundtot zu machen. Gelegentlich eines Konfliktes, der über die Bewilligung einer Unterstützung an den *Ostmarkenverein* entstand, beschloss die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung, dem sozialdemokratischen Redner für die Dauer der Sitzung das Wort zu entziehen. Dieser Beschluss war aber geschäftsordnungswidrig, da in der Geschäftsordnung nur Ordnungsrufe als Disziplinarmittel zugelassen waren, und musste auf Verlangen der Sozialdemokraten wieder aufgehoben werden. Um diese Lücke auszufüllen, wurden von dem Rechtsausschuss der Körperschaft folgende Zusätze zur Geschäftsordnung vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung auch angenommen. »Wer die Ordnung und Ruhe stört, kann bei mehrmals wiederholtem Zuwiderhandeln für bestimmte Zeit oder für die Dauer der Wahlperiode aus der Versammlung ausgeschlossen werden, wenn zwei Drittel der Anwesenden in diesem Beschlusse übereinstimmen. Zuwiderhandlungen, die länger als drei Monate zu-

rückliegen, bleiben ausser Betracht. Der Beschluss erfolgt ohne vorgängige Verhandlung. Jedes Mitglied kann Vorschläge wegen Verhängung der Ausschliessung, wegen der Dauer der letzteren und wegen Ausführung des Beschlusses machen. Eine Begründung dieser Vorschläge darf nicht stattfinden. Die Versammlung kann auch ohne Verhandlung mit einfacher Stimmenmehrheit die Vorschläge dem Rechtsausschuss zur Vorberatung überweisen. Ebenso genügt einfache Mehrheit für Beschlüsse über die Dauer der Ausschliessung und die Ausführung des Beschlusses. Die Magdeburger Stadtverordnetenmehrheit hat also die Bestimmungen des § 48 der Städteordnung von 1853 aufgenommen und durch einige weitere Zusätze, wie Ausschluss der Debatte über Ausschlussanträge, Beschränkung der Mehrheit etc., verschönt. Ihr Liberalismus erscheint in einem um so helleren Lichte, wenn man bedenkt, dass die Städteordnung von 1853 aus der Zeit der ärgsten Reaktion stammt, und dass die einige Jahrzehnte später erlassenen Kreis- und Provinzialverordnungen solche Strafvorschriften nicht kennen. Oertel, der Kommentator der Städteordnung, bemerkt zu dem § 48, die Anwendung der Strafvorschriften könne leicht zu Gehässigkeiten führen und den Charakter einer disziplinarischen Massregelung der Minorität durch die Majorität annehmen. Nach ihm bildet die Öffentlichkeit der Beratungen ein genügendes Korrektiv bei Ablehnung einzelner Mitglieder gegen die beschlossene Geschäftsordnung. Zudem könne durch die Geschäftsordnung dem Vorsteher das Recht erteilt werden, Ordnungsrufe zu erlassen und den Redner auf die Sache zu verweisen. Was Oertel als bedenklich bezeichnet, das will die liberale Mehrheit der Magdeburger Stadtverordnetenversammlung gerade erreichen: die disziplinarische Massregelung der Minorität durch die Majorität. Weil ihr die Kritik der sozialdemokratischen Vertreter unbequem und lästig wird, sucht sie ihrer auf die einfachste Weise durch die Unterdrückung der Redefreiheit Herr zu werden. Die Bestimmungen sind in der Tat ein probates Mittel, unbequeme Vertreter mundtot zu machen.

× Kurze Chronik Die Dortmunder Stadtverordnetenversammlung hat die Wertzuwachssteuer endgültig angenommen. × Für den

Bau und die Einrichtung einer Säuglingsmilchanstalt bewilligten die Wiesbadener Stadtverordneten 34 992 M. Die Milch soll auch an Bemittelte gegen entsprechend hohen Preis abgegeben werden, um die Anstalt leistungsfähiger zu machen. × Die Stadtgemeinde Hattungen hat beschlossen, sich dem kommunalen Elektrizitätswerk in Bad Nauheim anzuschliessen. × Der Heilbronner Gemeinderat hat mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des Fleischergewerbes die Verbrauchssteuer auf Fleisch auf die Hälfte herabgesetzt. HUGO LINDEMANN

Sozialistische Bewegung

Reichstagsnachwahlen In den letzten Wochen ist die sozialdemokratische Partei Deutschlands wieder zurückgewandert. Am 22. Juni war in Hannover die Ersatzwahl für den verstorbenen Genossen Meister vorzunehmen. Hannover-Linden gehört zu den schönsten Domanen der Sozialdemokratie, schon seit dem Jahre 1884 vertrat Meister diesen Kreis im Reichstag; bei der letzten Reichstagswahl 1903 erhielten die Gegner 24 422 Stimmen, unsere Partei dagegen 29 381. Das amtliche Ergebnis der Wahl vom 22. Juni ist das folgende: Abgegeben wurden insgesamt 62 877 Stimmen, davon entfielen auf unsern diesmaligen Kandidaten, Redakteur August Brey, 31 803 Stimmen, er ist also gewählt. Welche Folgerungen aus dem relativ geringen Wachstum der sozialdemokratischen Stimmen zu ziehen sind, soll hier nicht untersucht werden.

Im Wahlkreis Altena-Iserlohn war durch den Tod des bisherigen freisinnigen Abgeordneten Lenzmann eine Nachwahl notwendig. Bei der Stichwahl am 11. Juli siegte Genosse Haberland, der einen grossen Teil der liberalen Stimmen erhielt, über den Zentrumskandidaten. Es soll auf die Lehren dieser Wahl noch eingegangen werden.

× **Parteitage und Konferenzen** Der Parteitag der Sozialdemokratie Meiningens war von 25 Orten durch 44 Delegierte besetzt. Beschlossen wurde, für beide Meiningen Reichstagswahlkreise eine einheitliche Organisation zu schaffen. Der monatliche Beitrag soll mindestens 20 Pf. betragen. Ein erfreulicher Aufschwung der Presse, die ihren Abonnentenstand innerhalb kurzer Zeit von 3000 auf zirka 6000 erhöht hat, wurde konstatiert. Der Bericht der Landtagsfraktion wurde gutgeheissen.

Die p f ä l z i s c h e Sozialdemokratie hielt ihren diesjährigen Gautag in Neustadt a. H. ab. Es wurde die Anstellung eines Gausekretärs beschlossen und das Organisationsstatut in der vom Gauvorstand beantragten Fassung (25 Pf. Beitrag) angenommen. Die Anträge auf Erweiterung des Parteiblattes in Ludwigs-hafen wurden abgelehnt, nachdem vom Geschäftsführer erklärt worden war, dass eine Vergrößerung des Umfanges auch eine Erhöhung des Abonnementspreises erfordere.

× **Frankreich** ×
Am 3. und 4. Juni trat in Paris der *Nationalrat* der geeinigten Partei zu-

sammen. Vertreten waren 61 Föderationen durch 67 Delegierte; 10 Föderationen waren nicht vertreten. Ausserdem waren 19 Mitglieder der Verwaltungskommission und 14 Mitglieder der Kammerfraktion anwesend. Der Bericht über die Kammerwahlen führt an, dass die Partei im ganzen 346 Kandidaten aufgestellt hatte. Mangel an Mitteln verhinderte die Aufstellung in sämtlichen 590 Wahlkreisen. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, dass das Defizit des *Socialiste* sich in einen Überschuss umgewandelt hat. Nach den der Zentrale entnommenen Mitglieds-karten betrug die Zahl der organisierten Parteigenossen im letzten Jahre 46 000. Es wurde beschlossen, den nächsten Parteitag in der ersten Hälfte des Oktober in Limoges abzuhalten.

Die Kammerfraktion der geeinigten Sozialisten hat sich konstituiert und die Genossen Dejeante, Devèze und Groussier zu ihren Schriftführern, den Genossen Delory zum Kassierer und Archivar ernannt. In den *Nationalrat* der Partei werden entsandt: Allemane, Brousse, Constans, Groussier, Guesde, Jaurès, Pressensé, Rouanet, Sembat, Vaillant, Veber, Willm.

× **Russland: Dumafraktion** ×
Die in Sibirien und im Kaukasus gewählten Sozialdemokraten haben nun

in der *Duma* eine selbständige sozialdemokratische Fraktion gebildet, der sich auch einige frühere Mitglieder der *Duma* angeschlossen haben. Sie besteht nun aus 16 bis 18 Mitgliedern, und man darf darauf rechnen, dass später noch einige Abgeordnete, besonders aus den Reihen der sogenannten *Arbeitsgruppe*, hinzukommen werden. Doch ist schwerlich zu hoffen, dass sie in nächster Zeit einen besonders grossen Zuwachs er-

fahren, und noch weniger, dass sie bei den Abstimmungen eine ausschlaggebende Rolle spielen wird. Trotzdem wird ihre Bedeutung für die Sozialdemokratie, für das Proletariat und wohl für die gesamte Nation keine unerhebliche sein. Mit ihr bekommt die russische Sozialdemokratie die erste legale Organisation, die als ein Zentral- und Krystallisationspunkt für die organisatorischen Bestrebungen der Arbeiterklasse dienen kann und dienen wird. Durch die Reden im Parlament, die nachher in Hunderten und Aberhunderten von Zeitungen abgedruckt und von allen Kreisen der Bevölkerung gelesen werden, wird die Sozialdemokratie ihre Ideen bis in die entlegensten Schichten des Volkes hineintragen können.

Die Bildung einer selbständigen sozialdemokratischen Fraktion hat eine Kritik nicht nur seitens der rechtsstehenden Parteien, sondern auch von der Linken erfahren. Man empfindet die Absonderung als eine Schwächung der *Arbeitergruppe*, die durch nichts begründet sei. Ausserdem weist man darauf hin, dass durch die Absplitterung die Sozialdemokraten sich zur Unfähigkeit verurteilen, da sie nicht über 30 Stimmen verfügen werden, die notwendig sind, um eigene Anträge einzubringen. Alle diese Argumente sind nicht stichhaltig, da einmal die sozialdemokratischen Anträge, wenn sie auf Sympathie der Nichtsozialdemokraten rechnen können, auch eine Unterstützung durch diese finden werden, und ferner wäre die sozialdemokratische Absplitterung nur dann Schwächung der *Arbeitsgruppe*, wenn die sozialdemokratische Fraktion irgendwelche aggressiven Absichten gegen diese Gruppe hegen würde; das ist aber keineswegs der Fall, und man darf mit Bestimmtheit darauf rechnen, dass die sozialdemokratischen Abgeordneten in innigster Eintracht mit ihr arbeiten werden. Ein Verzicht auf Selbständigkeit wäre indes durch nichts gerechtfertigt und hätte nur die Aussichten der sozialdemokratischen Organisation auf eine Weiterentwicklung vermindert. Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht nur für die *äussere*, sondern auch für die *innere* Politik der Partei eine Bedeutung bekommen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass sie einen nicht unbedeutenden Einfluss auf die Beilegung des immer tiefer greifenden Konfliktes zwischen den beiden Richtungen innerhalb der Sozialdemokratie ausüben wird. Vielleicht gelingt es ihr, dem Konflikt ein

Ende zu machen; was jetzt besonders notwendig wäre. Die Fraktion hat entsprechende Schritte unternommen, und die Vorverhandlungen haben bereits begonnen. Was sie bringen werden, bleibt abzuwarten.

× **Totenliste** ×
Seit dem Erscheinen der letzten Rundschau hat der Tod wieder reiche Ernte

in den Reihen unserer Parteigenossen gehalten. In Berlin starb Genosse Franz Hoch, der seit vielen Jahren in der Partei tätig gewesen ist. Hoch wirkte besonders im 3. Berliner Wahlkreise, der ihn in die verschiedensten Körperschaften in der Partei entsandte.

In Kattowitz starb an den Folgen eines Herzleidens der noch nicht 50 Jahre alte Genosse Franz Morawski. Morawski war der Sohn eines polnischen Kleinbauern aus der Provinz Posen; er kam 1868 als 22jähriger Tischlergeselle nach Berlin und wurde hier bald ein überaus eifriger Mitarbeiter sowohl in der gewerkschaftlichen, wie in der politischen Bewegung. So sehr alle in der sozialdemokratischen Partei hervorragend tätigen Genossen Verfolgungen aller Art über sich ergehen lassen mussten, mit so grausamer Strenge wie Morawski sind von der deutschen Justiz nur wenige angefasst. In Posen, wohin er von Berlin aus gegangen war, wurde er in den denkwürdigen Geheimbundprozess verwickelt und nach einjähriger Untersuchungshaft zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt. Die Leiden dieser 2½jährigen Gefängniszeit legten den Keim zu der Herzkrankheit, der unser Genosse jetzt zum Opfer gefallen ist. Kaum aus dem Gefängnis heraus, begann Morawski weiter an seiner Lebensaufgabe, das polnische Proletariat für die Sozialdemokratie zu gewinnen, rastlos zu arbeiten. Später siedelte er von Berlin nach Oberschlesien über, um dort als Agitator und als Redakteur des polnischen Parteiblattes *Gazeta Robotnicza* tätig zu sein. Schon nach kurzer Zeit wurde er auf Grund der Denunziation eines Lockspitzels, dem er das verbotene polnische Liederbuch verkauft haben sollte, wegen Verletzung des § 130 zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Hierzu kamen 4 Monate Gefängnis wegen eines andern Deliktes und monatelange Untersuchungshaft. Als Morawski Anfang 1905 das Gefängnis verliess, war er vom ersten Tage der Freiheit an wieder in den ersten Reihen der Kämpfer zu finden. Bei der Nachwahl im Wahlkreis

Kattowitz-Zabrze stürzte er sich als Kandidat mutig in den Wahlkampf. Den Aufregungen der anstrengenden Kampagne, zu denen hässliche, persönliche Verunglimpfungen kamen, war der zerrüttete Körper Morawskis aber nicht mehr gewachsen, die gefährliche Krankheit machte reissende Fortschritte, und am Sonntag den 24. Juni hat der Tod ihn befreit. Mit ihm ist einer unserer Besten dahingegangen, ein schlichter, beschneider Mann, der für seine Ideale jedes Opfer willig getragen und in seinem nie rastenden Eifer allen seinen Klassen-genossen ein Beispiel treuester Pflichterfüllung gegeben hat.

Ein Parteiveteran starb in Mittweida, der Genosse Anton Fischer. Er hat mit an der Wiege der Partei gestanden, und bis ins Greisenalter hat er für die Partei gewirkt, auch in der Zeit des Sozialistengesetzes. Ins Stadtparlament wurde er wiederholt gewählt. In der letzten Zeit trug er sich noch mit dem Gedanken, eine Geschichte der Parteibewegung von Mittweida zu verfassen. Weber von Beruf, war er im Leben reichlich von Not und Sorge verfolgt.

In Hartha ist im Alter von 59 Jahren Genosse Carl Grünberg gestorben. Grünberg war 14 Jahre lang Stadtverordneter in seinem Heimatsort, und seit 1902 vertrat er den 10. sächsischen Wahlkreis im Reichstag. Vor dem Wahlrechtsraub war er auch Mitglied des sächsischen Landtags. In Grünberg, der in Hartha eine Webwarenfabrik besass, verliert die Partei einen braven, opferwilligen Genossen, der auch den bürgerlichen Gegnern Achtung abzwang.

× **Presse** ×
Die *Bremer Bürgerzeitung* erscheint seit dem 21. Mai als Abendblatt, und mit 1. Juli ist sie wieder in die eigene Regie der bremischen Genossen übergegangen. Am 25. Juni wurde es 30 Jahre, dass in Bremen die erste sozialdemokratische Zeitung gegründet wurde, die *Bremer Freie Zeitung*, am 17. Oktober 1878 fiel sie dem Sozialistengesetz zum Opfer. Der Versuch, ein farbloses Blatt, die *Bremer Morgenzzeitung* herauszugeben, scheiterte, es wurde ebenfalls verboten. Im Jahre 1885 gründeten die Bremer Genossen das *Norddeutsche Wochenblatt*, das aber nach den Reichstagswahlen von 1887 gleichfalls dem Schandgesetz zum Opfer fiel. Ebenso erging es der *Bremer Volkszeitung*, die 1888 erschien, bis endlich am 1. Mai 1890 die *Bremer Bürgerzeitung*

gegründet wurde. Jubiläen ihres 25jährigen Bestehens feierten am Ostersonntag das *Hamburger Echo* und der *Karlsruher Volksfreund*. Beide haben, wie alle deutschen Parteiblätter, eine Geschichte von Kämpfen und Verfolgungen hinter sich. Trotz alledem haben sich beide kräftigst entwickelt und werden in eigenen Druckereien hergestellt.

Am 3. Juni feierte der *Brünner Volksfreund* sein 25jähriges Jubiläum. Aus dem unscheinbaren, monatlich 2mal erscheinenden Blättchen ist ein auch von den Gegnern respektiertes Arbeiterblatt geworden, das zurzeit 2mal wöchentlich erscheint und das auf dem besten Wege ist, zu einem Tageblatt zu werden. Seit November vorigen Jahres erscheint in Kapstadt ein sozialdemokratisches Organ für Südafrika. Die Zeitung enthält einen englischen Teil, *The Cape Socialist*, und einen holländischen, *De Koopsche Socialist*, und ist das offizielle Organ der englischen und holländischen Parteigenossen.

× Kurze Chronik Der Wahlverein des 5. Berliner Reichstagswahlkreises feierte das Jubiläum seines 10jährigen Bestehens. Genosse Liepmann entrollte in einem Vortrage Bilder aus der Geschichte des Kreises, die er bis in die siebziger Jahre zurückverfolgte. × Die schwedische Sozialdemokratie hat ein Manifest an das arbeitende Volk veröffentlicht, in welchem die Verfassungsrevision mit Beseitigung der ersten Kammer gefordert wird (vergl. den Artikel Hjalmar Brantings *Die liberale Episode im schwedischen Wahlrechtskampf*, pag. 657 ff.). × Am 1. Juli fand in Gent ein Parteitag der vlämisch sprechenden Sozialisten Belgiens statt. Es wurde unter anderm dort berichtet, dass der *Genter Vooruit* zu einem allgemeinen Organ der vlämischen Sozialisten geworden sei und im Laufe dieses Jahres 1864 neue Leser gewonnen habe. HUGO POETZSCH

Gewerkschaftsbewegung

Kongresse und Verbandstage Die vom 13. bis 17. Juni in Köln abgehaltene 15. Generalversammlung des Brauerverbandes lehnte Beitragserhöhung und Ausbau des Unterstützungswesens ab. Der Titel des Verbandsorgans soll künftig *Brauerzeitung*, der des Verbandes *Zentralverband deutscher Brauereiarbeiter und verwandter Berufsgenossen* lauten. In einer Resolution wurde zum Ausdruck ge-

bracht, dass der Verband sich auf alle im Brauereigewerbe beschäftigten Personen, also auch auf die Bierfahrer und Stalleute erstrecke. Die Gehälter der Verbandsbeamten wurden neu geregelt; Vorstandsmitglieder erhalten künftig 2000 bis 2700 M., Gaubeamte 1800 bis 2400 M. jährlich. Den Beamten wurde sofort eine Zulage von 180, 240 respektive 300 M. gewährt.

Der Schumacherverband tagte vom 11. bis 16. Juni in Nürnberg. Einschneidende Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Beschlossen wurde die Anstellung eines zweiten Kassierers und einiger besoldeter Gauvorsteher. In Betrieben, wo drei Viertel der Beschäftigten organisiert sind, müssen diese 4 Wochen vor dem 1. Mai Stellung zur Maifeier nehmen. Wird sie mit Zweidrittelmehrheit beschlossen, so ist dieser Beschluss bindend; bei eventueller Aussperung oder Massregelung treten die Bestimmungen des Streikreglements in Kraft.

Nach dem *Korrespondenzblatt* fand kürzlich der 6. Verbandstag der Eisenbahner Deutschlands statt; Ort und Zeit der Tagung werden nicht angegeben. Der Beitrag wurde von 25 auf 30 Pf. erhöht, die Massregelungsunterstützung auf 12 M. festgesetzt. Die Vereinigung des Verbandes der süddeutschen Eisenbahner mit dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands soll tunlichst beschleunigt werden. Die von den Transportarbeiterverbänden propagierte Vereinigung aller dem Verkehrswesen dienenden Organisationen, wie Eisenbahner, Seeleute, Hafenarbeiter und Transportarbeiter in einer einzigen Organisation fand günstige Aufnahme.

Schliesslich ist noch der 3. Verbandstag der Tapezierer erwähnenswert, der vom 2. bis zum 4. Juli in Frankfurt a. M. tagte. Beschlossen wurde, das jetzt 14tägig erscheinende Verbandsorgan künftig 8tägig erscheinen zu lassen. Die Bestimmungen über die Arbeitslosen-, Kranken- und Reiseunterstützung wurden geringen Änderungen unterzogen. Ebenfalls wurde das Streikreglement modifiziert. Der Sitz des Verbandes wurde nach Berlin verlegt, ein Verbandsvorsitzender wurde neu angestellt. Der 17. internationale Bergarbeiterkongress tagte vom 5. bis 8. Juli in London. Von den wichtigeren Beschlüssen dieser Tagung erwähnen wir den auf Antrag der Deutschen votierten auf Einführung vom Staate be-

soldeter Arbeiterinspektoren. Ferner wurde gegen die Frauen- und Kinderarbeit in den Gruben, für Erringung eines auskömmlichen tariflich vereinbarten Minimallohnes, für Verstaatlichung der Gruben votiert. Zu dieser Tagung war auch der der internationalen Bergarbeiterföderation nicht angehörende christliche Bergarbeiterverband zugelassen worden.

Die internationale Föderation der Transportarbeiter hielt ihren Kongress vom 25. bis zum 29. Juni in Mailand ab. Er war von den Organisationen der Eisenbahner, Hafenarbeiter und Transportarbeiter der meisten Staaten Europas besichtigt. Der Föderation gehören bereits rund 300 000 organisierte Transportarbeiter an. Es wurde Erhöhung des Verbandsbeitrages der Eisenbahner von $3\frac{1}{2}$ auf 4 Pf. beschlossen, für die übrigen Kategorien bleibt es bei dem bisherigen Beitrag von 6 Pf. Wichtig waren die mehrtägigen Auseinandersetzungen über die Formen des gewerkschaftlichen Kampfes. Es wurde durch Annahme einer Resolution zum Ausdruck gebracht, dass alle Landesverbände vollständige Freiheit haben in der Wahl ihrer Kampfmittel.

Das Heer der gewerkschaftlichen Kämpfer wächst in Deutschland von Tag zu Tag.

Der beste Gradmesser hierfür ist der Aufschwung der Gewerkschaftspresse. Vor 2 Monaten erst haben wir von der riesigen Entwicklung des Metallarbeiterverbandes berichtet, die in den über 300 000 Abonnenten der *Metallarbeiterzeitung* zum Ausdruck kommt, heute kann ein ebenso freudiges Ereignis verzeichnet werden. Der *Grundstein*, das Organ des Maurerverbandes hat eine Auflage von mehr als 200 000 erreicht. Erst 15 Jahre besteht diese Organisation, selten schwere Kämpfe hat sie zu bestehen gehabt, langsam entwickelte sie sich erst nach vorwärts. Noch im Jahre 1894 betrug die Mitgliederzahl erst 10 657. Erst Ende der neunziger Jahre, mit den grösseren wirtschaftlichen Erfolgen machte der Verband grössere Fortschritte, und jetzt hat er innerhalb $3\frac{1}{2}$ Jahren seine Mitgliederzahl um rund 100 000 vermehrt. Diese Erfolge wiegen umso schwerer, als sie erreicht worden sind auf einem Boden, der lange als äusserst unfruchtbar galt. Und immer weiter geht es vorwärts. Das mag allein die Tatsache erhellen, dass der *Bauarbeiter*, das

Organ des Bauhilfsarbeiterverbandes eine Auflage von mehr als 85 000 erreicht hat.

Die offizielle *Zeitung der christlichen Gewerkschaftsbewegung* legte Zeugnis ab von den grossen Fortschritten, welche die christlichen Gewerkschaften im letzten Jahre zu verzeichnen hatten.

Die dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen steigerten ihre Mitgliederzahl von 118 917 auf 191 690, also um 72 773 oder um rund 60%. Eingerechnet in diese Mitgliederzunahme ist allerdings der bayerische Eisenbahnerverband mit 19 000 Mitgliedern, der im Berichtsjahre seinen Anschluss an den *Gesamtverband* vollzog. Aber auch davon abgesehen verblüht immerhin noch eine Steigerung der Mitgliederziffer um 53 773 oder um rund 45%. Ein beachtliches Ergebnis christlichen Agitationseifers! Im einzelnen hatten Ende 1905 Mitglieder die Bergarbeiter 190 020 (+ 22 280 gegen Ende 1904), die Textilarbeiter 27 390 (+ 7 422), die Bauhandwerker 21 977 (+ 7956), die Metallarbeiter 17 140 (+ 5004), die Holzarbeiter 6088 (+ 2074), die Transportarbeiter 8920 (+ 2298), die Tabakarbeiter 3399 (+ 1075), die Keramarbeiter 3954 (+ 2103), die Heimarbeiterinnen 3168 (+ 164), die Lederarbeiter 2291 (+ 448), die Ziegler 1800 (+ 326), die Schneider 2029 (+ 249), die Maler 1685 (+ 435), die graphischen Berufe 1260 (+ 880), die Bäcker 430 (+ 193), die Fleischer 550 (- 139), die Krankenpfleger 434 (+ 15). Die ausserhalb des *Gesamtverbandes* stehenden Organisationen, zumeist Beamtenvereine, hatten Ende 1905 77 170 Mitglieder, so dass an diesem Zeitpunkt 268 866 Arbeiter und Beamte sich in den christlichen Organisationen vereinigten, gegenüber 217 088 am Ende des Jahres 1904. Weibliche Mitglieder zahlten die christlichen Gewerkschaften 4367 (+ 2208). Über eigene Verbandsorgane verfügen jetzt alle christlichen Organisationen, und zwar erschienen solche am Jahreschlusse 24, mit einer Gesamtauflage von 362 000 Exemplaren, wochentlich erschienen 14 Blätter, 14tagig 0 und monatlich 1.

Auch die finanzielle Entwicklung hat im letzten Jahre grosse Fortschritte gemacht. Die Gesamteinnahme der dem *Gesamtverband* angeschlossenen Organisationen bezifferte sich auf 2 443 132 M. (gegen 894 517 M. in 1904), die Gesamtausgabe

auf 2 150 511 (711 699) M. Die Kassenbestände erfuhren infolgedessen eine Steigerung von 690 374 auf 1 249 408 M. Von den Ausgaben sind bemerkenswert 1 000 320 M. für Streik- und Gemassregeltenunterstützung, 13 571 M. für Reise- und Arbeitslosenunterstützung, 59 933 M. für Sterbegeld, 114 140 M. für sonstige Unterstützungen, 45 457 M. für Rechtsschutz, 161 393 M. für Agitation, 52 423 M. für Gehälter, 91 970 M. für Verwaltungsausgaben und 205 155 M. für die Gewerkschaftspresse.

Die christlichen Gewerkschaften waren im letzten Jahre an 614 Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen mit 106 619 Personen beteiligt.

× ×
Österreich

Über die Entwicklung der österreichischen Gewerkschaften im Jahre 1905 liegt nunmehr die genaue statistische Übersicht der *Gewerkschaftskommission* vor. Danach bezifferte sich die Gesamtzahl der Mitglieder Ende 1905 auf 323 099, so dass für genanntes Jahr ein Zuwachs von 133 998 oder 70,85 % zu verzeichnen war. Eine verhältnismässig starke Zunahme war an weiblichen Mitgliedern zu bemerken; sie betrug insgesamt 15 347 oder 117,56 %. Verlust an Mitgliedern hatten nur 6 kleinere Organisationen. Die Jahreseinnahme der Gewerkschaften belief sich auf 4,6 Mill. K., die Ausgabe auf 3,8 Mill. K. Davon wurden für Unterstützungszwecke 1,7 Mill. K. (45 %) und für andere gewerkschaftliche Zwecke 2,1 Mill. K. (55 %) verausgabt. Die Gewerkschaftsfonds wurden um 800 000 K. vermehrt, so dass ihnen zurzeit Kassenbestände von zirka 5½ Mill. K. zur Verfügung stehen.

Es bestehen in Österreich 40 deutsche Fachblätter, 29 tschechische, 5 polnische und 1 italienisches, mit einer Gesamtauflage von 331 930. In dem Berichte wird mit besonderem Nachdrucke betont, dass der Zentralismus innerhalb der österreichischen Gewerkschaftsbewegung immer mehr die Oberhand gewinne, wie auch, dass die sozialdemokratische Partei sehr viel zur Erstarkung der Gewerkschaften beigetragen habe.

× ×
Ungarn

Auch das Sekretariat des *Ungarländischen Gewerkschaftsrates* hat den statistischen Bericht über die Entwicklung der ungarländischen Gewerkschaften im Jahre 1905 veröffentlicht. Danach sind

die von uns im vorigen Bande, pag. 335, mitgeteilten vorläufigen Zahlen ein wenig zu berichtigen. Insgesamt hatten die Gewerkschaften dieses Landes im letzten Jahre 71 173 (im Jahre 1904 53 169) Mitglieder; die Zahl der Landesverbände stieg von 17 auf 21, die der Gruppen und Sektionen von 462 auf 761, dagegen verringerten sich die selbständigen Lokalvereine von 27 auf 19. Von den grösseren Gewerkschaften hatten Mitglieder die Bauarbeiter 19 500 (+ 4298), Metallarbeiter 14 027 (+ 4227), Holzarbeiter 9660 (+ 4452), Buchdrucker 6577 (+ 1543), Zimmerer 3052 (+ 2022), und die Schuhmacher 3043. Nur bei den Steinmetzen und den Buchbindern ist ein Rückgang der Mitgliederziffern zu verzeichnen. Die Fluktuation der Mitglieder ist sehr gross, besonders in den Gewerkschaften, wo noch keine Unterstützung eingeführt ist. Die günstige Entwicklung der Organisationen kommt auch in deren Kassenberichten klar zum Ausdruck. Die Gesamteinnahme stieg von 846 820,32 K. im Jahre 1904 auf 1 131 987,33 K. im Jahre 1905, die Gesamtausgabe von 706 520,77 auf 878 367,10 K.; demgemäss stieg das Vermögen der Gewerkschaften von 643 273,23 K. auf 1 000 893,66 K. Von den Ausgaben nennen wir Arbeitslosenunterstützung 165 451,72 K., Reiseunterstützung 39 553,50 K., Fachpresse etc. 69 552,52 K., Verwaltungsspesen 179 110,91 K., Agitation 141 654,59 K., Krankenunterstützung 117 891,07 K. und Witwen- und Waisenunterstützung 82 707,47 K.

× ×
Russland

Allmählich kommt auch in Russland die Gewerkschaftsbewegung immer mehr in Fluss, und man kann mit Bestimmtheit darauf rechnen, dass wir in kurzer Zeit dort über nicht unbedeutliche gewerkschaftliche Organisationen verfügen werden. Das Zentrum der Bewegung ist bis jetzt selbstverständlich Petersburg, wo bisher der Grund für folgende 15 Gewerkschaftsverbände gelegt ist: der Bauarbeiter, Bäcker und Konditoren, Textilarbeiter, Gold- und Silberarbeiter, Kutscher, Arbeiter in Schokoladen- und Konfitürenfabriken, Kontoristen und Buchhalter, Metallarbeiter, Buchdrucker, Schneider, Handlungsgehilfen, Holzarbeiter, Friseur, Schuhmacher und Uhrmacher. Im allgemeinen wird eine grössere Tendenz, sich zu organisieren, nicht bei den Fabrikarbeitern, sondern vielmehr bei den Arbeitern der kleinen Werkstätten beob-

achtet. Das erklärt sich daraus, dass die Fabrikarbeiter, geeinigt durch den Produktionsprozess selbst, in geeigneten Fällen sehr leicht eine temporäre Hilfs- und Aktionsorganisation zu bilden imstande sind, während die Arbeiter der kleineren Werkstätten, die getrennt von einander arbeiten und bei einem Streik nicht so leicht eine Unterstützung finden konnten, öfter Gelegenheit hatten, den Wert einer Organisation schätzen zu lernen.

Mehrere Gewerkschaften verfügen schon über kleine Gewerkschaftsblätter; es besteht auch eine Zentrale, die das Material über die ganze Bewegung sammelt und ein Zentralorgan herausgibt.

× *Action directe* Mit der *direkten Aktion* (siehe *Sozialistische Monatshefte*, 1905, II. Bd., pag.,

911) ist nunmehr ein praktischer Versuch gemacht worden. Bekanntlich ging der Beschluss des Gewerkschaftskongresses von Bourges, welcher die *direkte Aktion* als neues gewerkschaftliches Kampfmittel proklamierte, dahin, dass vom 1. Mai 1906 ab der Achtstundentag praktisch durchgeführt werden müsse. Diesem Beschluss gemäss sind am 1. Mai denn auch rund 200 000 Arbeiter, davon 160 000 in Paris, in die *direkte Aktion* zur Erringung des Achtstundentages eingetreten, und zwar waren es vorzugsweise Arbeiter der Mittel- und Kleinbetriebe, die sich an dieser Bewegung beteiligten. Mangels einer guten gewerkschaftlichen Organisation waren die Erfolge naturgemäss nur gering, und wo doch eine Lohnerhöhung oder eine Verkürzung der Arbeitszeit durchgesetzt wurde — von der Durchführung des Achtstundentages war keine Rede mehr —, da dürfte es sich wohl nur mehr um Augenblickserfolge handeln. Denn diese schlecht organisierte Arbeiterschaft ist kaum in der Lage, gewerkschaftliche Errungenschaften auf die Dauer zu behaupten. Den besten Erfolg haben denn auch die gutorganisierten Buchdrucker davongetragen. Jedenfalls hat die *direkte Aktion* glänzend Fiasko gemacht. Die französischen Gewerkschaften werden die beste Lehre aus dieser Bewegung ziehen, wenn sie ihren Generalstreik- und *direkte Aktion*-Phantasien Valet sagen, wenn sie in mühevoller Organisationsarbeit zunächst einmal starke leistungsfähige und kampftüchtige Organisationen schaffen. Dann erst werden sie in der Lage sein, einen nennenswerten Einfluss auf die Volkswirtschaft auszuüben, dann

können sie auch — nicht den Achtstundentag zur Einführung bringen, wohl aber zunächst einmal eine geregelte Arbeitszeit und vielleicht den — Zehnstundentag erringen.

× *Kurze Chronik* Der Verband der Kupferschmiede kann auf ein 20 jähriges Bestehen zurückblicken. Auf einem vom 26. bis zum 28. Dezember in Leipzig abgehaltenen Kongress der Kupferschmiede wurde der Beschluss auf Gründung einer Zentralorganisation gefasst. Diese trat am 1. Juli 1886 in Tätigkeit. Nach einem Jahre zählte der Verband schon 2308 Mitglieder. Auch diese Organisation hat, vorzugsweise auf den Werften, sehr schwere Kämpfe führen müssen. Zurzeit zählt der Verband 3700 Mitglieder und verfügt über ein Vermögen von rund 50 000 M. × Die Buchdruckertarifgemeinschaft vollendete am 1. Juli ein Jahrzehnt ihres Bestehens. Zurzeit sind ihr in 1659 Druckereien 5583 tarifreue Druckereien mit 49 497 Gehilfen angeschlossen, das heisst 65,68 % aller Buchdruckereunternehmen, die 89,43 % der Gehilfen beschäftigen, gehören der Tarifgemeinschaft an. × Der Hafnarbeiterverband erhebt einen einmaligen Extrabehrag von 1 M., der Buchdruckereihilfsarbeiterverband einen solchen von 10 Pf. auf die Dauer von 6 Wochen, der Buchbinderverband einen von 20 respektive 10 Pf. pro Woche. ERNST DEINHARDT

Genossenschaftsbewegung

Genossenschaftstag in Stettin Der vom 18. bis 20. Juni in Stettin abgehaltene 3. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine war von zirka 450 Delegierten und einer nicht geringen Zahl in- und ausländischer Gäste besucht. Unter diesen befanden sich ein Vertreter der *Generalkommission*, sowie 8 weitere Delegierte von Gewerkschaften, in denen Angestellte der Genossenschaften organisiert sind, ein Vertreter des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und einer der landwirtschaftlichen Zentraldarlehnskassen zu Neuwied. Geleitet und eröffnet wurde der Genossenschaftstag von dem Verbandsdirektor Radestock. Es folgten die Ansprachen der fremden Gäste, unter denen die des Belgiers Serwy, der die politische Genossenschaftsbewegung empfahl, wahrscheinlich nicht ohne Widerspruch geblieben wäre; merkwürdiger

weise fielen jedoch die betreffenden Ausführungen in der Übersetzung — wie auch in dem stenographischen Protokoll — unter den Tisch. Vorzüglich war die Rede Umbrechts, des Vertreters der *Generalkommission*, der rückhaltlos die »Bluts- und Kampfbrüderschaft« der beiden gewaltigen Wirtschaftsorganisationen der Arbeiterschaft anerkannte.

Der Bericht des Verbandsvorstandes war im wesentlichen eine Wiederholung der bereits im vorigen Bande der *Sozialistischen Monatshefte*, pag. 525, veröffentlichten Tatsachen. Aus dem Bericht des Verbandssekretärs Kaufmann, der dem Genossenschaftstag gleichfalls in einem stattlichen Bändchen im Druck vorlag, seien folgende Angaben hervorgehoben: Die Zahl der deutschen Genossenschaften stieg von Ende 1904 bis Ende 1905 von 22 131 auf 23 221, die Zahl ihrer Mitglieder von 3 409 871 auf 3 658 437. Unter Berücksichtigung der Familienmitglieder kann man demnach behaupten, dass heute beinahe der dritte Teil der Bevölkerung Deutschlands genossenschaftlich interessiert ist. Die eingetragenen Konsumgenossenschaften im speziellen vermehrten sich in dem angegebenen Zeitraum von 1833 auf 1922, während ihre Mitgliederzahl von 897 092 auf 977 715 wuchs. Der gedruckte Verbandsbericht enthält ausserdem auch noch die eingehenden Statistiken der in den anderen Zentralverbänden organisierten deutschen Genossenschaften, sowie eine Übersicht über den Stand der internationalen Genossenschaftsbewegung, stellt also ein wertvolles genossenschaftliches Nachschlagewerk dar. Die Diskussion bewegte sich hauptsächlich um die von einigen Rednern für zu optimistisch erachteten Ausführungen Kaufmanns hinsichtlich der Weiterbildung der Geschäftsbeziehungen zu den landwirtschaftlichen Genossenschaften, wobei auf die verschiedentlich gemachten schlechten Erfahrungen hingewiesen wurde. Mit Recht hob dagegen der Stuttgarter Delegierte Feuerstein die wachsende Ausdehnung und immer erfreulichere Gestaltung der genannten Beziehungen in Württemberg hervor, und auch der Vertreter des *Reichsverbandes*, Landrat von Brockhausen, sprach sich im Sinne eines friedlichen Zusammenarbeitens, das beiden Teilen Vorteil bringen werde, aus.

Der in unserer Rundschau (im vorigen Bande, pag. 439 ff.) bereits gewürdigte Tarifvertrag mit dem Verbands der Handels- und Transportarbeiter fand

widerspruchslos Annahme; ebenso wurde auch die Schaffung eines Tarifamtes einstimmig beschlossen. Eine etwas lebhaftere Debatte knüpfte sich an den vom Verbandsvorstand und Sekretariat gestellten Antrag, betreffend die Anstellung von Revisionsverbandsbeamten auf der in der *Konsumgenossenschaftlichen Rundschau* veröffentlichten Grundlage. Die Württemberger sahen in den dort gegebenen Richtlinien, die eine Beitragsleistung des *Zentralverbandes* und der *G. E. G.* vorsehen, eine Antastung der Selbständigkeit der einzelnen Revisionsverbände und wiesen demgegenüber auf die vorzüglichen Erfolge ihres vor 1½ Jahren ganz aus eigener Kraft errichteten württembergischen Sekretariats hin. Ersterer Befürchtung wurde vom Vorstandstische und vom Genossen von Elm entschieden entgegnet; die dabei abgegebenen Versicherungen sind jedenfalls beachtenswert. Die letztere Behauptung wurde vom Verbandssekretär durch den Hinweis zu entkräften gesucht, dass in Bayern, Baden, Hessen die Vereinsmitglieder prozentual noch schneller zugenommen haben, als in Württemberg, wobei allerdings die bereits erreichte viel grössere Organisationsdichtigkeit Württembergs ausser acht gelassen wurde. Auch uns scheint es, als ob die Württemberger in dieser Frage etwas zu schwarz sähen, was freilich zu begreifen ist nach der wenig *genossenschaftlichen* Aufnahme, die ihr selbständiges Vorgehen in dieser Richtung und vor allem die Gründung ihres famos geschriebenen *Württembergischen Genossenschaftsblatts* seinerzeit gefunden hat. Die Vorstandsresolution, derzufolge dem nächsten Verbandstag eine entsprechende Vorlage zu machen ist, fand mit allen gegen 10 Stimmen Annahme. Es wurde sodann noch eine energische Protestresolution gegen die ungerechte Besteuerung der Konsumvereine beschlossen und nach einem vortrefflichen Referat des Geschäftsführers Lorenz von der *G. E. G.* ein Antrag angenommen, der den einzelnen Genossenschaften den Anschluss an den *Internationalen Genossenschaftsverband* empfiehlt.

Als Ort des nächsten Verbandstages wurde Düsseldorf bestimmt.

X

Die dem Genossenschaftstag folgende Generalversammlung der *G. E. G.* bot diesmal wenig Bemerkenswertes. Die Zahlen des Geschäftsberichtes haben wir

X

bereits im vorigen Bande (pag. 524) mitgeteilt. Die Verteilung des Reingewinns wurde entsprechend den Vorschlägen der Verwaltung beschlossen. Wie Geschäftsführer Lorenz weiter mitteilt, musste das für die Seifenfabrik in Aken angekaufte Grundstück wegen der dort entstandenen Schwierigkeiten wieder verkauft werden. Der Bau soll nunmehr in Zerbst stattfinden — vorausgesetzt, dass dort die Sache glückt. Endlich wurde noch die Genehmigung zur Errichtung eines Geschäftshauses in Hamburg erteilt, das 270 000 M. Grundstücks- und 450 000 M. Baukosten verursachen wird, und in dem zugleich auch die eigene Druckerei, sowie die Büroräume des *Zentralverbandes* untergebracht werden sollen.

× England: Genossenschafts-tag ×
 Der alljährliche Monstertagkongress der englischen Genossenschaften fand dieses Jahr in der Pfingstwoche in Birmingham in Anwesenheit von zirka 1500 Delegierten statt. Das Ereignis und die grosse Überraschung des Kongresses war die Inauguraladresse des Sekretärs des Genossenschaftsbundes, Gray. Sie entwickelte ein Programm von so kühner, so umwälzender Bedeutung, wie vielleicht im Laufe der ganzen Genossenschaftsbewegung noch keines aufgetaucht ist. Obwohl Gray den Versuch machte, seine Ideen historisch zu begründen, setzte er doch kühn über alles historisch Gewordene hinweg: was er sagt, ist entweder eine geniale Vorkonzeption einer künftigen Entwicklung oder eine geistreiche Phantasmagorie. Gray will nicht mehr und nicht weniger, als das ganze gewaltige föderative Gebäude der englischen Konsumgenossenschaftsbewegung umstürzen, nämlich alle lokalen Einzelgenossenschaften aufheben und an ihrer Stelle eine einzige riesige *Nationalgenossenschaft* setzen, der alle individuellen Mitglieder unmittelbar angehören. Die lokalen Vereine sind nur Glieder dieser nationalen Genossenschaft, ohne selbständige Verwaltung, ohne eigenes Budgetwesen. Die *National Co-operative Society Limited* wird von einem Ausschuss von 150 Köpfen geleitet werden, der aus ebenso viel über das Land verteilten Wahlbezirken hervorgeht. Der Ausschuss seinerseits zerfällt in eine Anzahl Kommissionen für die verschiedenen Zweige der genossenschaftlichen Tätigkeit. Die Verwaltungen der lokalen Zweigvereine sind dem Zentralausschuss unterstellt; sie haben keine eigenmächtige

Ausdehnung oder Einschränkung des Geschäftsbetriebes, keine Preisfestsetzungen (!) etc. vorzunehmen. Die Einzelmitglieder haben je einen übertragbaren, aber nicht ruckziehbaren Anteil zu erwerben. Es wird eine grosse gemeinschaftliche Bilanz gezogen, und der bei herauspringende Reingewinn als gleichmassige Dividende auf alle Mitgliederinkaufe verrechnet. Ausgezahlt wird jedoch nur die Hälfte dieser Dividende: die andere Hälfte wird dem Mitglied als ein gleichfalls nicht ruckziehbares aber übertragbares, mit 5% zu verzinsendes Kapital gutgeschrieben, was für die Gesamtbewegung eine jährliche Kapitalakkumulation von 5 Mill. Lstr. beitragen wurde.

Ein wenig viel des Neuen auf einmal, wird man sagen. Nach dem Ausspruche Maxwells erregten denn auch die Ausführungen Grays, obwohl sie bei der Autorität des Redners mit Aufmerksamkeit angehört wurden, ein allgemeines Schütteln des Kopfes. Die wirtschaftstechnischen Vorteile einer solchen Zentralisation und Kapitalakkumulation liegen zu sehr auf der Hand, als dass sie zumal in einem sozialistischen Organ, noch besonders hervorgehoben zu werden brauchten. Ihre Nachteile liegen vor allem auf psychologischem Gebiet: das Aufheben der selbständigen lokalen genossenschaftlichen Initiative, und damit das Aufhören von viel Enthusiasmus und Opfermut, der besten Triebfeder der Entwicklung. Gray nimmt zwar für seinen Plan in Anspruch, dass er direkt an die Ideale der ersten *vorrochdale* Genossenschaft anknüpfe, deren Ziel auch der gemeinschaftliche Besitz von Land und Fabriken war, und die eine Verteilung des Gewinnes ausschlossen, während *Rochdale* darauf eigentlich eine Reaktion zu gunsten des individuellen Egoismus war. Wie dem auch sei, eine solche Rückkehr lässt sich bei den ungeheuren Reibungswiderständen, die zu überwinden sind, nicht *machen*, und die Durchberatung und Abstimmung, die Gray in den einzelnen Genossenschaften und Gewerkschaften wünscht, wird wahrscheinlich ein vollkommen negatives Resultat haben. Dagegen dürfte eine gewisse Beeinflussung der Entwicklung im Sinne eines festen Zusammenschlusses schon möglich sein.

Im übrigen bot der Kongress nicht viel Bemerkenswertes, mit Ausnahme etwa des Beschlusses, die vorjährige Resolution zu gunsten einer direkten parlamen-

tarischen Vertretung wieder aufzuheben, und zwar, weil es zu ihrer Durchführung an dem nötigen Kleingeld fehlt: angesichts der 10 Mill. Lstrl. jährlicher Überschüsse der englischen Genossenschaften ein Beschluss von etwas komischem Beigeschmack. Erwähnt sei noch ein Beschluss auf Errichtung eines *Holyoake-hauses*, das zugleich eine Art genossenschaftliche Ruhmeshalle und Lehranstalt sein soll.

Die statistischen Zahlen der englischen Genossenschaftsbewegung werden wir im nächsten Heft bringen.

✕
Karlsruhe An einem grossen Baume gibt es auch welke Blätter. Connewitz war ein solches

Blatt, und nun ist wieder ein neues herabgeweht worden: der Karlsruher Konsumverein. Nicht der alte, 1867 gegründete Lebensmittelverein, sondern eine junge, 1898 aus idealen Motiven erfolgte Neugründung aus Arbeiterkreisen. Leider glaubte man in dem jungen Verein, die zukünftige Entwicklung voreweg nehmen zu können. Es fehlte an den richtigen kaufmännischen Elementen; man stürzte sich vorzeitig in den Ankauf eines grösseren Grundstücks, das sich bei dem schwachen Geschäftsgange nicht annähernd rentierte, errichtete eine eigene Bäckerei mit einer viermal zu grossen Leistungsfähigkeit und wirtschaftete auch sonst stets aus dem vollen. Persönliche Differenzen, infolge deren mehrere Hundert Mitglieder dem Verein den Rücken kehrten, brachen aus, und so kam es, dass das Jahr 1905 schliesslich eine Unterbilanz von 19 574 M. aufwies. An einen Revisionsverband oder die *G. E. G.* war der Verein nicht angeschlossen, wohl ein Hauptgrund seines Verfalles. Trotzdem wurde von dieser Seite und einer Anzahl süddeutscher Vereine mit grösseren Beträgen hilfreich eingegriffen. Ohne Erfolg. Die Anmeldung des Konkurses konnte nicht mehr hinausgeschoben werden; die letzte Bilanz schliesst mit 42,672 M. Verlust ab, der von den 1507 Mitgliedern, von denen viele auch Spareinlagen beim Verein gemacht hatten, getragen werden muss. Ein Hilfskomitee, das die am schwersten Betroffenen vor der Pfändung bewahren soll, hat sich bereits gebildet. Ob strafrechtlich zu verfolgende Schuldige verhanden sind, ist noch nicht festgestellt. Hoffentlich wird die badische Bewegung den ihr zugefügten Schlag bald verschmerzen!

✕

Kurze Chronik In Ludwigshafen hat sich nach hartnäckigem Kampfe eine völlige Reorganisation des dortigen Konsumvereins vollzogen, indem nunmehr die Gesamtverwaltung der *modernen* Richtung angehört. Der Ludwigshafener Konsumverein gibt mit dem Mannheimer zusammen eine originelle *Konsumzeitung* heraus, die jetzt in 6000 Exemplaren erscheint. ✕ Die Bewohner des Genossenschaftshauses der *Produktion* in Hamburg-Barmbeck haben sich zu einer *Vereinigung für genossenschaftliche Hauspflege* zusammengeschlossen, deren Aufgabe die Arrangierung von Vorträgen, geselligen Zusammenkünften, Rat- und Auskunfterteilung, Schlichtung von Differenzen, Förderung gemeinsamer Veranstaltungen, wie Turnen, Gesang Kinderspiel etc. ist.

GERTRUD DAVID

KUNST

Bildende Kunst

Berliner Sezession Im Vorwort des Katalogs zu dieser 11. Ausstellung der *Berliner Sezession*

heisst es, man habe die einzelne Persönlichkeit zu Wort kommen lassen wollen, auf Kosten des Gesamtbildes. Wir fanden, dass die Säle trotzdem einen guten und frischen Eindruck machten und jedes der vertretenen europäischen Länder mit einigen guten Bildern aufwartete. Von jüngeren deutschen Künstlern stand wohl der Berliner Maler Louis Corinth im Vordergrund. Wenn wir uns der Produktion dieses Künstlers recht erinnern, so ist diese *Kreuzabnahme* die stärkste Leistung, die wir bisher von ihm sahen. Die Komposition ist vorzüglich, eigen und durchaus kräftig, ohne zu übertreiben. Die einzelnen Gruppen sind originell: die um die Fussnägel des Heilands beschäftigten Zimmerleute in prachtvoller Natürlichkeit dem Leben entnommen; der Frühstückende links — besonders der ihm assistierende Knabe —, ohne im geringsten anekdotisch zu sein, in der Alltäglichkeit seines Tuns erschütternd, und die beiden Frauen rechts im Bilde, die gefühlsdeutliche Ergänzung hierzu. Der die Leiter hinaufeilende Knabe, der nur zur Hälfte noch sichtbar ist, eine wirkungsvolle Erfindung; nur der Alte unter ihm, wenn schon er an die Stelle passt, scheint uns ein wenig konventionell. Und trotz dieser Vorzüge der Gliederung und Charakterisierung hat das Bild einen Grundfehler: Obgleich

keine der Gruppen ablenkt, das einzelne zum Ganzen sich schliesst, ist die Figur des Heilands nicht genug Mittelpunkt; von ihr aus müsste eine stärkere, die stärkste Wirkung ausgehen; und wenn es nicht der Fall ist, so hat es seine Ursache wohl einzig in dem Mangel an Farbe. Durch eine kräftigere und wirkliche Koloristik könnte dem Bilde allein gegeben werden, was ihm fehlt: das Wesen jener erschütternden Tragik, das dem Vorgang eigen sein und zugleich wie ein verklärender Lichtschein von der Figur des Erlösers ausgehen muss. Es bleibt zu bedauern, dass dem Künstler dieses nicht gelungen ist, doch wir beglückwünschen ihn zu dieser reifen Leistung und hoffen, es möge ihm noch manch ähnliche und stärkere gelingen. Den Walter Leistikow sehen wir mit seiner *Liebesinsel* auf neuen Wegen der Natur sich nähern; uns ist dieses Wollen sehr sympathisch. Nach dem allzuleeren Dekorationsstrich seiner letzten Zeit klingt hier ein reicher Ton Empfindung durch, dessen Lyrik sich so köstlich im Schmelz der Farbe geben lässt. Jedenfalls, wenn heute einer reife Landschaftskunst schaffen will, so kann sie nur dieser Art sein. Und Leistikow beweist allein durch den sicheren Instinkt, der ihn nach wechselreichem Streben in diese Richtung trieb, dass er eine Potenz ist, deren wir augenblicklich in Deutschland nicht viele haben. Hier liegt der Versuch vor, Empfindung und gute Malerei zu einen. Das Bild ist gemalt, nicht etwa nur koloriert, wie wir es so häufig bei süddeutschen Landschaften finden; aber ganz frei vermag sich der Künstler in diesem Idiom nicht mehr, oder, noch nicht auszudrücken: der Strich hat etwas Gezwungenes. Die prächtige, im Ton allerdings nicht so komplizierte, Schneelandschaft ist hierin schon reifer. Von jüngeren Landschaftlern fiel Brockhusen auf; er ist kalt, aber frisch im Ton. Er sieht eigen; wenn er nur nicht monoton werden und seine kalten, ein wenig rauhen und trockenen Töne zu grösserem Reichtum entwickeln möchte! Kardorff zeigte in der matten Farbigkeit seines Stillebens reizvolle Töne; im zwar charakteristischen Porträt seines Vaters gefiel uns diese Stumpfheit der Farbe weniger. Ulrich Hübners *Finkenwälder Boote* sind eine gewandte Arbeit. Der Künstler fasste in ihr mit vielem Geschick einen belebten Naturausschnitt zusammen; doch es fehlte ihr für unser Empfinden

das Zwingende, das Leistikows Landschaft auszeichnete. Es ist dieses Bild doch mehr eine Schularbeit; hinter dem von Leistikow steht ein Mensch. Katha Kollwitz gab einige ihrer im Ausdruck starken Proletariertypen. Etwas Verni-mon-Blatter, deren kreidiger Strich beinahe an eine Mischung von Lithographie und Radierung denken liess. Das Blatt *Bewaffnung* aus dem Zyklus *Bauernkrieg* schien uns nicht ganz klar in der Komposition. Die Künstlerin hat die Neigung, die Wildheit eines derartigen Massenvorgangs in einer Richtung zu übertreiben und zuzuspitzen, während gerade das Gegenteil, ein Auseinanderhalten der Gruppen, eine Mässigung der Aktion und die Akzentuierung einiger Punkte die Wucht der Masse und die Ansammlung ihrer Energien steigern würde: die Künstlerin gibt den Moment nach der Explosion — obgleich die Zunder noch nicht aneinander geraten sind —, und nicht die Spannung vorher.

Wenn wir sagten, im Vordergrund des Interesses stehe von jüngeren deutschen Künstlern Corinth mit seiner *Kreuzabnahme*, so sei hier betont, dass dies mehr in jenem Sinne gesagt war, als es sich hier um eine für den Künstler besonders vorteilhafte Leistung handelte; unumstrittener wandten sich die Sympathieen noch den beiden Portrats von Slevogt zu. Und dieses ist ein erfreuliches Zeichen; denn hier handelte es sich um nichts, als gute Malereien, die zu würdigen in Deutschland das Auge des Kunstfreundes noch nicht annähernd genügend geschult ist. In diesen Vorzügen liegt aber zugleich auch die Grenze der Slevogtschen Begabung; was die Bildwirkung betrifft, so lassen seine Portrats entschieden zu wünschen übrig. Das ist ein Zeichen, dass er auch mit der Seele des Darzustellenden — und diese ist beim Portrat doch nicht ganz Nebensache — nicht ins klare gekommen ist, da sie gerade in der räumlichen Umschreibung ihres Umrisses erst mit Bestimmtheit festgelegt werden kann. In der Pose der Slevogtschen Portrats ist zu viel Zufälliges. Die Malerei soll gewiss das Kostbarste am Bilde sein, aber das Streben danach muss völlig verwischt sein; denn erst, wenn alle die übrigen Vorbedingungen die das Wesen des Kunstwerkes ausmachen, als ein Selbstverständliches erfüllt sind, können wir zu jenem reinen und ungetrübten Genuss des Formalen gelangen, in dessen Reich das mystische Gesetz von Zahl und Mass

herrscht, wie in Musik und Algebra, jene Künste, deren Wesen das Reich des Geistes *a priori* ausmacht. Die reifsten Leistungen dieser Art waren natürlich die Porträts von Max Liebermann. Ich sah sie im Winter schon in der Hamburger *Kunsthalle*, deren Besitztum sie sind, und muss gestehen, dass sie dort einen noch günstigeren Eindruck auf uns machten; es muss wohl an der Beleuchtung und Placierung gelegen haben. Ihr Vorzug war, bei allen Qualitäten der Malerei, ein Erfassen der Individualität des Darzustellenden. Und es ist erstaunlich, wie sehr Liebermann, in seiner straffen Selbstzucht, in diesem Sinne sich als Porträtist entwickelt. Über sein Papstbild, in dem er die vielköpfige, *Evviva!* rufende Volksmenge zu bewältigen versucht, uns auszulassen, verbietet uns leider an dieser Stelle der Raum; es sei für eine geeignetere Gelegenheit aufgespart.

Wir stellten vorhin den Erfolg Corinth und Slevogts in Parallele; es sei hier noch in Bezug auf die Begabung der beiden Künstler gesagt, dass Slevogt der entschieden stärkere Maler ist, der reichere Kolorist, dass Corinth aber entgegen Slevogt und sogar der Generation der Impressionisten im allgemeinen über die heut seltene Fähigkeit der schöpferischen Erfindung verfügt.

Dies wäre das Wesentliche der Berliner Kunst; in Anbetracht dessen, was sonst in Deutschland geleistet wird, respektable Leistungen.

Von jüngeren süddeutschen Künstlern interessierte vor allen der Münchener Hans R. Lichtenberger mit seinen 10 Gouacheblättern in milchigen Tönen. Einen modernen Fragonard möchte man diesen Schilderer der eleganten Welt nennen, deren schlaffe Allüren und Lüste er in jenen zarten Tinten malt, in denen in den Auslagen modischer Bazare die feenhaften Spitzenwolken schillernder Jupons aufblühen, als ein Frühling von Seide in Rosa, Weiss und Heliotrop; bestimmt, einst das Fleisch soignierter Frauen kaum zureichend zu verhüllen. Diese Stimmung ist der Grundton der zehn Blätter Hans R. Lichtenbergers, und sie teilt sich selbst seiner Landschaft mit: man schaut in sie, wie in ein Boudoir mit mattverschleiertem Licht und dem Duft starker Parfüme. Seine Themen: ein nacktes Weib, auf der Schulter den Pelz, bewundert sich im Spiegel; daneben wartet ihr Colly auf dem Eisbärfell; eine Chantreuse, nur bekleidet mit Hut und

Muffe, schmettert ihr Lied in ein Parkett verlebter Herrn; oder dieses gleiche Weib als Mutter, ein Baby an der Brust: es wirkt beinahe als Perversität. Und seine Landschaften sind stets illuminiert; sei es der Blick von der Terrasse eines Strandhotels, dessen Gesellschaft vorzüglich in der Bewegung erfasst ist, oder ein Nachthimmel, unter dem über tropischen Frauenhüten Raketen verzischen. In diesen Blättern muss die Beleuchtung als sehr gelungen gelten, während das Gefühl des Künstlers sich auf jenem Blatte zu einiger Grösse erhebt, da ein Weib, auf nächtlichem Balkone, sich im Kusse zu erschöpfen scheint. Das direkte Gegenteil von Lichtenberger ist E. R. Weiss; so kühl wie jener sinnlich. Nach den verschiedensten Versuchen scheint er nun mit der Farbe ins reine gekommen zu sein. Als Impressionist war er anfangs nicht stark, er hatte keinen Ton; nun verwendet er mit Erfolg die harte Lokalfarbe, vom Kontur umrissen: trocken, duftlos, aber sachlich. Orangen, Zitronen, eine blaue Kruke sind es diesmal, oder Gladiolen und Georginen auf weissem Fond, im Grunde als Vorlagen für Mosaiken oder Wandmalereien zu denken. Ähnlich den Arbeiten der Neoimpressionisten. War Lichtenberger fein in den Tonqualitäten künstlicher Beleuchtung, so ist Rudolf Nissl es in einem sonnigen *Biergarten*. Es werden in Deutschland nicht viele Bilder gemalt von der Zartheit dessen grau-violetter Töne in mannigfachen Übergängen; es fiel dies besonders auf, so man von Nissls Bilde einen Blick auf die daneben hängenden des soliden, aber nüchternen Philipp Franck schweifen liess. Peter Bayer, der Karlsruher, kann schon etwas, wenn er nur nicht so einseitig in seinen flachsblonden, wurzelgelben und waschblauen Farben wäre. Kurt Tuch aus Dresden, den ein Berliner Publizist im vergangenen Jahr als eine 'junge Hoffnung' begrüsst, hat die Krücken Manets abgelegt und steht nun ziemlich hilflos da. Carl Strahmann gibt in dem Bilde *Gewitter* den besseren Teil seines fragwürdigen Könnens, das er in solchen Stücken an einem altfränkischen Geschmack nicht ungeschickt aufrichtet: der Frauenakt auf dem Bilde *Rosen* zeigt ihn in seiner ganzen Kläglichkeit. Die Malerei des Hugo von Haber mann ist uns in ihrem besseren, älteren Teil, der wie im Schatten spanischer Erinnerungen entstanden scheint, zu dünn, zu wesenlos, im Manirismus ihrer zweiten

Hälfte aber unerträglich; der zweifelsohne talentvolle Maler wirkt hier wie sein eigener Karikaturist und etwa nach der Art, wie Busch Genelli geistreich persiflierte. Franz Stuck aber, dieser Bierathener, ist heute sein eigener Kopist. Er war gewiss ein starkes Talent und voll künstlerischer Kultur, doch von Anbeginn ohne Entwicklungsmöglichkeiten. Erstaunlich bleibt nur, wie solche übernommene, zeitlose Kultur diesem hajuarischen Müllerssohn in Fleisch und Blut übergang, als sei sie seine natürlichste Alltagssprache. Das zeigte sich vor allem in Dekorativen, in der Beherrschung des Raumes und der Berechnung der Wirkung der Farbe. In ihr verfiel er denn auch naturgemäss zunächst dem Manier, und zum zweiten folgerichtig im Motiv. Diese stahlblauen, leichenfahlen, aasgrün schillernden Pigmente, apostrophiert durch einen jähen Blitz in Englischrot, liessen sich nur an einer verhältnismässig engen Wahl von Vorwürfen entwickeln. Und dieser wurde ihm nicht selten so gleichgültig, dass die Anhänger jenes leicht misszuverstehenden Satzes *Der Inhalt ist nichts, die Form alles* ihre Freude daran haben müssten: wozu aber wähle ich dann das Motiv *Christus*, wenn ich es derart missachte, dass nur der Sarkophag, und dieser nur seiner dekorativen Schriftzeichen wegen mich reizt? Stuck hätte sich schliesslich auch mit einer dreisprachigen Inschrifttafel begnügen können. In seine nun so oft wiederholte *Amazonen* aber mischt sich noch ein Unangenehmes; man denkt: der Geschmack eines Kunstgewerbeschülers. Mitglied des Vereins *Motiv*, habe sie erdacht.

Frankreich, das Land der grossen Impressionisten, sandte diesmal die dekorativen Künstler, und in Vuillard, Bonnard und Gauguin solche, die auf jenen wachsen, in Denis einen vom Stamme des Puviss; in den französisch-belgischen Neoimpressionisten schliesslich die, die durch Steigerung des ursprünglichen Prinzipes beim Dekorativen endeten. Das eigentlich Lebendige der französischen Kunst ward uns somit vor-enthalten. Vuillards Gobelinnalereien in Braun und Grau müssen ausgezeichnet genannt werden. Bonnards Panneaus in Grün sind weniger wirkungsvoll; die dekorativen Absichten sind in ihnen nicht klar zum Ausdruck gebracht, die Grenze zwischen Bild und teppichartiger Wanddekoration nicht genug aufgehoben, es sei denn durch

die Monotonie der Farbe, die aber in der breiten und doch wechselreichen Fleckenwirkung bei Vuillard den Charakter der Stickerei vollends erreicht. Nur auf dem schmalen Eckpanneau zur Rechten ist uns Bonnards Grau im Kleid der Fruchte brechenden Frau reizvoll; liebenswerter ist schon dieses Kunstlers freches Pariser Kätzchen im Boot, das er *Badende* nennt: wie echt pariserisch dieser sinnlich-zynische Gesichtsausdruck. Und dann Gauguin. In der Landschaft *Martinique* erzielt er, Vuillard ähnlich — mit dem seine Kunst freilich sonst nichts zu tun hat —, eine delikate Gobelinnwirkung in Grün und Braun; der Palmen fächerartiges Gefieder umschattet einen wie im Traum. Die Strichtechnik seiner stumpfen Farbe begünstigt in diesem Bilde den Eindruck der Struktur tropischer Vegetation. Ganz eigen jedoch, ganz er selbst ist der Künstler in dem Bilde, das den seltsamen Titel *Geburt Christi* führt: die schwefelgelbe Bettstatt mit indianischem Ornamentzierat in braun-schwarz-weisser Einlage, der Mulattentypus der Wochnerin — man glaubt anfangs, einen Jüngling mit Schnurrbart in ihr zu sehen, so wulstig ist ihre Oberlippe —, die linke Hand auf der Brust, die rechte ausgestreckt nach oben, sehen wir eine entbundene Mutter als Mittelpunkt des Bildes: nicht das Kind: die Pose ist vorzüglich, und das Blau des Lententuches steht zum Braun des Körpers und Schwefelgelb der Bettstatt gut. Im Hintergrund rechts ein Stall mit Kühen, links ein Durchblick in eine Landschaft: eine sitzende und eine stehende Frauenfigur — die eine trägt das Kind — ergänzen hier die Gruppe. Ist der Vorwurf verrückt? Jedenfalls ist er eine Leistung von wahrhafter Monumentalität, der mit dem Titel nichts zu tun hat; wenn man sich aber den Vorgang ins Asiatische übertragen denkt — eine Übertragung, die ja wieder mit unserer Auffassung der Person des Heilandes nichts zu schaffen hat —, so ist er hier wahrhaft aus der Volksseele geschöpft, mit ergreifender Wucht, denkt man an die geschmacklosen Versuche, die in den siebziger und achtziger Jahren der biblischen Legende ethnographisch beizukommen suchten. Maurice Denis' herbstliche *Heilande* wirkt wie eine Vorlage für ein Riesenmosaik in Terrakottaplatten; des Schweizeres *Amlet Sonnenflecken* in Weiss und Grün sind ein Gegenstück und uns bis zu einem gewissen Grade lieber, weil dem Charakter

einer Wandmalerei näher. Denis' lebensgrosse ziegelrote Frauenleiber befremden ein wenig in ihrer Monotonie, auch ist der Charakter des Wandbildes nicht genug in der Linie ausgedrückt; es wirkt diese Leinwand wie ein vergrössertes Staffeleibild; es ist kein Abschluss rings. Seine Christusbilder sind voll feiner Reize, sowohl in den Farbtönen, als auch im Gefühl; doch kontrastiert zu ihrer Naivetät ein Bedürfnis nach Formgrösse: sie bringt ein Gnomenhaftes, scheinbar Verzeichnetes hinein, so dass sie nicht wuchtig und nicht zart sind, ihre Figuren zwitterhaften Marionetten gleichen.

Über die Neoimpressionisten kann hier nicht näher berichtet werden; ihr, von Seurat erfundenes, Prinzip ist bekannt, seine Wirksamkeit und deren enge Grenzen. Sie bringt es mit sich, dass einige Meister in dieser Art das Flimmern der Sonne auf dem Wasser auszudrücken vermögen, wie kein anderer: freilich nicht ohne der Landschaft ihren klimatischen Charakter durchweg zu nehmen. Denn das Prinzip dieser Kunst geht über die Kunst hinaus, hebt sie auf, betritt das Gebiet des Mechanischen, der Formel, ist eine angewandte Wissenschaft: kurzum, ein internationales Metier, das sich mit einigem Geschick erlernen liesse, etwa wie das Teppichknüpfen; und doch gibt es auch hier Beispiele, wie man es nicht machen soll, das heisst des Unbefähigtseins: wir nennen den Namen des Sachsen Paul Baum.

Belgien war in diesem Jahre bemerkenswerter auf der Ausstellung der *Sensation* vertreten, als sonst; wenn auch nicht sehr reichhaltig den Namen nach, so doch mit einem, den man gewissermassen ausgegraben hatte. H. J. E. Evenspoels kurzes Leben währte von 1872 bis 1899. Seine Kunst liesse sich so charakterisieren: ein Impressionist mit dekorativen Absichten; ein Impressionist, der zur Fläche neigt, zum Lokalton, ohne den pastosen Strich aufzugeben: dadurch kommt so ein Getriebenes in seinen Farbenvortrag. Er arbeitet auf solche Weise mit dem Lokalton (Lackrot, Ultramarin, Schweinfurtergrün) und daher ahmt man den Kontur mehr, als er sichtbar wird; die Fläche vibriert im Strich noch über ihn hinaus. Dadurch kommt eines in diesen Vortrag, das von ferne an Segantini gemahnt; nur dass die Farben des Belgiens trüber sind. Emile Claus, der Luminist, war nicht

vollgültig vertreten, Léon Frédéric gleichfalls mit nicht sympathischen Stücken. Er liebt ein Rot, das die Haut seiner Kinder glasig spannt, als litten sie an Gesichtsröte; und auch sonst verwendet der Maler sein beträchtliches Können in einer nicht immer liebenswerten Weise: er schaut ein wenig zurück, wie Henri de Lys und de Braekeleer, doch selbständiger, und vor seinen Bildern kommt einem das Wort *Bauernkatholizismus* auf die Lippen.

Holland sandte einen einzigen, Israels — warum sieht man in Berlin nicht einmal eine Kollektivausstellung des exquisiten Thys Maris? —, Spanien den Anglada, die skandinavischen Länder Willumsen und Munch.

In der Plastik war von den Deutschen Ignatius Taschner wohl der Stärkste diesmal, da die Grössten nicht erschienen; er ist scharf in der Charakteristik, wenn auch ein wenig bijouhaft in der Form. Von Ausländern George Minne, dieser hektische Mystiker, dessen sämtliche Plastiken wie Vorstudien zu einer einzigen modernen Sphinx scheinen, und dann Maillol in seiner indischen Formenüppigkeit, in Frauen, die wie im Opiumschlaf hinträumen.

× ×
Kurze Chronik Ein Bildnis Sebastian Brants, des Dichters des *Narrenschiffs*, von der Hand Dürers, ist im Berliner Kupferstichkabinett von Julius Jantsch entdeckt worden; es soll mit dem Bildnis Brants von Tobias Stimmer Ähnlichkeit haben. × In London findet vom 15. Mai bis 15. Juli eine Ausstellung deutscher Kunst statt: mit Werken von Dürer, Altorfer, Cranach, Amberger, Baldung, Schüpflein etc. reicht sie bis 1620, bis zu Elsheimers Tod. × Zum Direktor der *Londoner National Gallery* wurde Sir Charles Holroyd, bisheriger Direktor der *Tate Gallery*, ernannt. × Das Berliner Kupferstichkabinett zu Berlin erwarb ein seltenes Aquatintablatt von Goya, von dem nur drei Abzüge existieren. RUDOLF KLEIN

Dichtkunst

Reuter (Gabriele) . . . Und wollen, dass man Tiktak *Tugend* heisse.
 Dies Wortspiel Nietzsches ist mir immer eingefallen, wenn ich von den Schicksalen las, die Gabriele Reuter

ihre Menschen erleben lässt. Sie kämpft nämlich gegen solchen Missbrauch und nimmt die Geste der mütterlichen Fürsprecherin an, um Freiheit der Sinne und tieferen metaphysischen Daseinsenergien dem Geschmack ihres Lesers zu idealisieren. Ihr liegt nicht daran, Tendenzen mit Ach und Krach kundzutun. Dazu ist sie beinahe nicht ungerecht genug. Ein Häuflein Erdenpilger — sie sind nicht einmal als Typen geträumt — geht ins Unglück, weil es an Ungeliebtes verkoppelt wurde, weil es nach zu seliger Erdenharmonie sich sehnte, weil es zu vorzüglich nach keuschester Reinheit suchte, weil es in Geistesarmen zu leidenschaftlich stolzen Gedankenflug erwecken wollte. Wäre Gabriele Reuter eine hitzige Priesterin, sie würde fluchen darüber. Sie ist aber ein sehr zartes Weltkind mit angenehmen, nicht unbedingt vollkommenen Kunstinstinkten. Deshalb erzählt sie nur, etwa wie ein guter Diplomat in geistreicher Gesellschaft. Sie hütet sich vor einem Enthusiasmus, der behutsame Köpfe leicht verstümmt. Sie mischt bloss als weise erdachtes Darstellungsmittel in den ruhigen Ton der Erzählung ab und zu einen Dithyrambus. Andererseits kann ihr nicht vorgeworfen werden, dass ihr Hirn allein berichte, nicht auch ihr Herz. Will man klipp und klar den absoluten Wert der Dichterin, dann steht sie unter den schreibenden Frauen der Gegenwart ziemlich weit nach der grossen Poetin und Sprachmeisterin Ricarda Huch, dann ist sie aber auch höher zu stellen, als die nur predigenden weiblichen Schriftsteller. Ich kann mir denken, dass jemand alle sechs Bände der Gabriele Reuter durchfliegt und gespannt wird bis zur letzten Seite, ohne dass ihm Absonderliches ihrer Weltanschauung auffällt. Denn sie ist eine unterhaltende Erzählerin im besten Sinne, kein erschütterndes Temperament. Erst bei genauem Hinsehen zeigt sich dann, dass sie viel Altes zerstört und Neues aufbaut.

Das Buch *Aus guter Familie* will als Erziehungsroman gelten. Die Alltagsmenschen sündigen so unausstehlich und verabscheuungswürdig, weil ihr Pflegewerk an einer jungen, für jede gute Zukunft erschliessbaren Seele nur Dämpfen und Verkleinern ist, Mag auch ein tüchtiges Stück des menschlichen Gemütes angeborene Herzensart sein, so kann man doch jedes Innere zur festen und entschlossenen Glücksfähigkeit fördern, wenn man nicht zu bequem wäre oder

auch zu feig. Dass ein Mädchen *aus guter Familie*, dem ursprünglich auch nicht das Leiseste an körperlicher und geistiger Begabung abging, in völlige Stumpfheit und Verblödung im blühenden Alter schon versinkt, ist einzig und allein die Schuld von Eltern, die an ihrem Kinde sicher das Beste beabsichtigten aber, wie die blinden Narren, dessen tiefste und reinsten Veranlagung verkannten: Nicht die Kinder müssen erzogen werden, sondern die Eltern. Das ist ein furchtbarer, anklagender Satz, wenn man bedenkt, dass Gabriele Reuter ihn auch da noch als Wahrheit aufrechterhält, wo sie ein Wunder an Mutterlichkeit zeichnen mochte: *Frau Bürgelin und ihre Söhne*. Dieser Roman hat sich ganz um Vorstellungen von Sehnsuchtsbildern gruppiert. Die Mutter baut romantisch am Glücke ihrer Kinder. Sie ist ein adlig Blut mit hochsteigenden Ansprüchen an die Freigebigkeit der lieblichen Natur. Das Exotische, das nie Erfüllbare, das in Rosendunst und Sonnenherrlichkeit Geschmiegte, paradiesisches Empfinden auf der Erde schon ist ihr Verlangen. In solche Ideale verbeisst sie sich, verbittert sich aber auch in ihnen, weil sie eben nur Gespinnte der geschwellten Phantasie sind. Das Tragische in Frau Bürgelin gründet sich in dem Zwiespalt ihrer Pläne, die auf vernünftige Art Mirakel der Erziehung anstreben. Erziehen ist wahrscheinlich der schönste Beruf, aber die sauerste Tätigkeit. Frau Bürgelin will aus dem harten Werk ein Festieren machen, und sie wird ganz und gar enttäuscht. Sie liebt sich zu sehr und kann sich nicht genug des Eigenwillens entäussern. Darum werden die Söhne ihr fremd. Das erkennt sie, als der Tod über ihre Augen fällt, jene Augen, die im Erlöschen noch ihr eigenes Wollen scheinlich betrachten und mit jubelnder Verklärung die Echtheit und Grösse des verkannten Sohnes erkennen. Das ist die Erbsünde der Eltern. Die Freien, die ihres Geschickes Herr sind und demnach fessellos ihre starke Freude an Schönheit und Glanz erleben durften, kommen bei Gabriele Reuter stets dann zum Scheitern, wenn sie in ihrer Umgebung halluzinatorisch begnadete Wesen dort schauen, wo nur kärgliches Mittelmaass wohnt. Ellen von der Weiden hat den Gefährten ihres Lebens auf ein Piedestal gestellt, da er nur in die anständige Bürgerstube gehörte. Lieselotte von Reckling wirft sich einem Manne an

die Brust, der mit heilandischen Utopieen spielt, zum Umstürzen der Weltpein aber zu geringe Hoheit besitzt. Unklugheit den Menschen, der *Fabrikware der Natur*, gegenüber ist fast immer der Makel Gabriele Reuterscher Gestalten. Sie haben die Verkleinerungssucht oder den Vergrößerungswahn. Und wenn ihnen das Leben die richtigen Brillen langsam zuschleift, dann sind ihre Augen meist schon durch und durch verdorben. Dies betrübliche Resultat, nicht mit weinendem Pessimismus hingesagt, nicht mit reformerischen Plänen, ist weiter nichts, als das Denkergebnis einer Frau, die sich durch rostig gewordene Vorurteile einer himmelblauen, schüchternen Eudämonie zum rechten, heissen Weltbegreifen durchgelitten hat. Sie hat ideelle Vorurteile abgestreift, aber noch nicht völlig die ästhetischen. Und die Beobachtung kann der Beurteilung ihres Werkes manchmal gefährlich werden. Wie sich ihre Menschen nach einst schöner Erzählungsmanier plötzlich auf Bergeshöhen, in düsteren Waldschluchten, bei den nur im Roman wahrscheinlichen Verzweiflungsstimmungen begegnen! Da läuft in die glatte, gereifte Diktion geradezu ein koketter Familienblattausdruck. Von *Prinzessinnengesicht* wird geredet, und die Schablone nicht umgangen, die mythologische Vergleiche anwendet, weil ihr der volle Wirklichkeitsausdruck im Moment nicht einfällt. Doch solche Fehler lassen sich ja abgewöhnen, und Gabriele Reuter arbeitet ernst daran. Dann findet sie für moderne Regungen sehr adäquate, beinahe den Typus erschöpfende Worte. Ein Satz: . . . nur durch die Brüchigen, die Angekenterten würde die Kultur von jeher weitergeschoben. Splitter ihrer Lieblingsideen. Eine zur jauchzenden Sünde ohnmächtige Frau sagt sich insgeheim: man besingt Messalinen. Und trauert sehr. Die gleiche fühlt sich als blasse, gepresste Blume an Stelle der glühenden und blühenden. Frauen mit unbegrenztem Mut werden so hoch über den Mann gestellt, dass dem Manne zum Weinen wird, als er die grossen Werke solcher Frau anstaunt. Das Weib soll gegossen werden mit keuscher, fast asketischer Sinnenbeziehung. So darf die Meinung über Gabriele Reuter lauten: Eine von den guten Federn, keine von den besten. Das sei festgestellt gegenüber ihren bedingungslosen

Anbetern, gegenüber ihren schäbigen Verkleinerern. Ihre Bücher erschienen sämtlich bei S. Fischer in Berlin.

×
Kurze Chronik Von drei Dramen, die Paul Ernst im *Insel-Verlag* zu Leipzig herausgibt, dem Trauerspiel *Demetrios*, den beiden Lustspielen *Ritter Lanval* und *Eine Nacht in Florenz* ist letztes Werk das tüchtigste. Man merkt aber bei allen drei Dichtungen zu sehr den nachdenklichen Kopf und spürt nicht viel von einer lustigen Dichtkunst. × Kühl, aber mit fleissig gefeilter Sprache erzählt im gleichen Verlag Max Mell fünf Novellen *Die drei Grazien des Traumes*. × *Kinderseelen* heisst ein Geschichtenband des nicht unbegabten Hermann Hölzke /Dresden, Pierson/. × Ebendort erschienen *Memoiren eines Unbekannten* von Victor von Schubert-Soldern, die recht anschauliche Bilder aus dem deutsch-böhmischen Geistesleben entwerfen. In dem Büchlein ist einmal das Äussere Jean Pauls sehr nett beschrieben. × Des Stanislaus Przybyszewski jüngste Novelle *Androgyne* /Berlin, Fontane/ ist eine ganz kalte, ohne innerliche Beteiligung hingeworfene Vision. × Der Finne Adolf Paul brachte eine Komödie *Die Teufelskirche* bei Schuster & Löffler heraus, die abstrakte Bühnenfiguren schuf, aber keine lebensechten Menschen. × In der Geschichte *Das grosse Talent* /Dresden, Minden/ erwies sich die Baroness Falke wiederum als eine geschmackvolle Erzählerin, der zum Formen ihrer Erzählung nur mehr Ausdauer zu wünschen wäre. × Ihr steht an stilistischer Gewandtheit nicht nach Gräfin L. Uxküll, deren Novellen *Ins Leben zurück* /Berlin, Fontane/ manche Feinheit enthalten. × Wer sich mit der Technik des Kriminalromans vertraut machen will, der möge Stefan von Kotzsch Buch *Schwarz in Schwarz* /Berlin, Verlag Kontinent/, das ein gut gelungenes Werk dieser Gattung darstellt, in die Hand nehmen. × Zu den tausend Napoleondichtungen hat Rudolf Heubner eine neue gefügt. Seine *Hymnen an Napoleon* /Berlin, Amelang/ sind aber schwach gedachtes Rohmaterial, zu dem sich keine ordentliche Kunstform gesellen wollte.

MAX HOCHDOORF



LUDMILA ALEXANDROWNA WOLKENSTEIN - NACH EINER
PHOTOGRAPHIE